

## Niederschrift

zur 8. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28. Oktober 2021, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 23.00 Uhr

**Vorsitz:** Oberbürgermeister Reinwald  
 Bürgermeisterin Felden

**Stadträte:** Dr. Anselmann, Peter  
 Bader, Richard  
 Baumann, Ursula  
 Bortz, Holger  
 Feuchter, Klaus  
 Frühwirt, Ralf  
 Hahn, Alexander  
 Hassenpflug, Christa  
 Kettenmann, Britta  
 Kurz, Mathias  
 Lindenbach, Bruno  
 Müller, Julia  
 Müller, Nathalie  
 Reinig, Michael  
 Dr. Sandner, Peter  
 Schilling, Christine  
 Stern, Wolfgang  
 Unverfehrt, Dietrich  
 Werner, Lisa-Marie

**Entschuldigt:** Niemzik, Julia                      verhindert  
 Dr. Pfisterer, Ulrike            verhindert  
 Woesch, Rudolf                   verhindert

**Von der Verwaltung:** 1     Stadtoberverwaltungsrat Berggold  
 1.2   Stadtamtsrätin Lutz  
       Stadtinspektor Scheffner  
 2     Stadtoberverwaltungsrat Veith  
 3     Stadtoberverwaltungsrat Kucs  
 6     Stadtoberverwaltungsrat Gora  
       Stadtinspektorin Brenzinger  
 14    Stadtoberamtsrat Heinzmann  
  
       Angestellte Greiner  
       Protokollführerin

**Gäste:**

Reinhard Koehler	-	Koehler und Leutwein GmbH & Co. KG, Ingenieurbüro für Verkehrswesen
Herr Jan Currle	-	Kommunalentwicklung GmbH
Uwe Bellm	-	ap88 Architekten Partnerschaft mbB
Rebecca Penno	-	Stabsstellenleitung Unternehmenskommunikation terranets bw GmbH
Maren Raubenheimer-	-	Projektleitung terranets bw GmbH

## TAGESORDNUNG

zur 8. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28. Oktober 2021, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

- |            |   |         |
|------------|---|---------|
| <b>1.</b>  | <b>Fragestunde</b>  |         |
| <b>2.</b>  | <b>Protokolle</b><br>- Protokollbeurkundung<br>- Benennung von Urkundspersonen  |         |
| <b>3.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung  | 62/2021 |
| <b>4.</b>  | <b>Zuwendungen</b><br>Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO  | 63/2021 |
| <b>5.</b>  | <b>Immissionsschutz</b><br>Lärmaktionsplan:<br>- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit<br>- Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB)<br>- Beschluss über die Erledigungsvermerke der Verwaltung zu den Einwendungen und Bemerkungen<br>- Beschluss des Lärmaktionsplans Stufe 3 | 64/2021 |
| <b>6.</b>  | <b>Sanierung Leimen „Innenstadt“</b><br>Neuantrag Sanierung „Leimen-Mitte“<br>a. Ergebnis Bürgerbeteiligung – Sachstandsbericht<br>b. Vorstellung der Ergebnisse sowie Beratung und Beschlussfassung des Förderantrags  | 65/2021 |
| <b>7.</b>  | <b>Rathausplatz</b><br>Bau der Tiefgarage   | 66/2021 |
| <b>8.</b>  | <b>Planung Gasleitungstrasse</b><br>Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) - Vorstellung der Planung   | 67/2021 |
| <b>9.</b>  | <b>Digitalisierung</b><br>Digitalisierungsstrategie – Sachstandsbericht   | 68/2021 |
| <b>10.</b> | <b>Gemeinderat</b><br>Antrag der GALL –<br>Behindertenbeauftragter – Jährliche Sachstandsberichte   | 69/2021 |
| <b>11.</b> | <b>Gemeinderat</b><br>Antrag der GALL –<br>Neukonzeption des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport   | 70/2021 |

- |  |         |
|--|---------|
| <b>12. Gemeinderat</b><br>Antrag der GALL und SPD –<br>Resolution „Sicherer Hafen“ | 71/2021 |
| <b>13. Straßenbau</b><br>K4155 - Begrünung   | 72/2021 |
| <b>14. Bebauungspläne Leimen-St.Ilgen</b><br>Fasanerie III, 2. Änderung            | 73/2021 |
| <b>15. Bebauungspläne Leimen-Gauangelloch</b><br>Ortsmitte                         | 74/2021 |
| <b>16. Feuerwehr Leimen</b><br>Ausschreibung Drehleiter/Hubrettungsgerät           | 75/2021 |
| <b>17. Forst</b><br>Ersatzbeschaffung Forstfahrzeug                                | 76/2021 |
| <b>18. Liegenschaften</b><br>Beendigung Pachtvertrag mit TC Kurpfalz St.Ilgen      | 77/2021 |
| <b>19. Verschiedenes</b>   |         |

Oberbürgermeister Reinwald

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

## 1. Fragestunde

Ein Anwohner der Hirtenwiesenstraße

erkundigt sich zu dem dortigen Sachstand in Bezug auf die Baustellensituation und zudem, wer die Kosten für die Altkleidercontainer trägt. Die Baustellenabsperungen seien zusammengeschoben geworden. Der Durchgang im oberen Bereich Bayermühle sei nach Fertigstellung oft versperrt. Als Fußgänger werde man gezwungen, auf der Straße zu gehen. Viele Autos führen auf dem Bürgersteig. Dies sei für Fußgänger untragbar. Er bittet die Verwaltung um Kontrolle.

Stadtoberverwaltungsrat Gora

antwortet, die Kosten für die Entsorgung und die Abfahrt der Altkleidercontainer trage der Aufsteller.

Stadtoberverwaltungsrat Kucs

erklärt, die Baustellenleiter erhielten entsprechende Vorgaben. Die Baustellenleitung sei für die entsprechende Überprüfung zuständig und müsse für Ordnung sorgen. Die Stadt kontrolliere das Geschehen sporadisch. Für die besagte Stelle sei keine Ampel vorgesehen. Er bittet um direkte Kontaktaufnahme mit dem Ordnungsamt zur Klärung der Sachlage.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt Kontrollen zu, um Missstände zu beseitigen.

Der Anwohner der Hirtenwiesenstraße

stellt eine Frage zum Lärmaktionsplan. Im Bereich der Hirtenwiesenstraße sei es verkehrsbedingt laut. Es werde dort sehr schnell gefahren. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates, sich selbst ein Bild davon zu machen.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, wenn es an einer Stelle Handlungsbedarf gebe, dann sei dies in den Lärmaktionsplan eingearbeitet. An besagter Stelle würden regelmäßig Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Er verspricht, eine Messung zu veranlassen.

Der Anwohner der Hirtenwiesenstraße

erklärt, er sei enttäuscht, da seit mehreren Wochen nichts geschehen sei. Er werde in der nächsten Sitzung wiederkommen und nachhaken.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, man werde mit der Baustellenleitung Kontakt aufnehmen und Kontrollen durchführen. Er lädt den Herrn gerne in die Bürgersprechstunde ein, um das Thema ausführlicher zu besprechen.

Frau Klara Späth, Bürgerin in St. Ilgen, möchte erfahren, was die Stadt in Zeiten von Corona für die Kinder gemacht hat, gerade mit dem Hintergrund der Absage des Laternenumzugs mit dem Argument der Durchmischung. Sie verstehe nicht, warum die Eltern dies nicht für die Kinder entscheiden dürfen. Jedes Elternteil und die Kinder könnten das Risiko selbst abwägen. Im Hort finde stets eine Durchmischung statt. Die Grundschüler seien bei der Absage des Laternenumzugs vergessen worden. In den Vereinen am Nachmittag dürften sich die Kinder schließlich auch durchmischen, wobei dort die Entscheidung bei den Eltern liege. Für ihre Tochter sei es auch nicht verständlich, warum sich ihr Vater mit vielen Zuschauern im Stadion treffen dürfe, aber kein Laternenumzug stattfinden kann.

Oberbürgermeister Reinwald erklärt, nach Gesprächen mit den Kindergarten- und Schulleitungen und weiterer Erörterung habe man sich entschieden, die städtischen Laternenumzüge abzusagen. Das Risiko sei momentan zu groß. Die Kindergärten machten entsprechend intern kleinere Veranstaltung. In den Kitas habe man wöchentlich positive Fälle, die Inzidenzen seien höher, es sei nun ein falsches Zeichen, alles zu lockern. Der Aufwand für Testungen sei enorm. Man sei sich bewusst, dass diese Zeiten für die Kinder eine Belastung war und ist. Man sei aber um deren größtmögliche Sicherheit bemüht, weshalb man an den Pool-Testungen trotz hoher Kosten festhalte. Die Sicherheit der Kinder habe oberste Priorität.

Frau Späth erkundigt sich nach den Fallzahlen an den Leimener Kitas und nach der Verbreitung des Virus. Sie sei selbst Lehrerin. Ihres Wissens steckten sich die Kinder im Familienverband an. Sie ist der Meinung, unter 3-G-Regeln im Freien könnten Veranstaltungen derart stattfinden, zumal die Kinder regelmäßig getestet würden. Überall ginge es und in Leimen für die Kinder nicht.

Oberbürgermeister Reinwald erklärt, Restriktionen und Verantwortung trügen die Veranstalter bzw. die ausführenden Vereine, nicht die Stadt. Die Sicherheitsmaßnahmen hätten gefruchtet um eine Steigerung der Inzidenzen zu vermeiden.

Stadtoberverwaltungsrat Berggold ergänzt, es habe einen positiven Fall in einem städtischen Kindergarten gegeben. Die Folge davon sei, dass alle Kinder der Gruppe beziehungsweise des gleichen Pooltests daheimbleiben müssen. Die Testungen ermöglichten ein frühzeitiges Handeln. Es würden mehrere Hundert Kinder getestet. In den städtischen Kindergärten mache man 32 Pooltests mit je maximal 27 Röhrchen, bei konventionellen Kitas seien es 24 Röhrchen.

Frau Späth erklärt sich sehr enttäuscht. Sie habe den Eindruck, Oberbürgermeister Reinwald wolle alles blocken. Sie wolle ihn nicht wiederwählen.

Oberbürgermeister Reinwald weist die Anschuldigungen, dass die Stadt während der Corona-Krise nicht für die Kinder getan habe, zutiefst zurück. Man habe viele Sicherheitsvorkehrungen umgesetzt und befinde sich im stetigen Austausch mit den Kitas, sodass diese geöffnet bleiben können.

Eine Bürgerin und Mutter einer fünfjährigen Tochter möchte zur Absage der Laternenumzüge anmerken, das vergangene Woche auch das Dampfudelfest TV Germania stattgefunden habe. Die Kinder und Erwachsenen hätten sich frei gefühlt, von Corona habe man nichts gemerkt. Beim Eingang seien die Einhaltung der 3-G-Regeln überprüft worden. Es gebe einen Elternbeirat, der möchte, dass der Umzug stattfindet. Der Elternbeirat würde auch die Kontrollen übernehmen. Beim besagten Dampfudelfest sei eine lange Warteschlange gewesen, wobei die Leute eng aneinander gestanden seien. Für sie ergebe es keinen Sinn, dann keinen Martinsumzug zu machen. Die kleinen Umzüge der jeweiligen Kitas seien dafür kein Ersatz. Sie bittet die Verwaltung um eine Lösung, die die Kinder glücklich macht.

Oberbürgermeister Reinwald

weist erneut darauf hin, dass ein Verein Veranstalter und damit Verantwortlicher des Dampfudelfestes war und nicht die Stadt. Der Verein müsse ein Hygienekonzept vorlegen. Die Stadt könne nicht alle Vereinsveranstaltungen kontrollieren. Dies sei auch Vertrauenssache.

Er könne als Vater den Frust darüber aber durchaus verstehen, seine Kinder seien davon auch betroffen. Allerdings habe der Ordnungsgeber die Regelungen festgelegt.

## 2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald

ruft das Protokoll Nr. 7 vom 30. September 2021 auf. Urkundspersonen sind die Stadträtinnen Baumann und Kettenmann. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Bader und Hahn benannt.

## 3. Gemeinderat

62/2021

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Reinwald

verliest die bekanntzugebenden Beschlüsse im Wortlaut.

Es ergeht folgender

### **Beschluss** **(Kennwort: Gemeinderat)**

**Die folgenden nichtöffentlichen Beschlüsse des Gemeinderates vom 22. Juli 2021 werden bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen:**

## 2. Schulen/Kindergärten

11/2021

Raumluft - Lüftungssituation Schulen/Kindergärten

Einstimmig ergeht folgender

### **Beschluss** **(Kennwort: Schulen/Kindergärten)**

Von der Anschaffung mobiler Raumluftreinigungsgeräte wird derzeit abgesehen.

## 3. Liegenschaften

12/2021

Kauf eines Grundstücks – Änderung Kaufpreis

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Liegenschaften)**

Dem Ankauf eines Grundstückes wird zugestimmt.

**4. Zuwendungen**

63/2021

Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Stadtrat Bortz

erklärt sich für befangen und verlässt seinen Sitz im Gremium.

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Zuwendungen)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

Stadtrat Bortz

kehrt zu seinem Sitz zurück und nimmt wieder an der Sitzung teil.

**5. Immissionsschutz**

64/2021

Lärmaktionsplan:

- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
- Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB)
- Beschluss über die Erledigungsvermerke der Verwaltung zu den Einwendungen und Bemerkungen
- Beschluss des Lärmaktionsplans Stufe 3

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz den Sachverhalt und bittet Reinhard Koehler von Koehler und Leutwein GmbH & Co. KG, Ingenieurbüro für Verkehrswesen zu Wort.

Herr Koehler

präsentiert den Endbericht des Lärmaktionsplans anhand einer Präsentation (*siehe Anlage 1*).

Die letzte Phase sei eingeläutet. Es sei ein Beschluss nötig, damit die Maßnahmen eingeleitet werden können. Zur Frage des Anwohners der Heltenstraße ergänzt er, dass die Heltenstraße nicht unter die Kategorie falle. Dort gebe es leider keine Möglichkeit, lärmindernde Maßnahmen aufzustellen. Es seien keine neuen Gebiete dazu gekommen. Jedoch könnten einzelne Gebäudeeigentümer einen neuen Förderantrag zwecks Lärmschutzsanierung beantragen. Lärmsanierungsmaßnahmen seien freiwillige Maßnahmen, auf die kein Rechtsanspruch bestehe. Für Gauangelloch hatte man den Wunsch, eine 30-er-Zone von Ortsschild zu Ortsschild zu machen. Leider sei dies nicht

möglich, da gesundheitsgefährdende Immissionen nicht feststellbar seien. In Leimen bestehe dieselbe Situation. Leider hab man daher Anregungen aus der Bürgerschaft nicht aufnehmen können.

Er beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Reinig

erklärt, Lärm sei gesundheitsgefährdend, weshalb es Grenzwerte gebe. Eine Maßnahme zur Bekämpfung des Verkehrslärmes sei die Begrenzung der Geschwindigkeit. Das Urteil des Verwaltungsgerichts habe großes Gewicht. Es sei wichtig, eine Handhabe bei übergeordneten Straßen zu haben und auch erforderlich. Man habe 22 Prozent hohe Belastungen festgestellt, 3 Prozent seien sogar gefährdende Schallimmissionen gewesen. Der Lärmaktionsplan habe offen ausgelegt, Anregungen seien eingearbeitet worden. Nun gehe es um die Umsetzung. Es seien konkret Straßen genannt worden. Man sehe in der Rohrbacher Straße eine Lücke zwischen der Hildastraße und der Einmündung zur Turmgasse. Er bittet, diese Lücke einzuarbeiten. Eine weitere Lücke bestehe im Bereich der Wohnbebauung der Rohrbacher Straße bis zum Seniorenheim. Dies hätte man gerne realisiert. Es sei auch in der heutigen Fragestunde zum Tragen gekommen, dass die Hirtenstraße problematisch sei. Die Schwetzingen Straße bis zur Einmündung Kaiserstraße in Richtung Warthütte habe erst auf der südlichen Seite einen Schallschutz. Man sehe zumindest den Bedarf einer 30-er-Zone von Ortsschild bis zur Bushaltestelle. Es seien bereits viele Maßnahmen realisiert worden, wie zum Beispiel die Schallschutzfenster. Man stimme dem Lärmaktionsplan im Prinzip zusehe aber größeren Handlungsbedarf. In der Gemeinde Nußloch sei eine vergleichbare 30-Zone möglich. Der Städtetag Baden-Württemberg spreche sich auch für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit aus. In der Ausgestaltung ergeben sich Fragen, weshalb man nicht einhellig zustimmen könne.

Herr Koehler

erklärt, die genannte Lücke sei bereits 30-er-Zone. In den Gemeinden Gaiberg und Nußloch hätten sich die Voraussetzungen aus der Berechnung ergeben, dass die Überschreitungen mehr als 50 Personen betreffen.

Stadtrat Reinig

weist auf die 30-er-Zone in der Bürgermeister-Lingg-Straße und den kleinen Bereich in der Heltenstraße hin. Man habe immer nur stückchenweise eine 30-er-Zone.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, man habe sich bei der Entwicklung des Lärmaktionsplans an die Vorgaben und Richtlinien gehalten. Er selbst wünsche sich auch Tempo-30 im Stadtgebiet, dies gehe aber nur mit entsprechender Rechtsgrundlage, deren Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Die Wünsche seien weitest möglich umgesetzt worden. Er gehe davon aus, dass sich dies in den nächsten Jahren fortführt. Zu Heidelberg ergänzt er, dass es sich dort um einen Modellversuch handele, daher sei es dort entsprechend ausgewiesen.

Stadtrat Dr. Anselmann

erklärt, dass Dauerlärm krankmache. Die Fraktion der CDU stimme dem Lärmaktionsplan und den Maßnahmen mehrheitlich zu. Tempo-30 von Ortseingang bis zum Ortsausgang sei nicht realisierbar. Eine Absenkung von drei bis vier Dezibel habe bereits eine Wirkung. Er erklärt, dass 50 Autos, die Tempo 50 fahren genauso laut seien wie 100 Autos, die 30 km/h fahren. Er bittet zu prüfen, ob man in Gauangelloch und gegebenenfalls auch in Leimen zumindest nachts Tempo 30 einführen kann.

Herr Koehler

erklärt, man habe Vorgaben dafür. Nachts habe man den Grenzwert von 55 dB(A), tagsüber von 64 dB(A). Diese Grenzwerte seien in Leimen leider nicht gegeben.

Stadtrat Dr. Anselmann

fragt, ob der Gesetzgeber den Kommunen etwas in die Hand gebe und man für den Nachtbetrieb einen größeren Handlungsspielraum habe.

Herr Koehler

antwortet, im Gesetz gebe es keine Unterscheidung.

Stadtrat Kurz

Erklärt, man stimme allen Punkten zu. Seine Kollegen hätten bereits alles ausgeführt. Es gebe Gesetze, die man leider schwer erklären könne, aber dennoch gelten sie. Letztendlich sei es so, dass gefühlt jeden Tag mehr Autos auf der Straße fahren, unterm Strich werde es Zeit, dass sich der Gesetzgeber durchringt.

Stadtrat Feuchter

dankt Herrn Koehler für den Vortrag. Die Fraktion der FDP stimme dem Lärmaktionsplan zu. Zu der Situation in Gauangelloch erklärt er, dass die meisten Strafzettel talseitig berghoch im nördlichen Ortsausgang ergingen. Dort sei auch direkt 80 Meter hinter dem Ortsschild ein Zebrastreifen für Schulkinder. Er möchte erfahren, ob es dort eine Möglichkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung aufgrund der Schulwegquerung gibt. Er ruft die Verwaltung auf, dies bei jeder Dienstfahrt zu prüfen.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, man würde gerne alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Lärm schützen, aber es gehe nur im Rahmen des rechtlich Möglichen. Man könne nur auf Einsicht des Gesetzgebers hoffen und nehme die Anregungen, insbesondere aus Gauangelloch, zur Kenntnis, leider könne man diese jetzt nicht realisieren. Man stimme dem Lärmaktionsplan zu.

Stadtrat Frühwirt

Stellt eine Verständnisfrage zum Thema Fortschreibung. Er fragt, ob dies ein automatischer Prozess ist oder ob die Verwaltung aktiv werden muss. Man möchte Fristen nicht verstreichen lassen.

Herr Koehler

erklärt, es gebe keinen Automatismus, nicht ohne einen Gemeinderatsbeschluss. Bis zum Juli 2024 sei die Fortschreibung des Lärmaktionsplans aufzustellen. Die Intervalle dauerten fünf Jahre. Man müsse die Fortschreibung bis zum Jahre 2024 machen. Wenn man diese Frist nicht einhalten könne mache dies den Lärmaktionsplan aber nicht rechtlich unwirksam.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Mit 18 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Bortz, Feuchter, Hahn, Hassenpflug, Kettenmann, Kurz, Lindenbach, Julia Müller, Nathalie Müller, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt und Werner) und zwei Enthaltungen (Stadträte Frühwirt und Reinig) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Immissionsschutz)**

1. Vom Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf der Lärmaktionsplanung (Stand 17.02.2020) wird Kenntnis genommen.
2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander wird den Erledigungsvermerken der Verwaltung zugestimmt.
3. Vom Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Lärmaktionsplanung (Stand 17.02.2020) wird Kenntnis genommen.
4. Nach Abwägung sämtlicher Belange untereinander wird den Erledigungsvermerken der Verwaltung zugestimmt.
5. Der Lärmaktionsplan in der Fassung des Entwurfs vom 19.08.2021 wird beschlossen.

- 6. Sanierung Leimen „Innenstadt“** 65/2021  
Neuantrag Sanierung „Leimen-Mitte“
- a. Ergebnis Bürgerbeteiligung – Sachstandsbericht
  - b. Vorstellung der Ergebnisse sowie Beratung und Beschlussfassung des Förderantrags

Die Punkte 6a und 6b werden gemeinsam behandelt.

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt. Er begrüßt den Referenten Herrn Jan Currle von der KE Kommunalentwicklung GmbH und bittet ihn zu Wort.

Herr Currle

erklärt, er sei bereits seit 14 Jahren an diesem Projekt beteiligt und es sei noch nicht beendet. Er stellt das Ergebnis der Bürgerbeteiligung anhand einer Präsentation vor (*siehe Anlage 2*).

Oberbürgermeister Reinwald

bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader

dankt für den Vortrag, der aufgezeigt habe, um was es geht. Die CDU-Fraktion habe Interesse an der Aufnahme im Förderprogramm. Die Voraussetzungen dafür seien nun mit der Bürgerbeteiligung gesetzt. Er dankt daher auch der Bürgerschaft für ihr Interesse.

Stadtrat Frühwirt

dankt ebenfalls für den Bericht. Vieles sei dabei rausgekommen, nämlich was gemacht wurde und was in den nächsten Jahren noch angegangen werden muss. Die Planungen gingen diesmal in eine gute Richtung. Die GALL-Fraktion nehme das Ergebnis zur Kenntnis und werde das Projekt intensiv begleiten, wenn Leimen zum Zuge kommen sollte. Die Begehung mit der Bürgerschaft im Rahmen der Bürgerbeteiligung habe am 24. Juli 2021 stattgefunden, was den Nachteil gehabt habe, dass viele engagierte Leimener Bürgerinnen und Bürger beim Hofflohmarkt teilgenommen hätten. Es sei davon auszugehen, dass diese gerne bei der Begehung dabei gewesen wären. Vom 10. August bis zum 12. September habe die digitale Beteiligung stattgefunden. Auch dieser Zeitrahmen sei nicht optimal gewesen, ob der Ferien- und Urlaubszeit und schmälerte die Beteiligung. Er bittet die Verwaltung künftig darauf zu achten. Aufgrund des Zeitdrucks sei es diesmal nicht anders möglich gewesen.

Er fragt Herrn Currie, ob Entwicklungen des Handels wie beispielsweise die Zunahme des Onlinehandels, in die Planungen miteingeflossen sind.

Herr Currie

erklärt, dass Herr Frühwirt etwas angesprochen habe, bei dem es Nachholbedarf gebe. Diese Faktoren seien noch nicht miteinbezogen worden. Es würden nun lediglich Flächen gesichert, aber es lägen noch keine Konzepte vor, wo die Dienstleistungsbranche hingehet. Damit müsse man sich noch befassen.

Stadtrat Feuchter

möchte erfahren, ob die Summe in Höhe von 80 Millionen Euro Gesamtinvestition über die fünf Jahre verteilt werden.

Herr Currie

erklärt, die zuwendungsfähigen Gesamtkosten seien von der Förderkulisse betroffen und erläutert dies näher.

Stadtrat Dr. Sandner

dankt für die Präsentation und die Arbeit, die in dieser Untersuchung steckt. Es sei ein Nachholbedarf sichtbar geworden. Es sei klargeworden, dass man an dem Areal arbeiten muss. Man müsse nun schnell handeln. Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage und auch der zeitnahen Antragsstellung zu.

Stadtrat Kurz

bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Man brauche die Fördermaßnahme und müsse teilnehmen. Die Fraktion der Freien Wähler stimme daher zu.

Stadtrat Feuchter

schließt sich dem Gesagten an. Er hoffe, dass Leimen in das Förderprogramm aufgenommen wird.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, das Ganze sei mit heißer Nadel gestrickt worden., da eine schnelle Reaktion nötig gewesen sei. Die relativ unglückliche Zeit der Bürgerbeteiligung sei nicht vermeidbar gewesen, da die Antragsfrist bereits nächste Woche auslaufe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

- a. Ergebnis Bürgerbeteiligung – Sachstandsbericht

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Sanierung Leimen „Innenstadt“)**

Vom Sachstand wird Kenntnis genommen.

- b. Vorstellung der Ergebnisse sowie Beratung und Beschlussfassung des Förderantrags

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**

**(Kennwort: Sanierung Leimen „Innenstadt“)**

1. Das von der KE dargestellte Neuordnungskonzept –NOK– (Anlage 1) und die davon abgeleitete Kosten- und Finanzierungsübersicht –KuF– (Anlage 2) bilden die Grundlage für die Antragstellung und spätere Durchführung der Sanierung im Antragsgebiet „Leimen-Mitte“. Diese werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellung eines Aufnahmeantrags in ein Förderprogramm der städtebaulichen Erneuerung für das Antragsgebiet „Leimen-Mitte“ wird beschlossen.

**7. Rathausplatz**  
Bau der Tiefgarage

66/2021

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz die Vorlage. Er erklärt, dass der Rathausplatz ein Thema sei, das Leimen seit vielen Jahren beschäftige, leider bisher ohne Ergebnis. Es sei wichtig, dass hier eine Entscheidung getroffen wird. Man habe den Runden Tisch abgehalten und mehrmals vorberaten. Man habe sich dort für das Stadthaus entschieden. Die Tiefgarage sei der Wunsch der Bürgerschaft gewesen. Entsprechend habe man ap88 mit den Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt. Am heutigen Tag gehe es um die Leistungsphasen 3 und 4. Mit deren Abschluss könne man sich ein besseres Bild machen. Es seien verschiedene Varianten erarbeitet worden.

Er begrüßt den Referenten Herrn Uwe Bellm von ap88 Architekten Partnerschaft mbB, der diese vorstellt.

Herr Bellm

stellt den aktuellen Planungsstand vor (*siehe Anlage 3*).

Oberbürgermeister Reinwald

bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader

bedankt sich für die nochmalige Vorstellung der Machbarkeitsstudie. Mit den Leistungsphasen 3 und 4 sei der nächste Schritt gemacht. Die Bürgerschaft erwarte, dass es in der Sache vorwärtsgeht und der Schandfleck neben dem schönen Historischen Rathaus verschwindet. Motiv für die Planungen sei gewesen, dass das Blech von der Fläche wegkommt. Dies sei vom Runden Tisch auch empfohlen worden. Die Variante 3 sei weiterverfolgt worden. 44 Stellplätze seien ausreichend. Mit der Variante 3 bewegten sich die Kosten mit Verbau und Zusatzkosten laut der Kostenschätzung im Rahmen von 4,4 Millionen Euro bis 4,5 Millionen Euro. Man solle nicht immer erneut alles hinterfragen und weitere Planungen anfordern. Er weist auf einen Facebook-Eintrag eines Gremienkollegen hin. Dies sei kein feiner Stil, er bittet die Kollegen um Kenntnisnahme. Die Ampelregelung sei keine gute Lösung. Laut Erfahrung der Planer sollten solche Lösungen vermeiden werden. Man solle auf den sicherheitsstützenden Verbau achten. Mit der Tiefgarage sei auch die Neugestaltung des Schulhofes verbunden. Der Platz könne auch für die Weinkerwe genutzt werden. Es sei zu überlegen, welchen vorrangigen Charakter man möchte. Es bedürfe einer differenzierten Betrachtung hinsichtlich des Musikpavillions. Die Kostenzuordnung fiele nun auf die Tiefgarage. Wenn man das Musikpavillion abreißen müsste, könne man die Kosten auch nicht auf die Tiefgarage

umwälzen. Die Kosten seien dagegen zu rechnen. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

#### Stadtrat Frühwirt

spricht Herrn Bellm ebenfalls Dank für die gut nachvollziehbaren Ausführungen aus. Er möchte sich zu dem Thema Bürgerbeteiligung äußern. Es würde oft erwähnt, dass sich die Bürgerschaft im Rahmen des Runden Tisches für eine Tiefgarage entschieden hätten. Er möchte diese Aussage richtigstellen, bevor eine Historie entstehe, die an Fakenews grenze. Die Situation auf dem Rathausplatz liege nicht nur am Gemeinderat. Der Runde Tisch sei zwar eine Art von Bürgerbeteiligung, aber wer wisse, aus wem dieser bestand, sehe dies anders. Es handele sich um ein ausgesuchtes Gremium und keinen Querschnitt der Bürgerschaft. Der Runde Tisch habe aus etwa 15 Personen bestanden, die sich unterhalten hätten und die ausgesucht worden seien. Der Runde Tisch habe teilweise gute Ideen gehabt. Aber dennoch könne der Runde Tisch lediglich empfehlen, nicht entscheiden. Dies obliege dem Gemeinderat. Die GALL war am Entscheidungsprozess beteiligt und habe sich gegen eine Tiefgarage ausgesprochen. Seither hätte sich die Kosten geändert. Ein Stellplatz koste zwischen 80.000 und 100.000 Euro, zuzüglich noch unbekannter Kosten. Man habe dem Runden Tisch andere Zahlen vorgelegt. Bei einem Bürgerbegehren müsse man belegen, wie man ein Vorhaben bezahlen will. Es habe keine Bürgerbeteiligung stattgefunden, wie man sie machen sollte. Es werde eine falsche Bezeichnung gewählt um Druck auf die Gemeinderäte auszuüben. Er meine, wenn schon Bürgerbeteiligung, dann richtig im Rahmen eines Bürgerentscheids. Den könne auch der Gemeinderat initiieren. So sehe man den tatsächlichen Bürgerwillen, dem sich die GALL auch beugen würde. Des Weiteren erklärt er, damals habe man eine Tiefgarage geplant, die doppelt so groß sein sollte. Es sei gesagt worden, dass man die große Variante brauchen würde. Nun sei man bei lediglich 44 Stellplätzen, was die Sache nicht glaubwürdiger mache. Er frage sich, warum man damals von 80 Stellplätzen gesprochen habe. Es sei nicht mehr klar, wieviel Stellplätze man tatsächlich braucht. Die Georgi-Garage liege 50 Meter entfernt und stehe meist halb leer. Er mache oft Fotos von der Belegung. Er dankt Ordnungsamtsleiter Herrn Kucs für die schnelle Beseitigung unrechtmäßig abgestellter Fahrzeuge. Die Hälfte der 44 Stellplätze könne man in der Georgi-Tiefgarage abbilden. Es sei fragwürdig, ob eine Tiefgarage an dieser Stelle notwendig ist. Die genannten Alternativen zur Tiefgarage seien nicht einmal in Betracht gezogen worden. Ein Parkhaus sei in der Regel halb so teuer. Man entscheide sich nun für die teuerste Variante ohne ernsthaft die Alternative Parkhaus zu prüfen. Dies könne in Anbetracht der Schulden der Stadt nicht machen. Es gebe einige Aspekte, die die GALL bewegen dagegen zu stimmen. Wenn man die Leistungsphasen 3 und 4 beauftragt, dann zahle man mehr als 100.000 Euro pro Stellplatz. Ist sei für die Stadt Leimen nicht leistbar. Man könne auf die Tiefgarage verzichten und einen Schulhof herstellen, der sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Schülerschaft orientiert. Momentan stehe die Tiefgarage im Vordergrund, was nicht sein sollte. Die GALL-Fraktion wolle die Leistungsphasen nicht beauftragen.

#### Stadtrat Feuchter

gehe es ähnlich, wie Stadtrat Frühwirt. Es habe einen Konsens gegeben einen Parkplatz zu machen, der damals verworfen worden sei. Beim Runden Tisch seien Fachleute zugegen gewesen, nach deren Aussage seien 80 bis 100 Stellplätze erforderlich. Im Oktober 2018 sei dann die Präsentation der KE vorgestellt worden. Nun sollen 44 Stellplätze ausreichen. Laut Oberbürgermeister Reinwald seien so viele Stellplätze auch auf dem jetzigen Rathausplatz vorhanden. Nach seiner eigenen Zählung könnten 60 Fahrzeuge dort parken. Er widerspricht der GALL-Fraktion in dem Punkt, dass an dieser Stelle keine weitere Tiefgarage nötig sei. Er wolle die Tiefgarage, aber nur, wenn diese

auch bezahlbar ist. Der Schandfleck müsse weg. Aber man habe auf Kostenanfragen keine Antwort erhalten, „Plus-X-Kosten“ sei keine Entscheidungsgrundlage. Bei einer Kostenschätzung von 4,5 Millionen Euro plus X-Kosten treffe man Entscheidung über etwa 8 Millionen Euro. Die Erstellung eines Bauantrags mit dem Ziel zu Bauen stehe heute zur Entscheidung. Die Lösung für die Musikschule sei für ihn unzureichend. Er möchte eine Ersatzlösung kennen. Auf dem Schulhof rede man nun von Schulerweiterung, nicht von der Musikschule. Die Diskussion zum „Kiss-and-Ride“-Parkplatz entfalle gänzlich. Er sei dafür 80 bis 100 Stellplätze zu bauen. Man rede von Kosten in Höhe von 8 Millionen Euro oder von 10 Millionen Euro. Er erklärt, laut einer Aussage von Koehler-Leutwein reichten 44 Stellplätze nicht aus. Eine Tiefgarage mit Ampelregelung sei zwar nicht optimal, aber was in Mannheim möglich ist sollte auch in Leimen möglich sein, vor allem, wenn dies eine Lösung ist um den Abriss des Musikpavillons herum zu kommen. Es bestehe ein Konsens aller Fraktionen außer der GALL-Fraktion, dass man 80 bis 100 Stellplätze wolle. Es sei ein Fehler, dies jetzt nicht zu tun.

Er stellt daher den Antrag auf getrennte Abstimmung über Punkt 1 und die Punkte 2 und 3. Er erklärt, bei den Punkten 2 und 3 werde die FDP-Fraktion dagegen stimmen.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Kurz

bedankt sich für den guten Vortrag. Die Fraktion der Freien Wähler wolle das Stadthaus, das habe erste Priorität. Runder Tisch hin oder her, aus der Bevölkerung komme der Wunsch, dass der Schandfleck verschwindet und eine Lösung gefunden wird. Es gebe Argumente dafür und dagegen, beides sei ernst zu nehmen. Die Fraktion der Freien Wähler sei für die Tiefgarage. Die größere Variante sei zwar charmanter, aber man sei bereit, diesen Schritt in die Leistungsphasen 3 und 4 mitzugehen.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, dass die große Mehrheit bereit sei, den Planungen zu der Tiefgarage näher zu treten. Er finde er nicht in Ordnung, dass es nun heiße, der Runde Tisch sei keine richtige Bürgerbeteiligung gewesen. Der Kostenvorbehalt treffe für alle Investitionen zu. Die große Mehrheit des Gemeinderates habe aufgrund der Empfehlungen die Planungen zur Tiefgarage eingeleitet. Im April 2021 habe man aufgrund des Ergebnisses des Ausschreibungsverfahrens die Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt. Man befinde sich in einem Prozess, bei dem nach und nach genauer geplant werde. Es sei in diesem Rahmen auf die vorliegende Variante abgespeckt worden. Es seien technische und finanzielle Gründe dafür aufgezeigt worden. Die Frage sei nun, ob man 44 oder 80 Stellplätze möchte. Wenn man die Aussage von Stadtrat Frühwirt zusammennehme, dann müssten 44 Plätze ausreichen. Man beschliesse noch nicht zu bauen, aber es komme der ernsthafte Wille zum Ausdruck, bauen zu wollen.

Aspekte, die dies verbieten könnten, würden nicht gesehen. Das Thema sei am 30. September 2021 vertagt worden, was an der fehlenden Vorstellung der Varianten und aufgekommener Fragen zu Alternativen gelegen habe. Diese Fragen seien in der Sitzung des Verwaltungsausschusses beantwortet worden. Daher stimme die Fraktion der SPD zu. Der offene Punkt Musikschule sei ein Problem, da der Vorschlag zur Unterbringung im AWO-Gebäude fragwürdig sei. Es gebe aber keine Notwendigkeit, die Entscheidung aufzuschieben. Fragen zur Planung eines Parkdecks sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht, da das Grundstück im Sanierungsgebiet liege. Ein Parkdeck mit Entfernung von 300 bis 500 Metern animiert nicht, dort zu parken, wenn man das Rathaus besuchen möchte. Die schlechteste Alternative sei ein offenes Parkdeck neben dem Schulhof. Man solle jetzt handeln, da der Rathausplatz nicht so bleiben könne. Auch die Verlegung der Musikschule in andere Räumlichkeiten stehe bald an, gerade im Hinblick auf die

kommenden Ansprüche auf Ganztagesbetreuung. Man könne diese Kosten nicht der Tiefgarage zuordnen. Die heute von seinen Kollegen genannten Zahlen der Stellplätze bezweifle er. Die SPD-Fraktion stimme zu.

Stadträtin Nathalie Müller

erklärt, der Aspekt der Kosten werde nur aus der Perspektive des Tiefgaragenbaus beleuchtet, aber die Tiefgarage sei die einzige Möglichkeit, das Blech oberirdisch vom Platz zu bekommen und die klaffende Lücke zu schließen. Die Frage, was der über 30 Jahre andauernde Stillstand die Stadt Leimen kostete, bleibe zu klären. Die fehlende Wohlfühlqualität und die Kaufkraftabwanderung wirkten sich negativ auf die Gewerbesteuererinnahmen aus. Hinsichtlich dem Sterben der Innenstädte sei es in Leimen ein Sekundentod gewesen. Sie sehe es als ihre Aufgabe, auch diese Kosten im Hinterkopf zu haben, weshalb sie die Leistungsphasen 3 und 4 beauftragen wolle.

Stadtrat Frühwirt

geht auf das Thema Musikschule ein. Die dafür entstehenden Kosten habe er bei seiner Kalkulation nicht einberechnet. Er möchte ein bestehendes Konzept, bevor der Musikschulpavillon abgerissen wird. Die Unterbringung der Musikschule im AWO-Gebäude sei für ihn, wenn auch nur als Zwischenlösung, untragbar. Die beiden Räume im AWO-Gebäude müssten auch hergerichtet werden und seien außerdem nicht barrierefrei. Auch der Büroraum für die Mitarbeiter der Musikschule sei seiner Ansicht nach nicht tragbar. Öffentliche Gebäude müssten barrierefrei sein, was dort auch nicht der Fall sei. Anbetracht der Schulden sei man auf Kante genäht, die Schulden müssten zurückgezahlt werden. Das Thema Musikschule müsste zunächst geklärt werden. Dr. Sander entgegnet er, dass seine Berechnungen auf der Wissenschaft beruhten. Er habe mit einem Stadtplaner der TU Aachen gesprochen. Dieser habe ihm gesagt, dass eine Tiefgaragenlösung für kleine bis mittlere Städte nicht gut sei. Er wünsche sich, dass mehrere Kollegen mit Fachleuten gesprochen hätten.

Oberbürgermeister Reinwald

merkt an, dass es Argumente für jede Richtung gebe, aber am Ende müsse eine Entscheidung getroffen werden. Die Politik sei auch immer die Kunst des Kompromisses. Das Kostenargument sei wichtig. Man ringe seit 30 Jahren um dieses Thema. Wenn man sich in Ortsfremde reinversetze, stelle sich die Frage, warum man nach Leimen kommen sollte. Es gehe nun vor allem darum, die Stadt Leimen attraktiver zu machen. Man sei sich zu großen Teilen einig, den Verkehr und das Blech dort wegzubekommen um eine Aufenthaltsqualität zu schaffen. Die Tiefgarage sei dafür ein wesentliches Element. Auch die Anzahl der Stellplätze sei ein Kompromiss. Man könne sich eben nur die abgespeckte Variante leisten. Man müsse sich jetzt entscheiden. Dieser Zustand könne auf keinen Fall so bleiben. Die Entscheidung trage dazu bei, dass Leimen attraktiver wird. Der Vorschlag zu Variante 3 sei für ihn überzeugend. Oberirdisch würden zusätzliche Stellplätze entstehen und die „Kiss-and-Ride“-Parkplätze seien auch noch nicht vom Tisch. Die Musikschule sei zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht barrierefrei. Das Musikpavillon verfüge über lediglich vier Räume, habe keine Toiletten und sei stark baufällig. Für ein Büro finde man zur Not eine andere Lösung. Er berichtet von einem Gespräch mit Frau Nicole Staber von der Musikschule Leimen. Dem Musikschulteam sei es wichtig, möglichst nahe an der Turmschule zu sein. Es liege noch keine Planung vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Rathausplatz)**

1. Vom Stand der Planungen wird Kenntnis genommen.

Mit 12 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Kettenmann, Kurz, Nathalie Müller, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt und Werner) und 8 Gegenstimmen (Stadträte Bortz, Feuchter, Frühwirt, Hahn, Hassenpflug, Lindenbach, Julia Müller, und Reinig) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Rathausplatz)**

2. Die Planung der Variante 3 soll weiterverfolgt werden.

Mit 12 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Kettenmann, Kurz, Nathalie Müller, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt und Werner) und 8 Gegenstimmen (Stadträte Bortz, Feuchter, Frühwirt, Hahn, Hassenpflug, Lindenbach, Julia Müller, und Reinig) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Rathausplatz)**

3. Das Architektur Büro AP88 und Fachbüros (Ingenieurgruppe Bauen, Gadow + Greske, RheinNeckar Consult) werden mit den Leistungsphasen 3 und 4 beauftragt.

**8. Planung Gasleitungstrasse** 67/2021  
Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) - Vorstellung der Planung

Oberbürgermeister Reinwald erläutert kurz den Sachverhalt und weist auf die am 8. November 2021 geplante Informationsveranstaltung um 19.00 Uhr im Rosesaal hin, weshalb auch die Sitzung des Ältestenrates bereits um 18.00 Uhr beginne. Er begrüßt die Referentinnen Frau Rebecca Penno, Stabsstellenleitung Unternehmenskommunikation der terranets bw GmbH und Frau Maren Raubenheimer, Projektleitung der terranets bw GmbH und übergibt ihnen das Wort.

Frau Penno stellt terranets bw GmbH und die Planungen vor (*siehe Anlage 4*). Man befinde sich im Auftakt. Um die beste Lösung für den Ausbau vor Ort zu finden sei ein Austausch wichtig. Sie stellt Planungen für die Informationsveranstaltung in Leimen vor und weist auf die Projekthomepage hin.

Frau Raubenheimer stellt die technische Seite des Unternehmens vor (*siehe Anlage 4*).

Oberbürgermeister Reinwald dankt für die Ausführungen. Man könne das Projekt nicht verhindern, aber es soll mindestensmöglich die Bürgerschaft belasten. Ein Wunsch sei ein größerer Abstand. Das Trassengelände laufe durch das beste Weingebiet, daher bittet er, mit den Winzern und

Landwirten über den Trassenverlauf zu sprechen. Der Weinbau solle nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Kurz

erklärt, es handele sich um einen heftigen Eingriff in die Natur. Seine Freude darüber halte sich in Grenzen. Es werde sogar von Umweltzerstörung gesprochen. Er fragt, bis wann die grundstücksgenaue Planung vorliegt.

Frau Raubenheimer

erklärt, dies der Fall mit dem Planfeststellungsantrag. Dieser werde Mitte 2023 eingereicht. Man wolle Überzeugungsarbeit leisten. Wenn der Feststellungsbeschluss vorliegt, sei der Antrag genehmigt. Man möchte eine gütliche Einigung mit den Eigentümern und Bewirtschaftern. Es würden Entschädigungen gezahlt. Wenn keine Einigung erzielt werde, könne man zusammen mit dem Regierungspräsidium in die Enteignung gehen.

Stadträtin Nathalie Müller

erklärt, der Auftritt der heutigen Referentinnen sei deutlich charmanter als der ihrer Kollegen vor 15 Jahren, wofür sie sich bedankt. Sie treibe das Thema Kommunikation um. Bereits die Aufstände in den Nachbargebieten hätten beängstigend gewirkt. Außerdem seien Landwirte in unterschiedlichen Ortsteilen betroffen. Sie finde, man hätte diese Leute früher in den Prozess einbinden sollen. Die Besonderheit bei der L600 sei das große Biotop. Wie man um die südliche Ausprägung dort herumkommen möchte sei ihr rätselhaft. Sie sei gespannt auf die Ausführungen am 8. November 2021.

Frau Penno

erklärt, es brauche längere Zeit, bis man allen Informationsbedürfnissen nachkommen kann. Sie bittet, die Informationsangebote der terranets zu nutzen, mit der Zeit werde es konkreter.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet, nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Planung Gasleitungstrasse)**

Vom Stand der Planungen wird Kenntnis genommen.

Stadtrat Frühwirt

stellt einen Antrag zur Tagesordnung, den Tagesordnungspunkt 9 zu vertagen und in der Sitzung im November zu beraten. Das wichtige Thema der Digitalisierung sollte aufmerksam verfolgt werden können. Daher finde er es nicht angemessen, den Vortrag nach vorangegangener Stunde noch abzuhalten.

Dem wird entsprochen.

**9. Digitalisierung**  
*Digitalisierungsstrategie – Sachstandsbericht*

68/2021

*Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.*

**10. Gemeinderat**  
Antrag der GALL –  
Behindertenbeauftragter – Jährliche Sachstandsberichte

69/2021

Oberbürgermeister Reinwald schildert kurz den Sachverhalt und erklärt, jährliche Sachstandsberichte des Behindertenbeauftragten könnten auch in den Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport behandelt werden.

Stadtrat Frühwirt bittet das Gremium, dem Antrag zuzustimmen. Es handele sich um ein wichtiges Thema. Die Menschen würden immer älter und auch die Frage der Inklusion behinderter Menschen müsse geklärt werden. Dies sollte in öffentlicher Sitzung geschehen. Er bittet um zeitnahe Berichterstattung.

Oberbürgermeister Reinwald geht von Zustimmung aus. Dem erhebt sich kein Widerspruch.

Es ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Gemeinderat)**

Dem Antrag, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt einmal pro Jahr in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates einen Bericht über den Stand, die Fortschritte und die Vorhaben hinsichtlich der Integration von Menschen mit Behinderung in der Stadt abgibt, wird zugestimmt.

**11. Gemeinderat**  
Antrag der GALL –  
Neukonzeption des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport

70/2021

Oberbürgermeister Reinwald schildert kurz den Sachverhalt. Er merkt an, dass der Ausschuss für Kultur, Soziales, Schule und Sport (KSSS) nicht unbedingt viermal jährlich tagen müsse. Es reiche die Abhaltung nach Bedarf, zumal der Ausschuss vor seiner Amtszeit auch nicht oft getagt habe.

Stadtrat Frühwirt plädiert dafür, vier Termine im Jahr anzusetzen, man könne diese immer noch absagen. Vereine und andere Personen seien betroffen, es kämen sicherlich genug Themen zusammen. Er habe das Gefühl, dass die Vorberatung zu solchen Themen im Verwaltungsausschuss zu kurz kommt. Er bittet das Gremium zuzustimmen.

Stadträtin Werner stimmt dem Gesagten zu. Sie ergänzt, dass grundsätzlich auch zwei Vertreter des Jugendgemeinderates bei den Sitzungen des KSSS dabei sein sollten.

Stadtrat Dr. Anselmann stimmt seinen Vorrednern zu. Er finde, die Sitzungen des KSSS könnten auch öffentlich stattfinden.

Stadtrat Feuchter

sagt, dass er einmal im KSSS zugegen war. Dort habe sich gezeigt, wie wichtig dieser Ausschuss im sozialen Bereich ist. Die FDP-Fraktion sei dafür, dass man den KSSS viermal im Jahr einberuft. Absagen könne man schnell.

Stadträtin Kettenmann

stimmt zu. Sie finde, es sei eine gute Sache.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Gemeinderat)**

Dem Antrag zur Neukonzeption des Ausschusses für Kultur, Soziales, Schule und Sport wird zugestimmt.

**12. Gemeinderat**

71/2021

Antrag der GALL und SPD –  
Resolution „Sicherer Hafen“

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt und bittet um Wortmeldungen.

Stadträtin Julia Müller

Finde es toll, dass die Fraktionen diese Erklärung gemeinsam erarbeitet haben. Ergänzend zum Entwurf solle man diesen Landtags- und Bundestagsabgeordneten zukommen lassen. „Seebrücke.org“ führe eine Liste mit Städten. Leimen sollte auf der Plattform genannt werden.

Die Begründung zum Antrag ist als *Anlage 5* beigefügt.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Gemeinderat)**

Der Resolution wird zugestimmt.

**13. Straßenbau**

72/2021

K4155 – Begrünung

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt. Er dankt Stadtrat Bortz für seine Unterstützung bei dem Vorhaben.

Stadtrat Bortz

verliest eine Stellungnahme (*Anlage 6*). Die GALL möchte demnach die Verwaltung beauftragen, mit der NABU Kontakt aufzunehmen, die Gärtner der TBL zu involvieren und die Spiralform in den Kreiseln zu überdenken.

Stadträtin Kettenmann

stimmt dem Gesagten zu. Die Beauftragung eines holländischen Unternehmens habe den Freien Wählern auch bitter aufgestoßen. Zudem stelle sich die Frage, wo man dann künftig den Weihnachtsbaum aufstellen soll.

Stadträtin Werner

schließt sich an. Den Kreisel spiralförmig zu gestalten sei nicht unbedingt notwendig. Der alte Kreisel könne hinten anstehen.

Stadtrat Dr. Anselmann

spricht sich für die Vertagung des Tagesordnungspunktes aus. Er hätte gerne vor der Sitzung davon gehört und finde dies sehr schade.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, die Aspekte seien ihm auch nicht bekannt gewesen. Er stimmt der Vertagung zu. Es erhebt sich kein Widerspruch.

*Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.*

Stadtrat Feuchter

bittet darum, die Kosten in der Vorlage zu ergänzen.

**14. Bebauungspläne Leimen-St.Ilgen**  
Fasanerie III, 2. Änderung

73/2021

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz die Gremienvorlage. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Bebauungspläne Leimen-St.Ilgen)**

1. Vom Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wird Kenntnis genommen und nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird den Erledigungsvermerken der Verwaltung zugestimmt.
2. Vom Ergebnis der Offenlage nach § 3 (2) BauGB wird Kenntnis genommen.
3. Die Änderung des Bebauungsplans „Fasanerie III, 2. Änderung“ i.d.F. vom 28.09.2021 wird gemäß § 10 BauGB i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.
4. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften i.d.F. vom 28.09.2021 werden nach § 74 LBO i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

**15. Bebauungspläne Leimen-Gauangelloch**  
Ortsmitte

74/2021

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Vorlage und bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Bebauungspläne Leimen-Gauangelloch)**

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Ortsmitte“ wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen.

- 16. Feuerwehr Leimen** 75/2021  
Ausschreibung Drehleiter/Hubrettungsgerät

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt laut Vorlage. Am 22. November komme um 14.30 Uhr ein entsprechendes Gerät auf den Schulhof der Turmschule zur Ansicht.

Stadtrat Feuchter fragt, wegen der Ermächtigung und der Ausschreibung bei den Kosten von 700.000 Euro für die Drehleiter aus formalen Gründen. Er weist darauf hin, dass dies in den Haushalt eingestellt werden müsse.

Oberbürgermeister Reinwald erklärt, es handele sich um einen Vorschuss. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Feuerwehr Leimen)**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Neubeschaffung einer Drehleiter bzw. eines Hubrettungsgerätes europaweit auszuschreiben.
2. Nach erfolgter Submission ist der Gemeinderat über das Ergebnis auf kurzem Wege in Kenntnis zu setzen, der Auftrag dem annehmbarsten Bieter zu erteilen.
3. Im Haushalt 2022 sind für die Maßnahme insgesamt 240.000 € vorzusehen.

- 17. Forst** 76/2021  
Ersatzbeschaffung Forstfahrzeug

Oberbürgermeister Reinwald schildert kurz den Sachverhalt. Er erklärt, dass das Fahrzeug aus der Dringlichkeit heraus bereits angeschafft werden musste. Rein formell sei ein Gemeinderatsbeschluss notwendig. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Forst)**

1. Von den Informationen wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, einen neuen Nissan Navara D23B N-Guard Pickup für den Einsatz im Forst zu kaufen.

**18. Liegenschaften**

77/2021

Beendigung Pachtvertrag mit TC Kurpfalz St.Ilgen

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Gremiovorlage. Die Verwaltung empfehle, das Grundstück später zum Wohnbauland zu entwickeln, dies seien etwa 2.000 bis 2.500 Quadratmeter. Es sei eine gute und einmalige Einnahmesituation zur Stützung des Haushaltes. Er weist darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung lediglich um die Beendigung des Pachtvertrages gehe. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Feuchter

erklärt, wenn sich der Verein nicht auflösen sollte, sei dies ein Vorratsbeschluss.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, die Auflösung stehe fest. Zur Auflösung des Vereins fehle es lediglich noch am formalen Beschluss, der am 18. November auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung.

Stadtrat Feuchter

möchte wissen, ob die acht betroffenen Flurstücke alle der Stadt gehören.

Oberbürgermeister Reinwald

verneint dies. Nur die rote Fläche gehöre der Stadt. Die Tennisplätze befänden sich teilweise auf einem fremden Grundstück.

Stadtrat Unverfehrt

finde die Lösung elegant. Er bittet die Verwaltung an den Fahrradweg Richtung Sandhausen zu denken.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Stadtrat Bortz

erklärt, die GALL-Fraktion stimme der vorzeitigen Beendigung zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Liegenschaften)**

1. Von den Informationen wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Auflösungsvertrag mit dem TC Kurpfalz St. Ilgen zum 31.12.2021 zu schließen.

## 19. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald

weist noch einmal auf die Informationsveranstaltung der terranets GmbH am 8. November hin. Entsprechend finde die Sitzung des Ältestenrates bereits um 18.00 Uhr in Präsenz statt.

Stadtrat Reinig

erkundigt sich zum Sachstand des Radweges in Richtung St. Ilgen beim Kreisel und zum Sachstand Lichtkonzeption.

Oberbürgermeister Reinwald

berichtet, dass die Baumaßnahmen am kommenden Dienstag weitergehen. Die Lichtkonzeption sei in der Mache und werde bald vorgestellt.

Stadträtin Kettenmann

bittet darum, einen am Waldstadion abgebrochenen Ast zu entfernen, auch ein Mast am Penny sei nicht verkehrssicher.

Stadtrat Hahn

bittet um Lösung für die Grundschulkinder wegen des abgesagten Martinsumzugs.

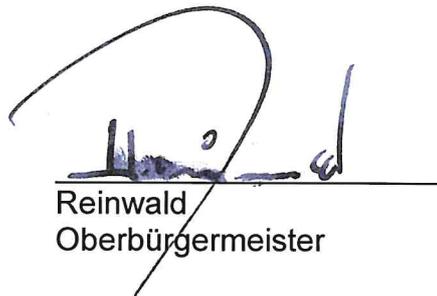
Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dies sei bereits gelöst.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 23.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

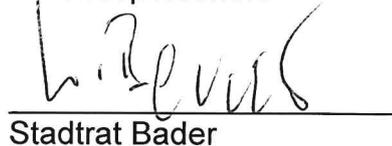


Greiner  
Protokollführerin



Reinwald  
Oberbürgermeister

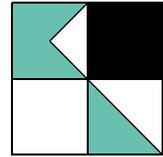
Urkundspersonen:



Stadtrat Bader

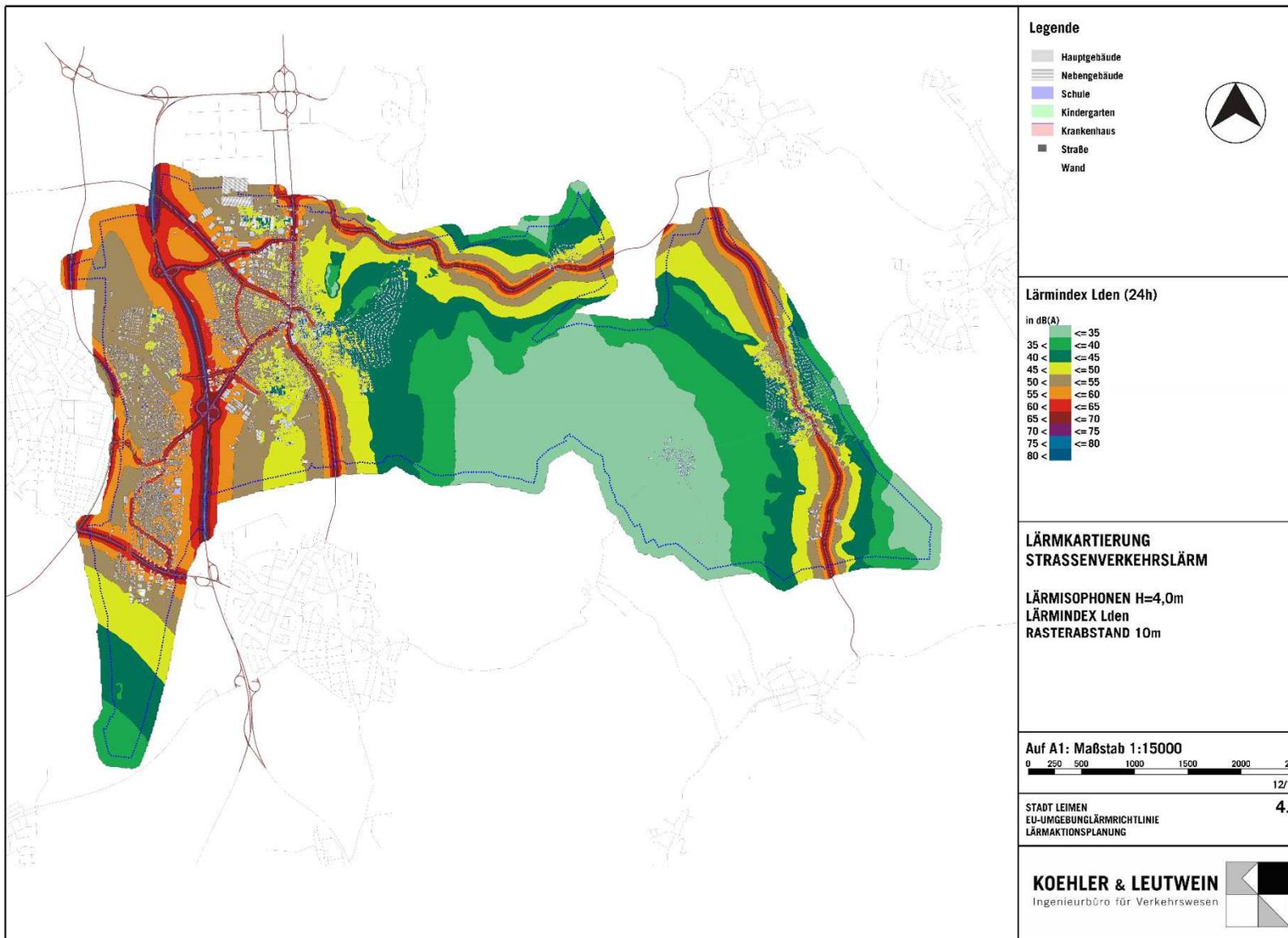
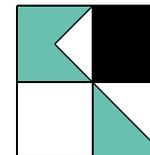


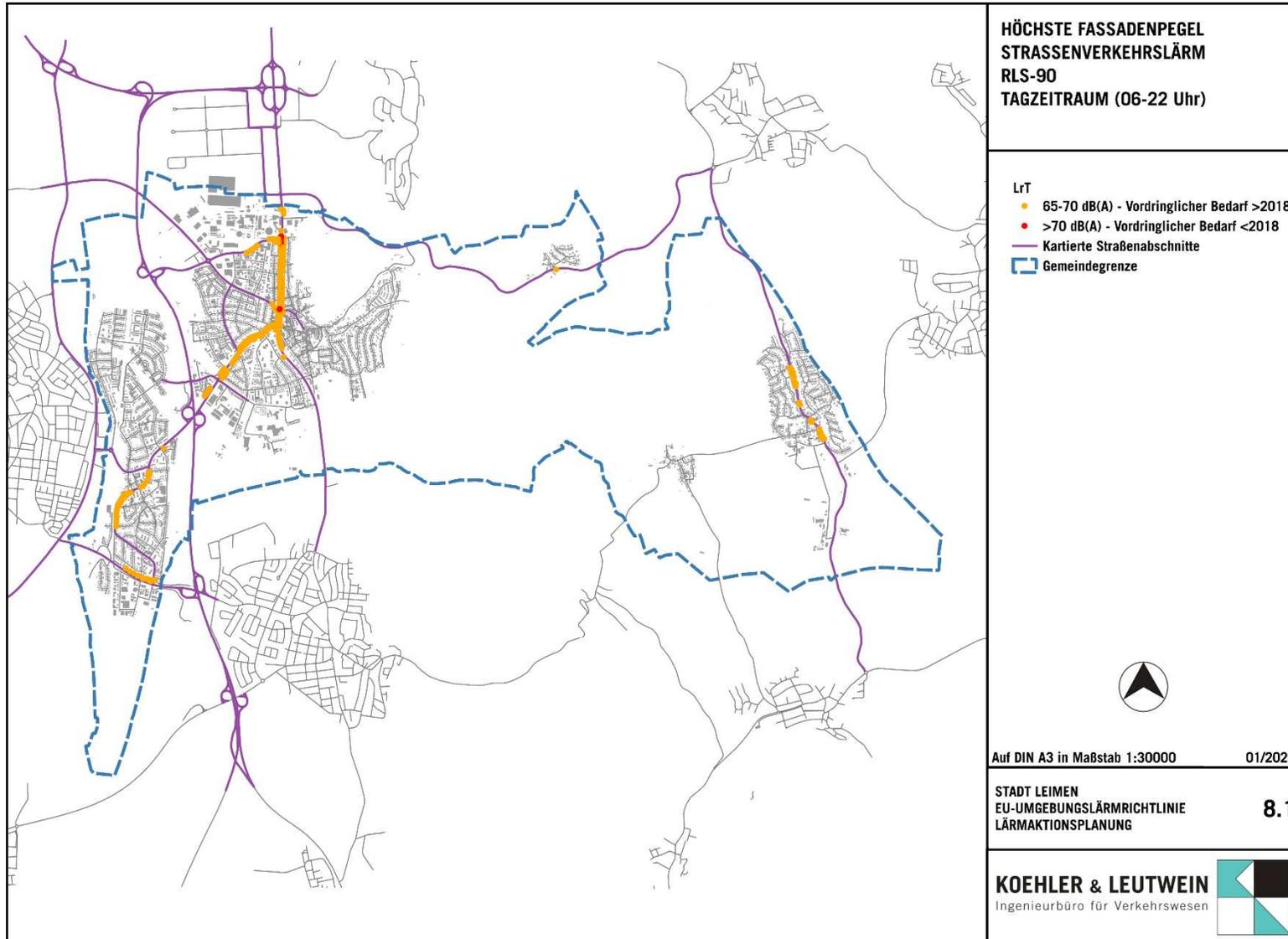
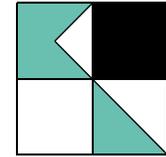
Stadtrat Hahn

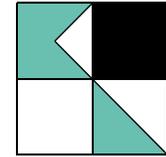


# Lärmaktionsplan Leimen

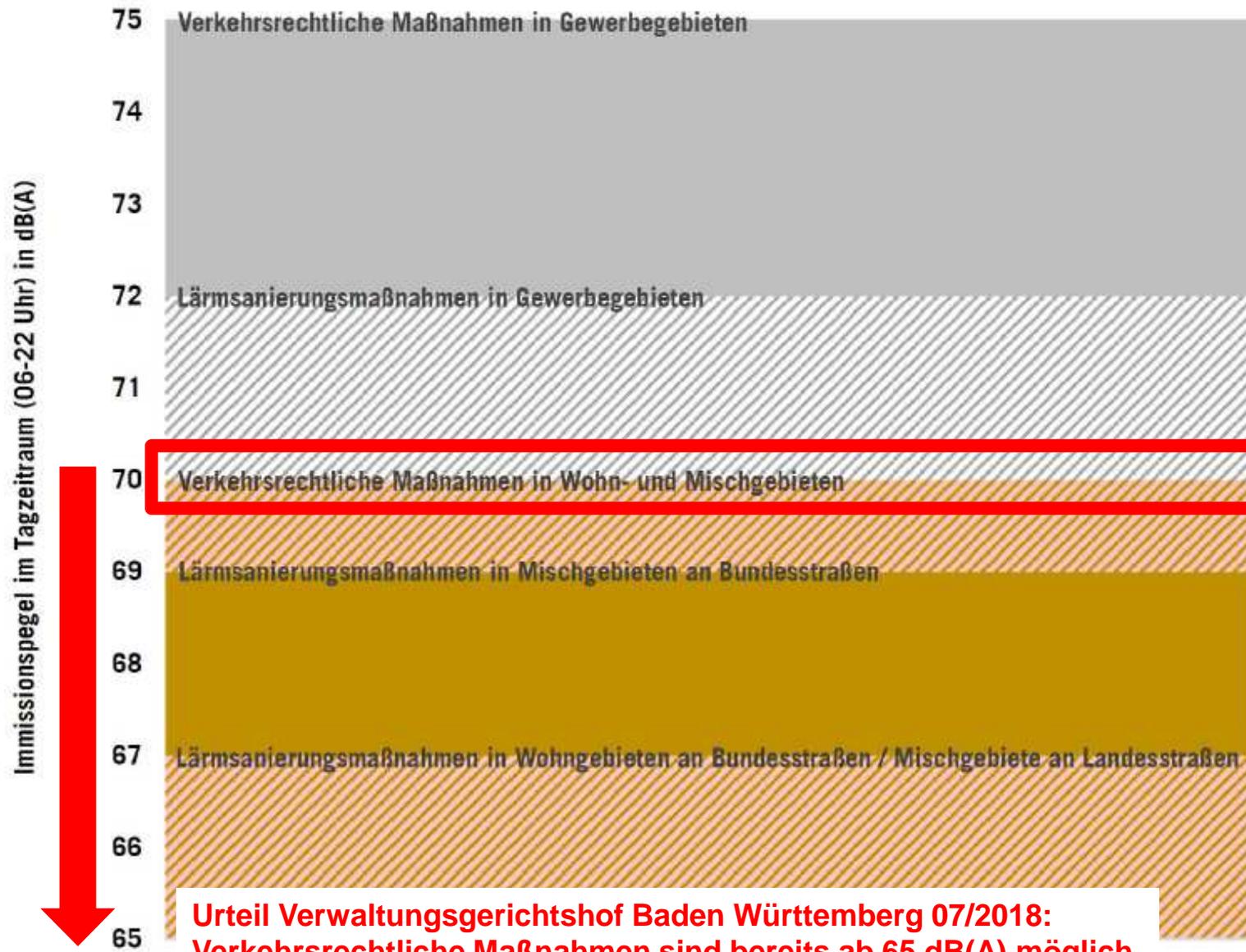
**28.10.2021**

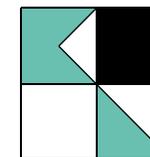




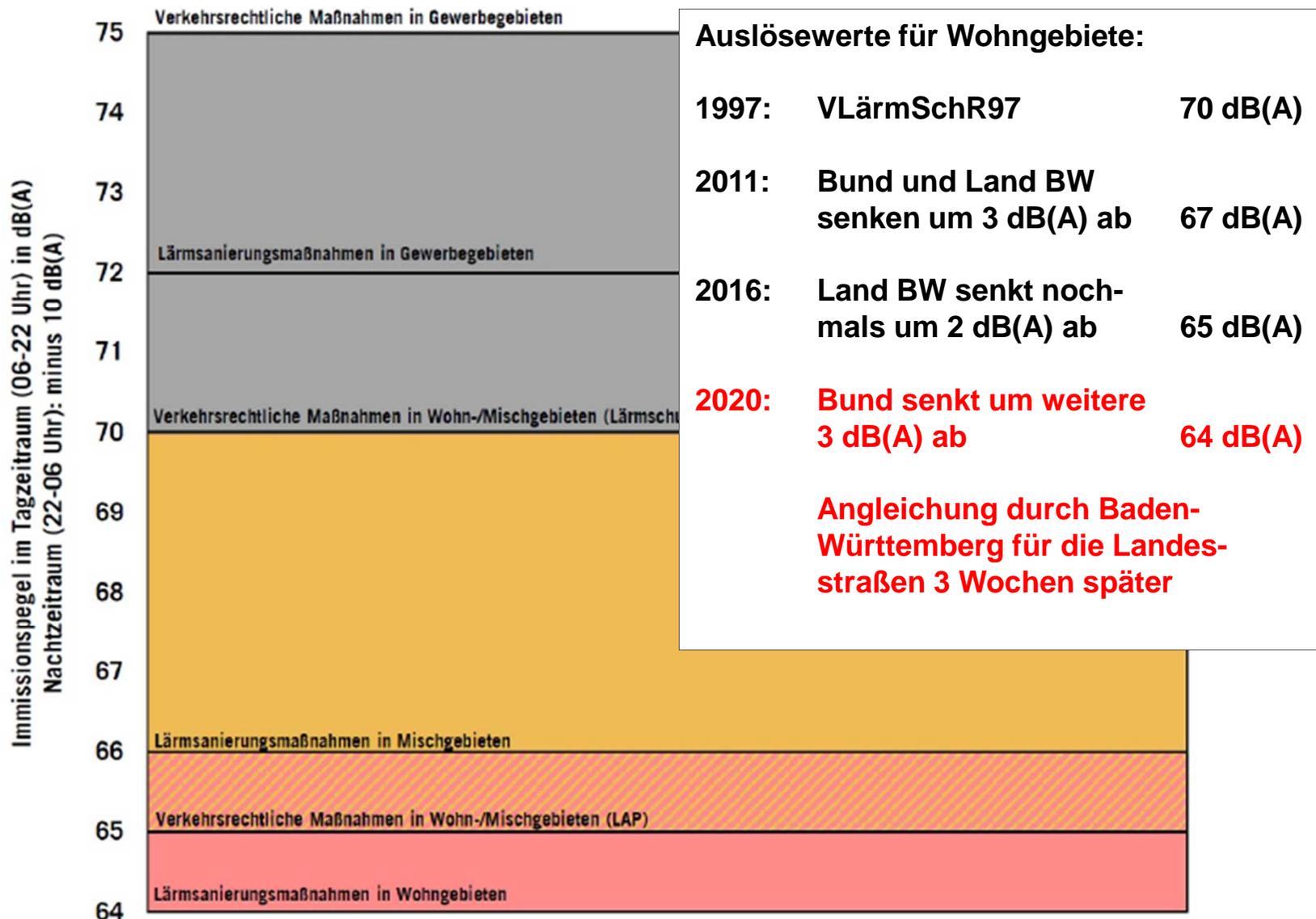


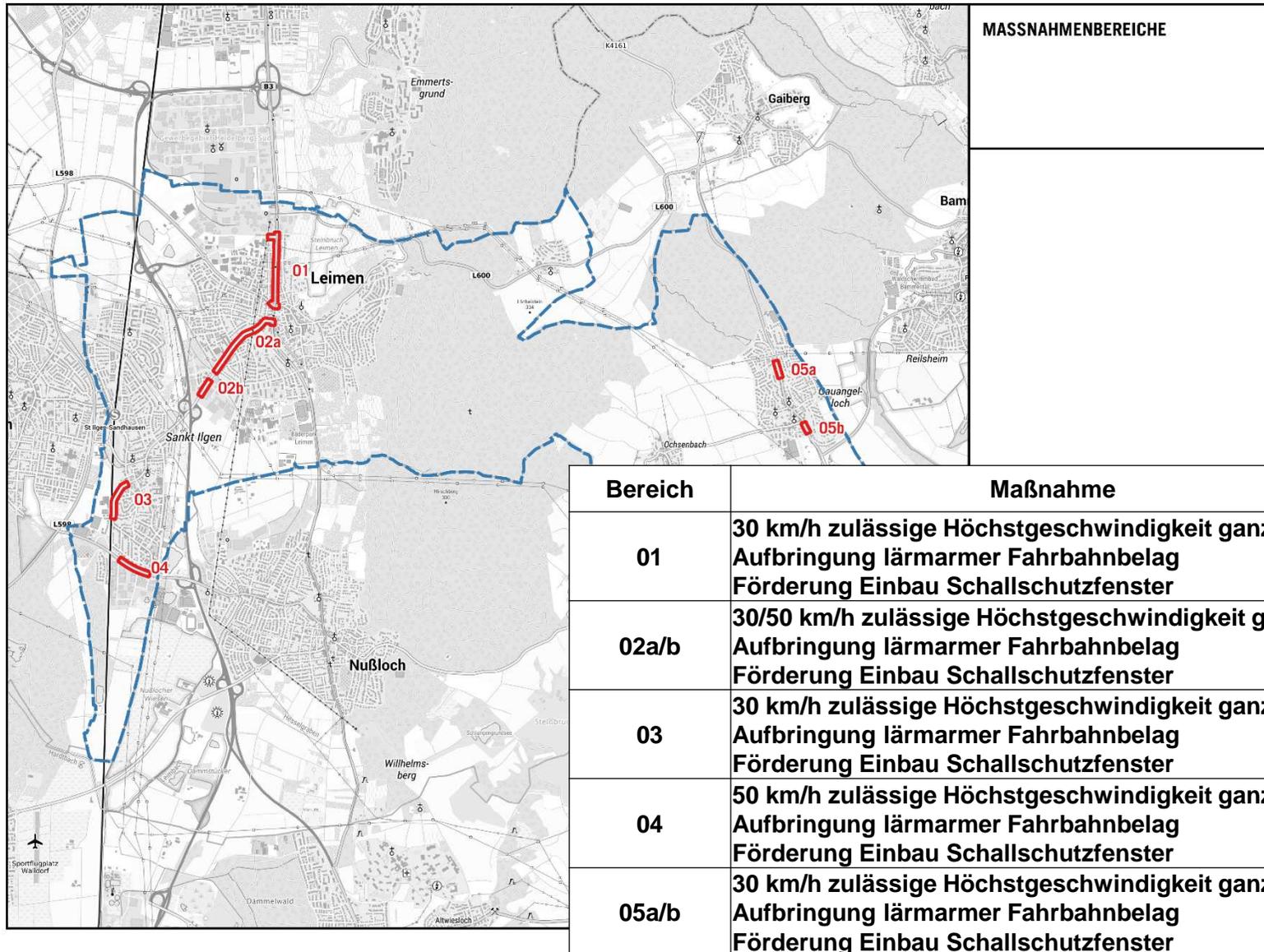
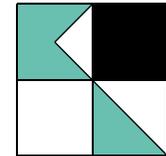
## Auslösewerte Lärminderungsmaßnahmen

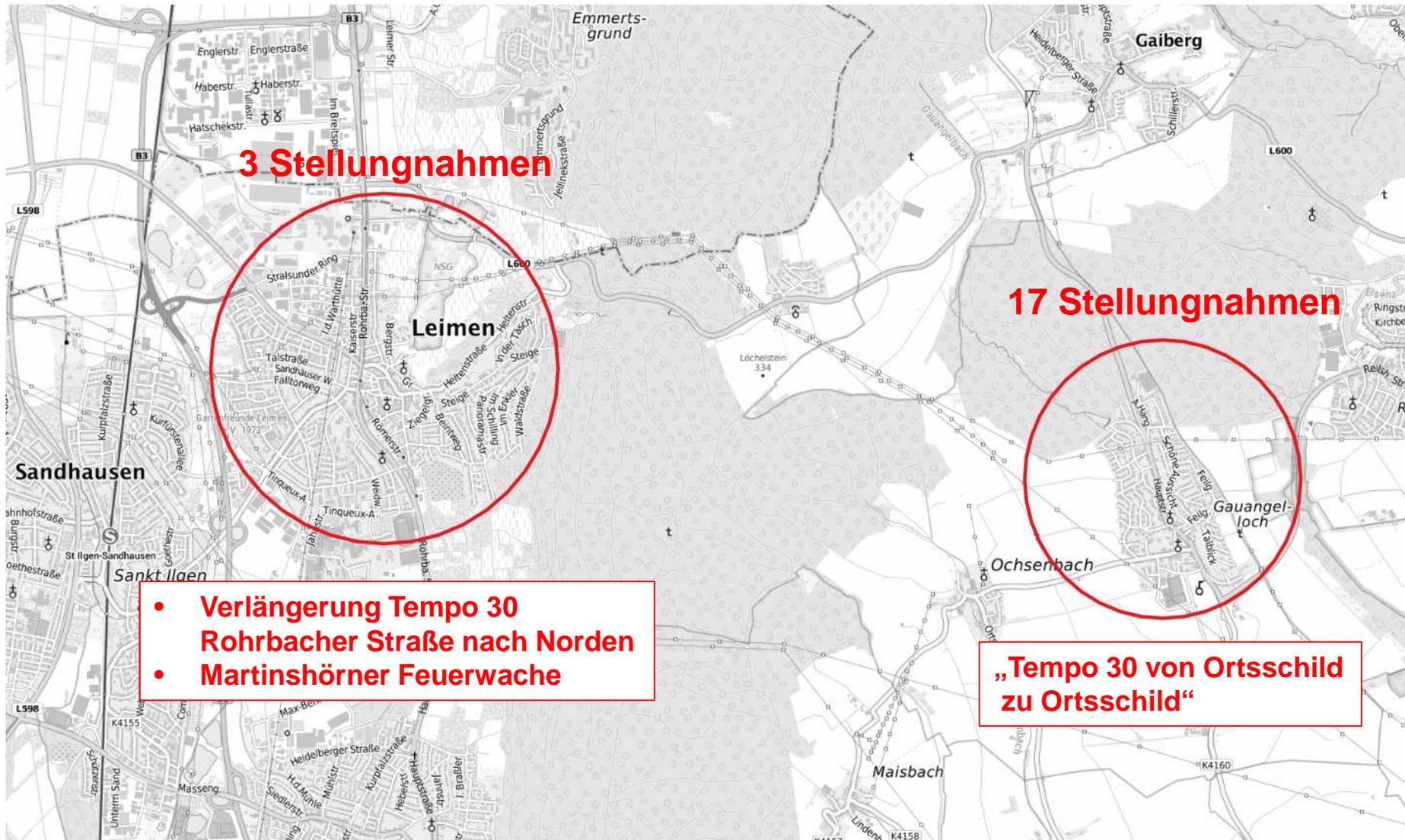
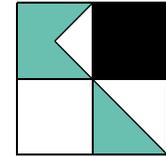


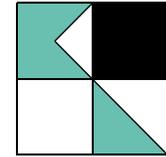


Auslösewerte Lärminderungsmaßnahmen seit 08/2020



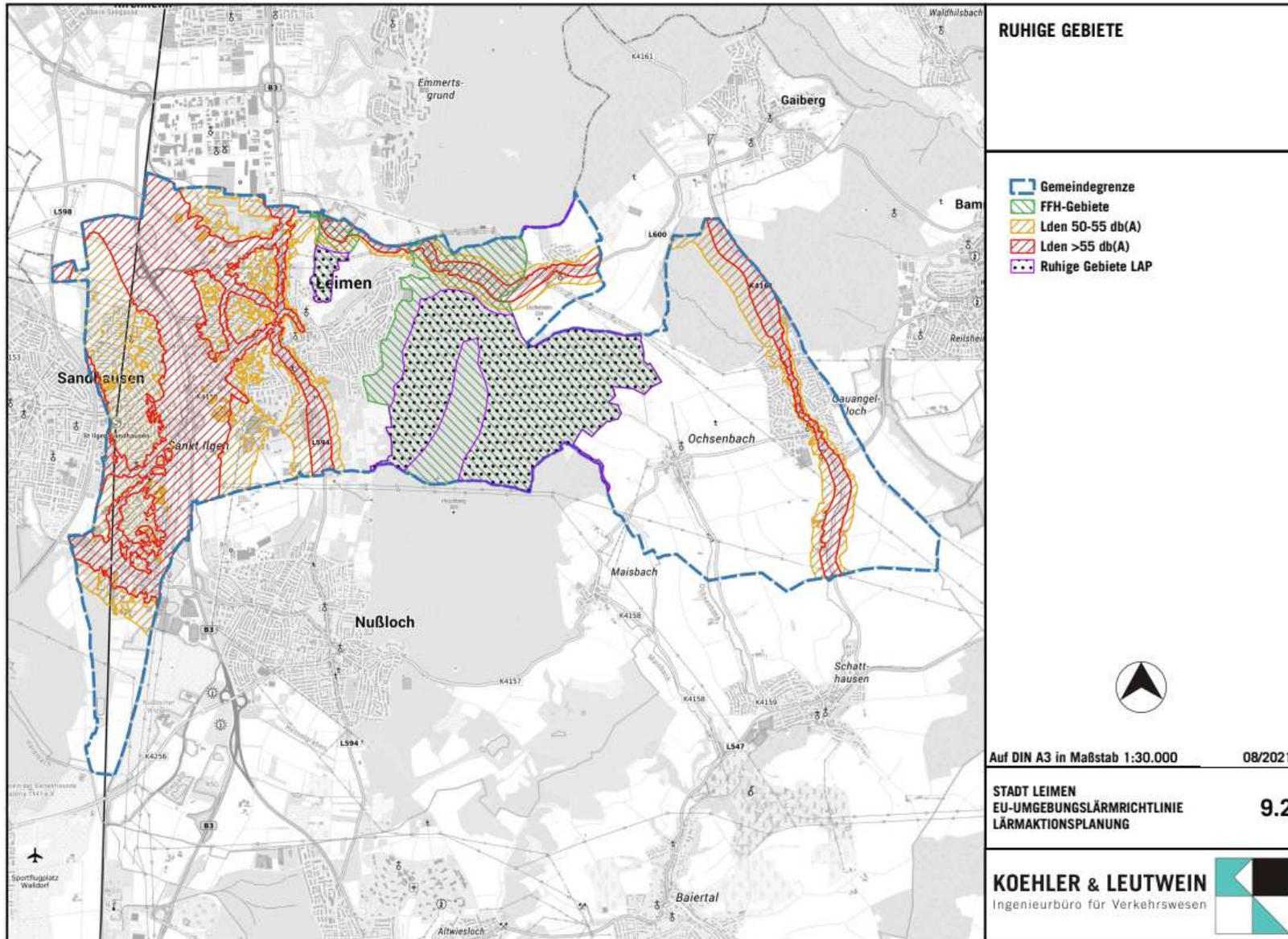
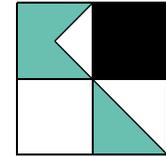


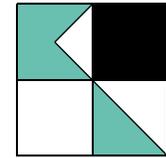




- **Keine Bedenken der Nachbarkommunen**
- **Prinzipielle Zustimmung der Verkehrsbehörden**
- **Nahverkehrsbetreiber:**  
**Befürchtung, dass aufgrund von Fahrzeitverlängerungen Taktprobleme entstehen**
- **Amt für Umweltschutz Rhein-Neckar-Kreis:**  
**Ruhige Gebiete außerhalb von Ballungsräumen bereits ab 50 dB(A) L<sub>DEN</sub> ausweisen.**

Ruhige Gebiete





## Ablaufschema Lärmaktionsplanung

### Analyse der Lärmsituation

- Lärmanalysen durch Kartierung
- Betroffenenanalysen
- Ermittlung ruhiger Gebiete
- **Erstellung eines Entwurfs zum Lärmaktionsplan**

Gemeinderat beschließt die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

### Beteiligung und Abstimmung

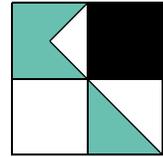
- Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen
- Maßnahmenabstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange
- **Erstellung der Endfassung des Lärmaktionsplans**

Gemeinderat beschließt den Lärmaktionsplan

### Berichterstattung

- Übermittlung der Ergebnisse der Lärmaktionsplanung an die EU
- Nach Ablauf von 5 Jahren, gem. Stichtagen der EU, wird der Lärmaktionsplan überprüft
- Bei wesentlich veränderten Ausgangslagen kann eine Aktualisierung der Kartierung erfolgen.

**Zeitpunkt der nächsten Überprüfung des Lärmaktionsplans: Juli 2024**



**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

**Haben Sie Fragen?**

Ingenieurbüro für Verkehrswesen  
Koehler und Leutwein GmbH & Co. KG

Greschbachstraße 12  
76229 Karlsruhe

Tel: 0721 / 96260 – 0  
Fax: 0721 / 96260 – 50  
Net: [www.koehler-leutwein.de](http://www.koehler-leutwein.de)



# Neuantrag Sanierung „Leimen-Mitte“

Sitzung Gemeinderat am 28. Oktober 2021

## Agenda

- 01** Der Weg zum Neuantrag
- 02** ISEK und Bürgerbeteiligung
- 03** Bestandsaufnahme und -analyse
- 04** Neuordnungskonzept
- 05** Kosten- und Finanzierungsübersicht

# 01

## Der Weg zum Neuantrag

## Aus „Innenstadt“ wird „Leimen-Mitte“

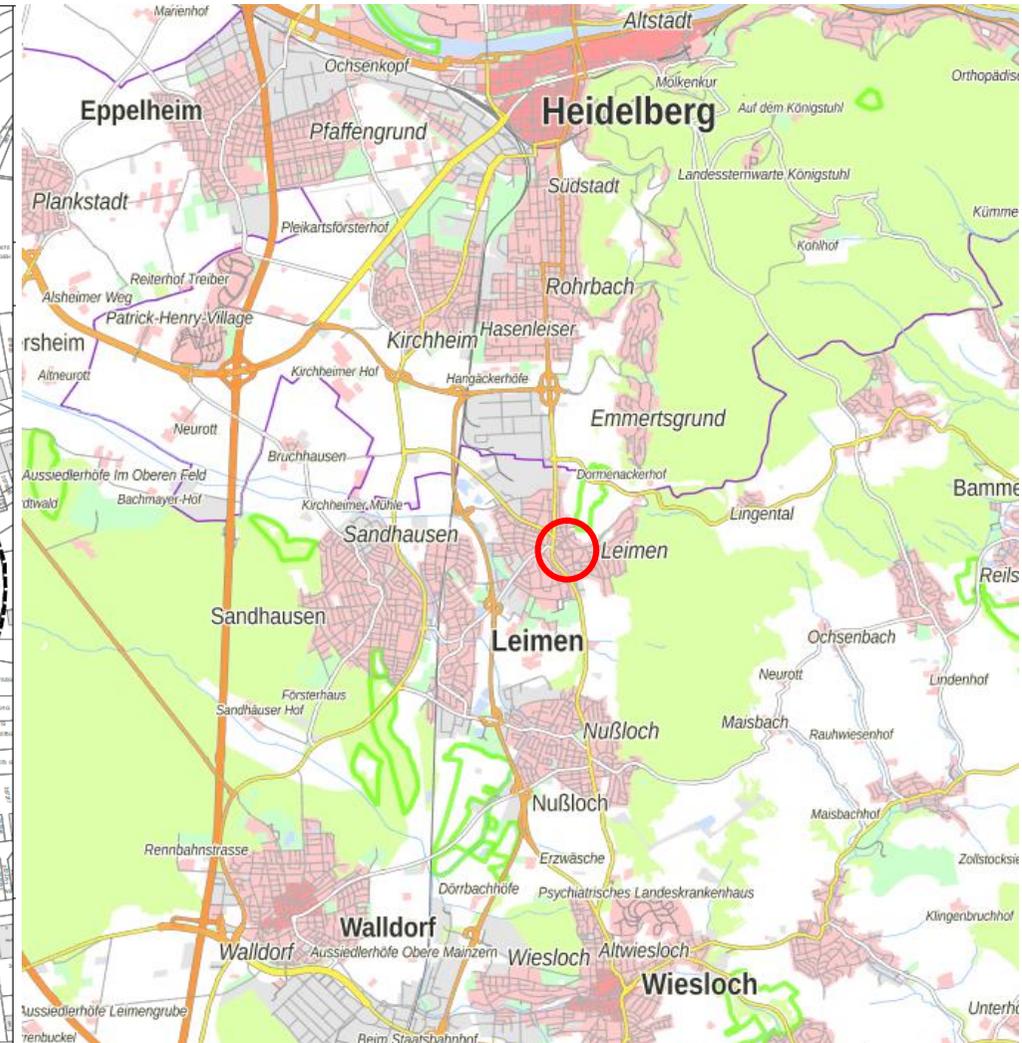
- **Keine Verlängerung** der laufenden Sanierungsmaßnahme „Innenstadt“ über den Bewilligungszeitraum (30.04.2022) hinaus
- **Vorbereitung Neuantrag** - Umgriff des neuen Gebiets kann Teile des bisherigen umfassen, in denen sich die laufenden Einzelmaßnahmen befinden, sowie Erweiterungsflächen für die dargestellten zusätzlichen Maßnahmen
- Für die Antragstellung in 2021 für das Programmjahr 2022 ist ein gebietsbezogenes **Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)** unter **Beteiligung der Bürgerschaft** vorzulegen
- **Abrechnung für das bisherige Sanierungsgebiet „Innenstadt“** ist mit der gebotenen Zügigkeit vorzubereiten
- **Darstellung der erforderlichen Mittel für das Gebiet des Neuantrags** in einer Kosten- und Finanzierungsübersicht (KuF)

# 02

## ISEK und Bürgerbeteiligung

# Das Untersuchungsgebiet im gesamtörtlichen und regionalen Kontext

## ISEK = gebietsbezogenes Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept



Untersuchungsgebiet "Leimen-Mitte"

Gesamtfläche:

88 810 m<sup>2</sup>

## Gesamtörtliches Entwicklungskonzept 2004 (Auszug)



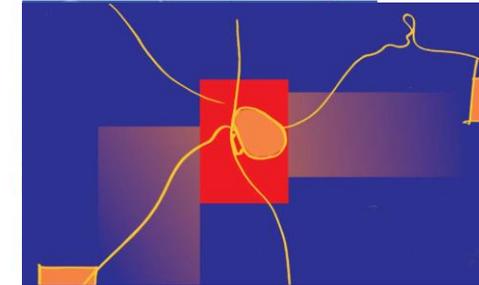
### Starkes Zentrum – Starke Stadt!

Beibehaltung und Stärkung der Funktionen des urbanen Stadtzentrums:

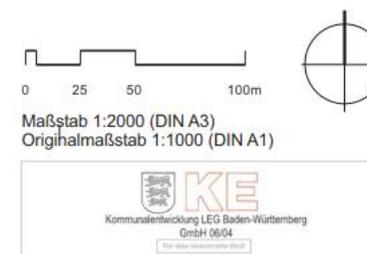
Nahversorgung:	Einzelhandel/ Dienstleistungen
Nahmobilität:	Verkehr
Naherholung:	Tourismus /Kultur
Innenstadtnah leben:	Wohnbauflächen

# Gesamtörtliches Entwicklungskonzept 2004 (Auszug )

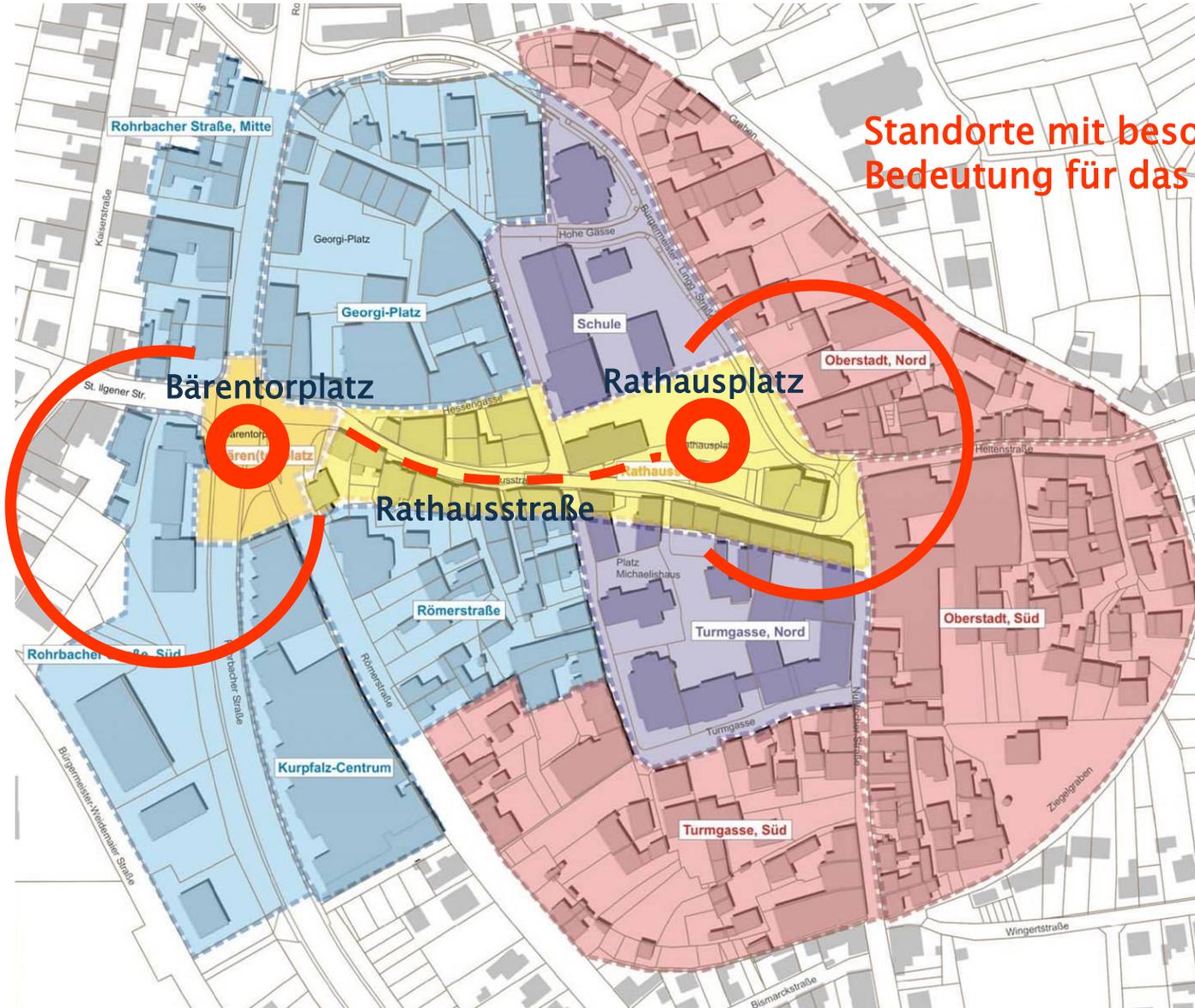
## Leitidee Funktionsbereiche



- **Sicherung und Entwicklung des Einzelhandels**
- **Sicherung und Entwicklung des Gemeinbedarfs**
- **Sicherung und Entwicklung der Wohnfunktion**

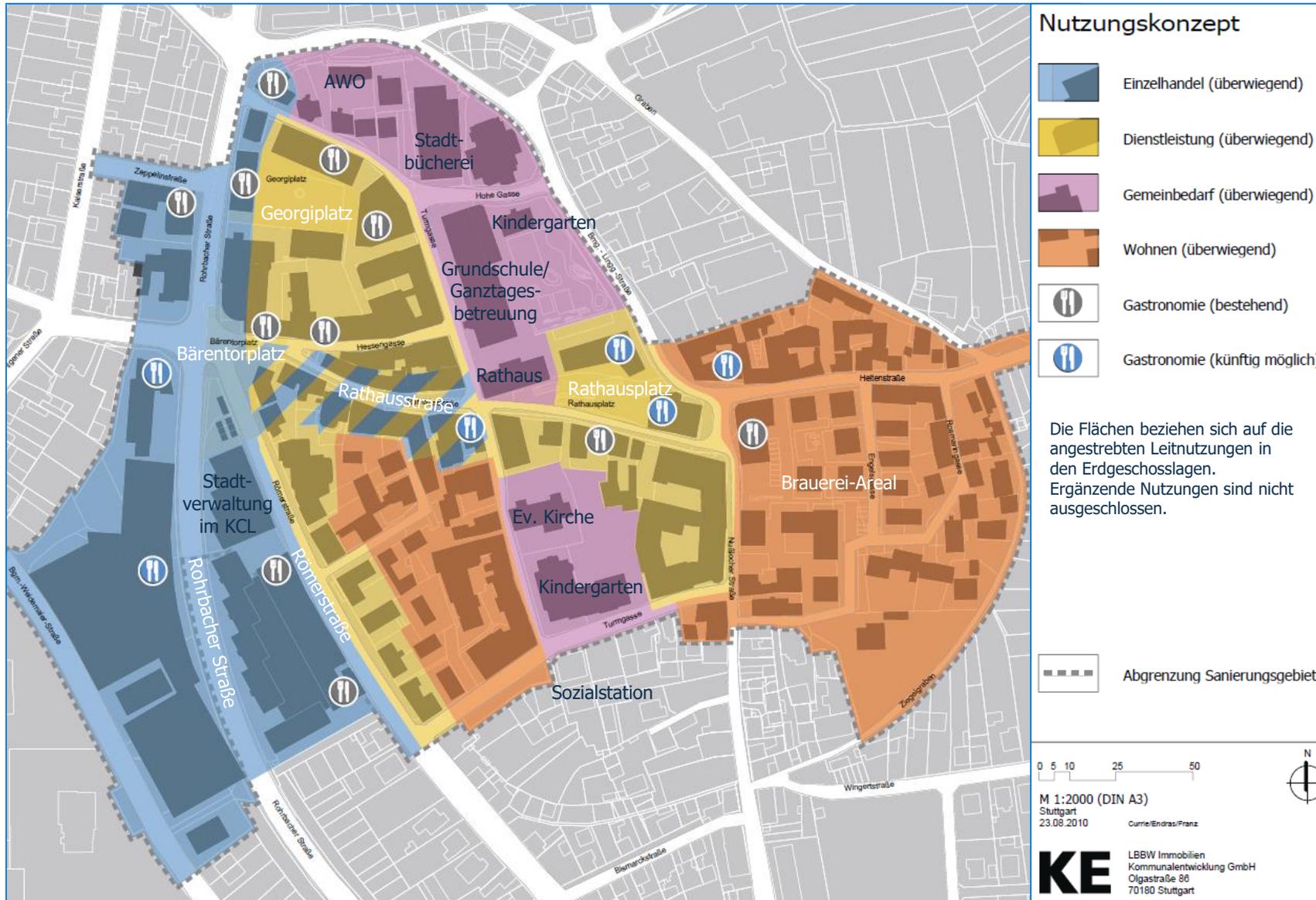


## Vorbereitende Untersuchungen 2006 (Auszug)



Standorte mit besonderer  
Bedeutung für das Innenstadtgefüge

# Innenstadtkonzept 2010 (Auszug)



## Bürgerbeteiligung

Große Kreisstadt Leimen  
Bürgerbeteiligung zum Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) „Leimen-Mitte“

### Ergebnisse der Bürgerbeteiligung

24. Juli bis 12. September 2021



- ... sind separat dokumentiert.
- ... fließen in die weitere Planung ein.
- ... werden öffentlich bereitgestellt.

# 03

## Bestandsaufnahme und -analyse

# Abgrenzung Untersuchungsgebiet



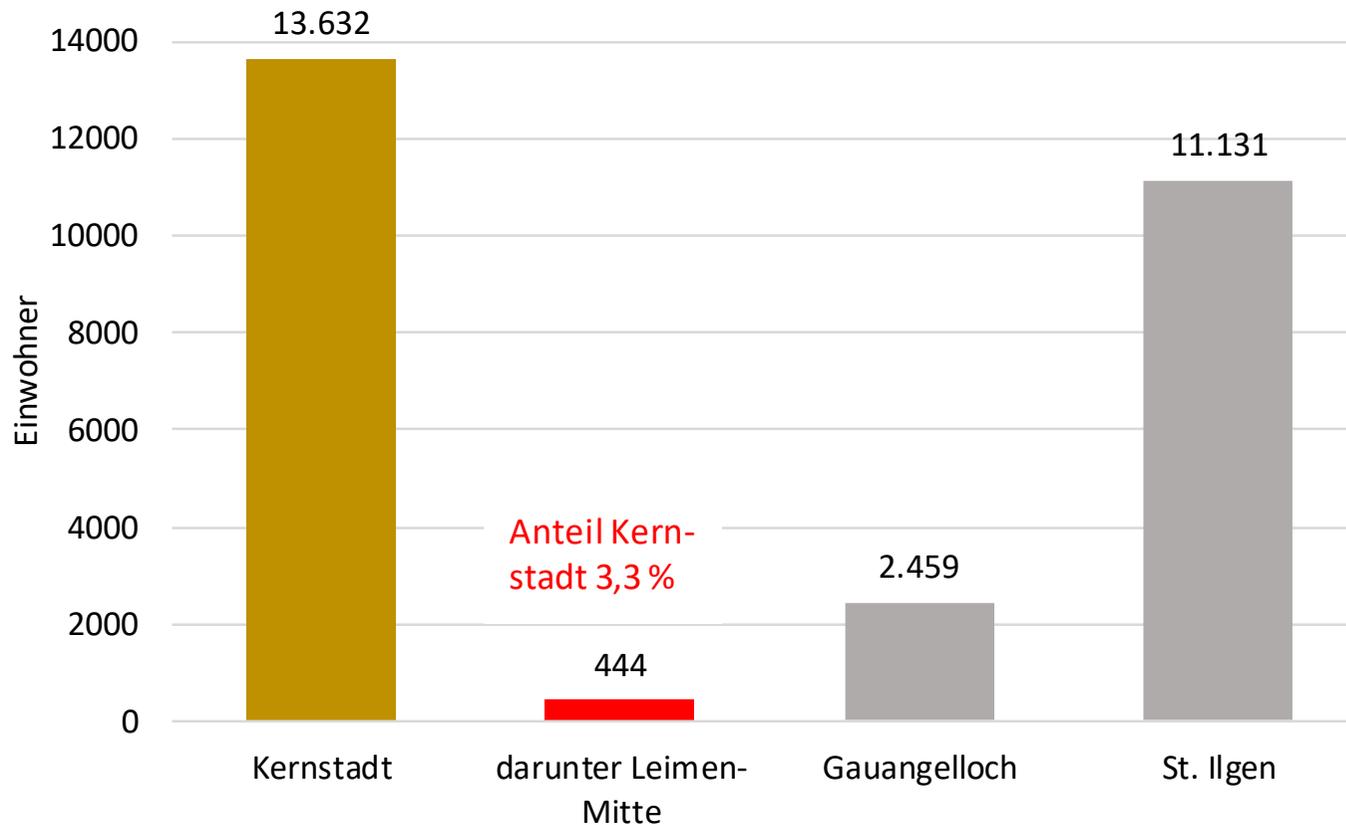
Untersuchungsgebiet "Leimen-Mitte"

Gesamtfläche:

88 810 m<sup>2</sup>

## Einwohnerstatistiken im Untersuchungsgebiet

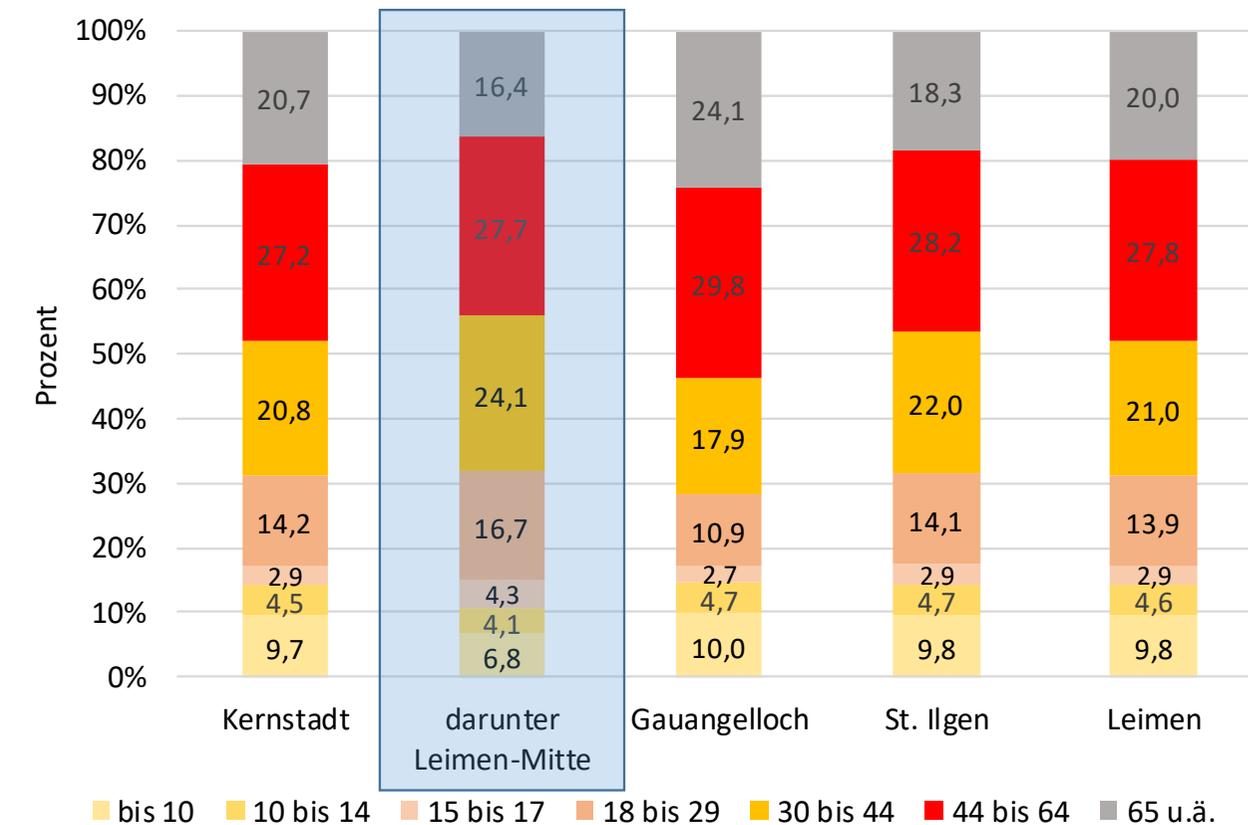
Im Untersuchungsgebiet des ISEK „Leimen-Mitte“ leben nach der aktuellen Einwohnerliste (Daten Rechenzentrum) **444 Einwohner**, das sind 3,2 Prozent der Kernstadtbewohner.



Daten Rechenzentrum

## Einwohnerstatistiken im Untersuchungsgebiet

Nachfolgend betrachtet wird die Einwohnerstruktur in den Stadtteilen. Dabei wird auch ein Blick auf die Bevölkerungszusammensetzung in „Leimen-Mitte“ geworfen.

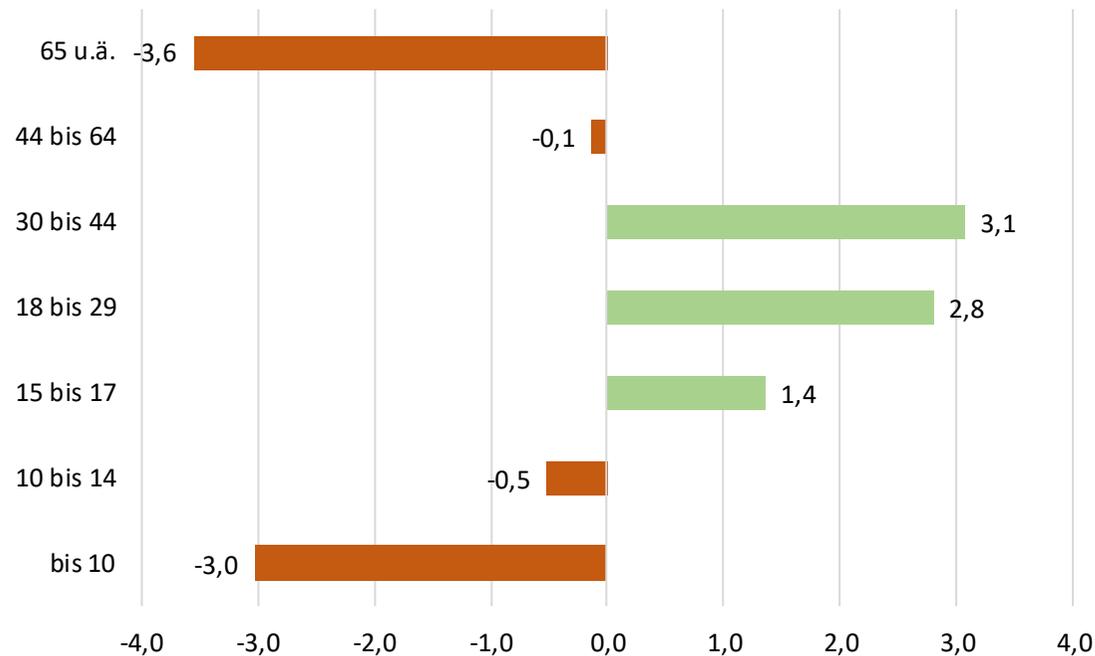


Daten Rechenzentrum

## Einwohnerstatistiken im Untersuchungsgebiet

Für das Untersuchungsgebiet „Leimen-Mitte“ sind in Bezug auf die Altersstruktur folgende Merkmale festzuhalten:

- Es leben dort im gesamtstädtischen Vergleich deutlich weniger unter 15-Jährige
- Überdurchschnittlich vertreten sind die Jahrgänge der 15- bis 44-Jährigen
- Wiederum schwächer ausgeprägt sind die Altersjahrgänge der älteren Erwerbstätigen und der Senioren.



## Einwohnerstatistiken im Untersuchungsgebiet

### Fazit

Altersstruktur der 444 Einwohner in „Leimen-Mitte“:

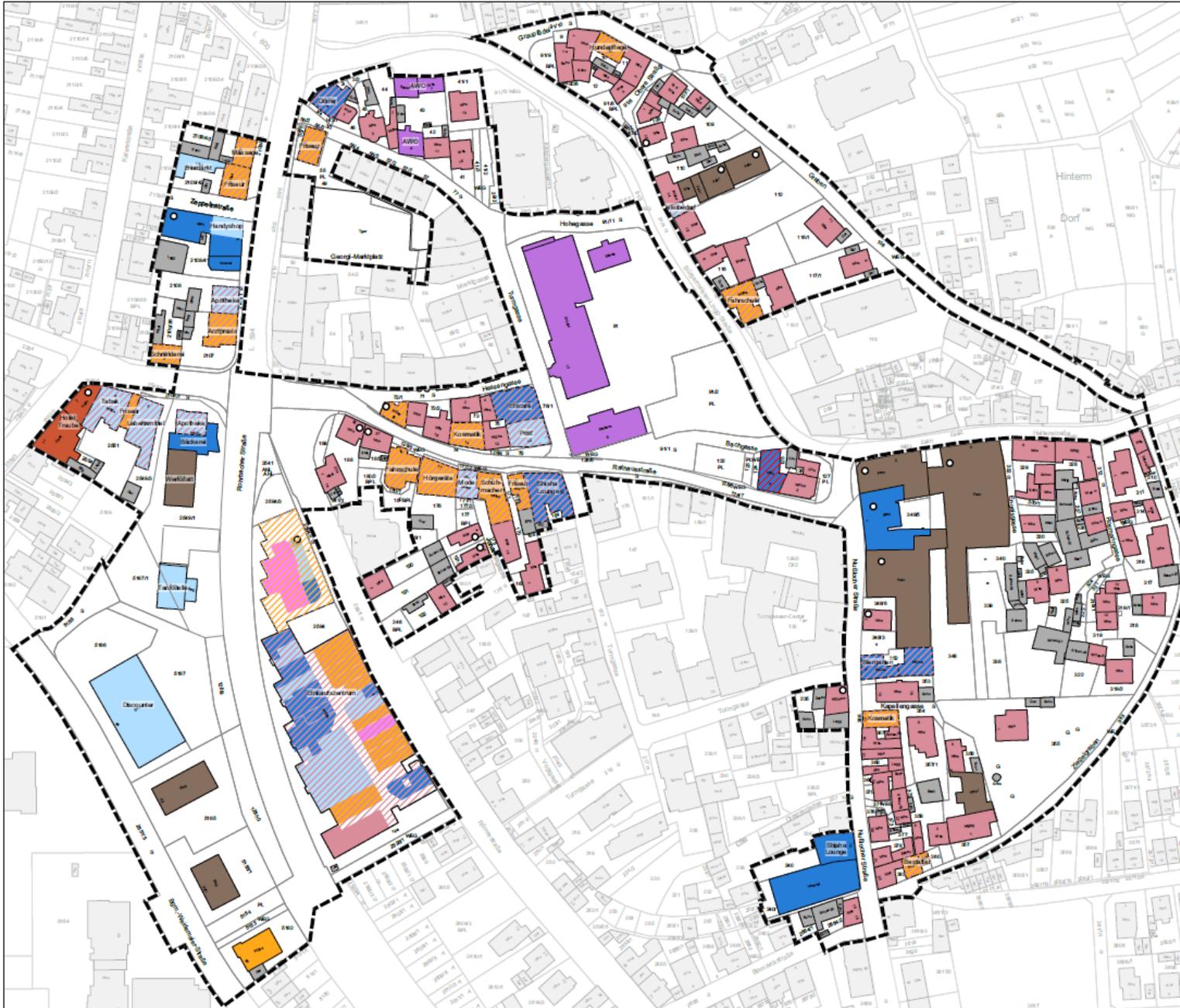
- Im Vergleich zur Gesamtstadt weniger Familien mit Kindern und auch weniger Senioren.
- Deutlich überrepräsentiert sind dagegen Personen im Ausbildungsalter (18 bis 29 Jahre) sowie die sich daran anschließende Altersgruppe der jüngeren Erwerbstätigen (30 bis 44 Jahre).
- Ebenso fällt ein deutliches Übergewicht an männlichen Bewohnern auf.
- Im gesamtstädtischen Vergleich weniger Personen pro Gebäude (ohne KCL). Dies lässt auf eine größere Zahl an Unternutzungen bis hin zu Wohnungs- und Gebäudeleerständen schließen.

Ziel sollte eine Belebung der Innenstadt auch über die Schaffung und Aktivierung von Wohnraum für Familien sein. Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie könnten hiervon profitieren, was unmittelbar zu einer Stärkung der Zentrumsfunktion der Innenstadt führen würde.

Die Nähe zum „Mobilitätsdrehkreuz“ Barentorplatz eröffnet die Chance seniorenrechtlichen, barrierefreien Wohnraum zu schaffen.

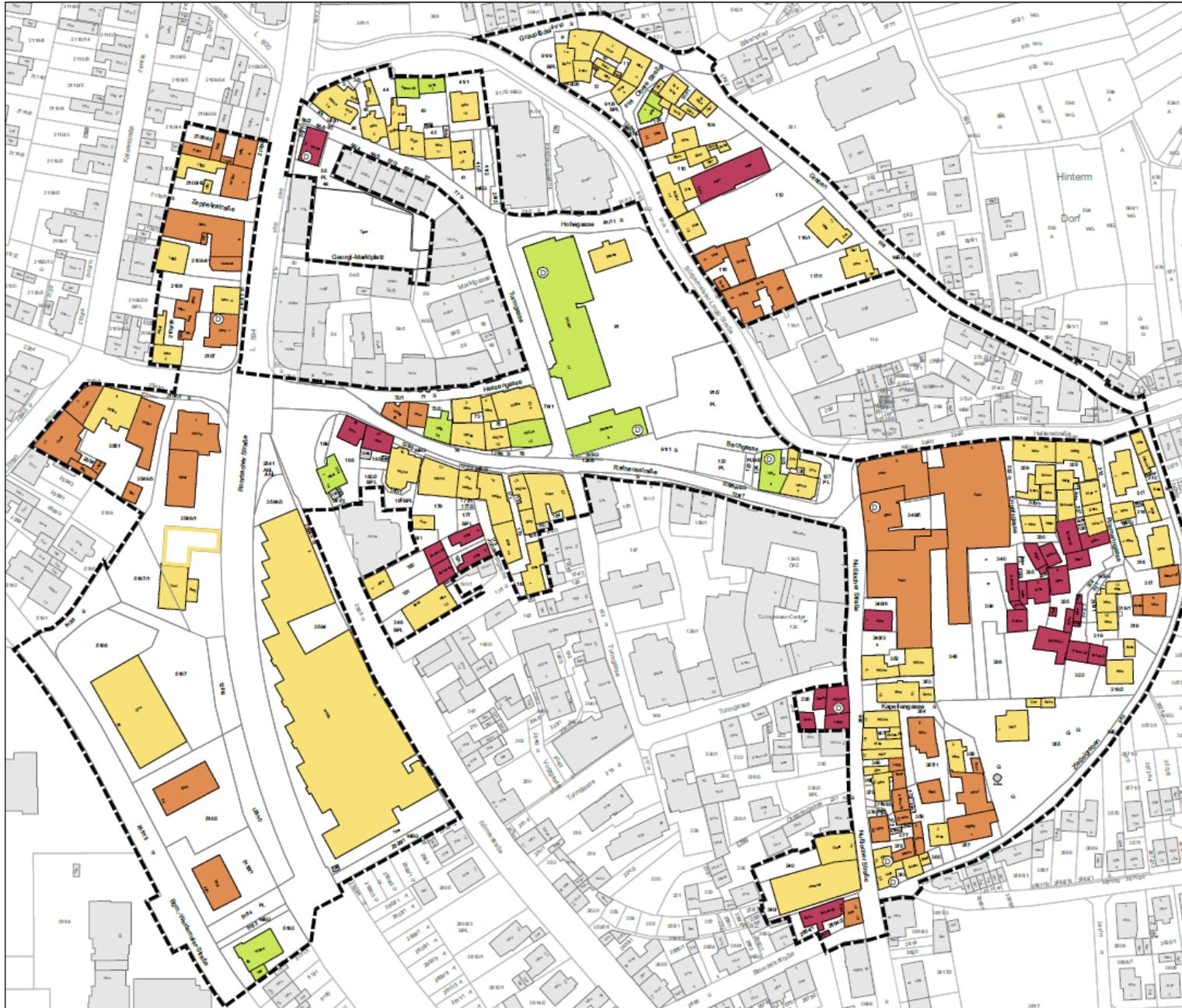


# Gebäudenutzung



-  Wohnen
-  Wohnen Obergeschoss
-  Gemeindedarf
-  Einzelhandel
-  Dienstleistung / Büro
-  Dienstleistung / Büro Obergeschoss
-  Handwerk / Gewerbe
-  Gastronomie
-  Beherbergung
-  Beherbergung Obergeschoss
-  Vergnügungsstätten
-  Nebengebäude
-  (Teil-) Leerstand
-  Untersuchungsgebiet "Leimen-Mitte"  
Gesamtfläche: 88 810 m<sup>2</sup>

# Gebäudezustand



-  keine / leichte Mängel
-  erkennbare Mängel
-  starke Mängel
-  schwere Mängel

 Untersuchungsgebiet "Leimen-Mitte"  
Gesamtfläche: 88 810 m<sup>2</sup>

## Mängel und Missstände – Leerstände in zentraler Lage



## Mängel und Missstände – Baufällige Substanz und Gemengelage



## Mängel und Missstände – Gestalterische und funktionale Mängel im öffentlichen Raum



## Mängel und Missstände – Zusammenfassung

- ca. 94 % der Gebäude weisen Mängel auf.
- Bei ca. 39 % der Gebäudesubstanz besteht zusätzlich energetischer Sanierungsbedarf.
- Leerstehende bzw. untergenutzte Gebäude
- Gestalterische und funktionale Mängel im öffentlichen Raum
- Unzureichendes Versorgungsangebot
- Schwäche der Zentrumsfunktion

# 04

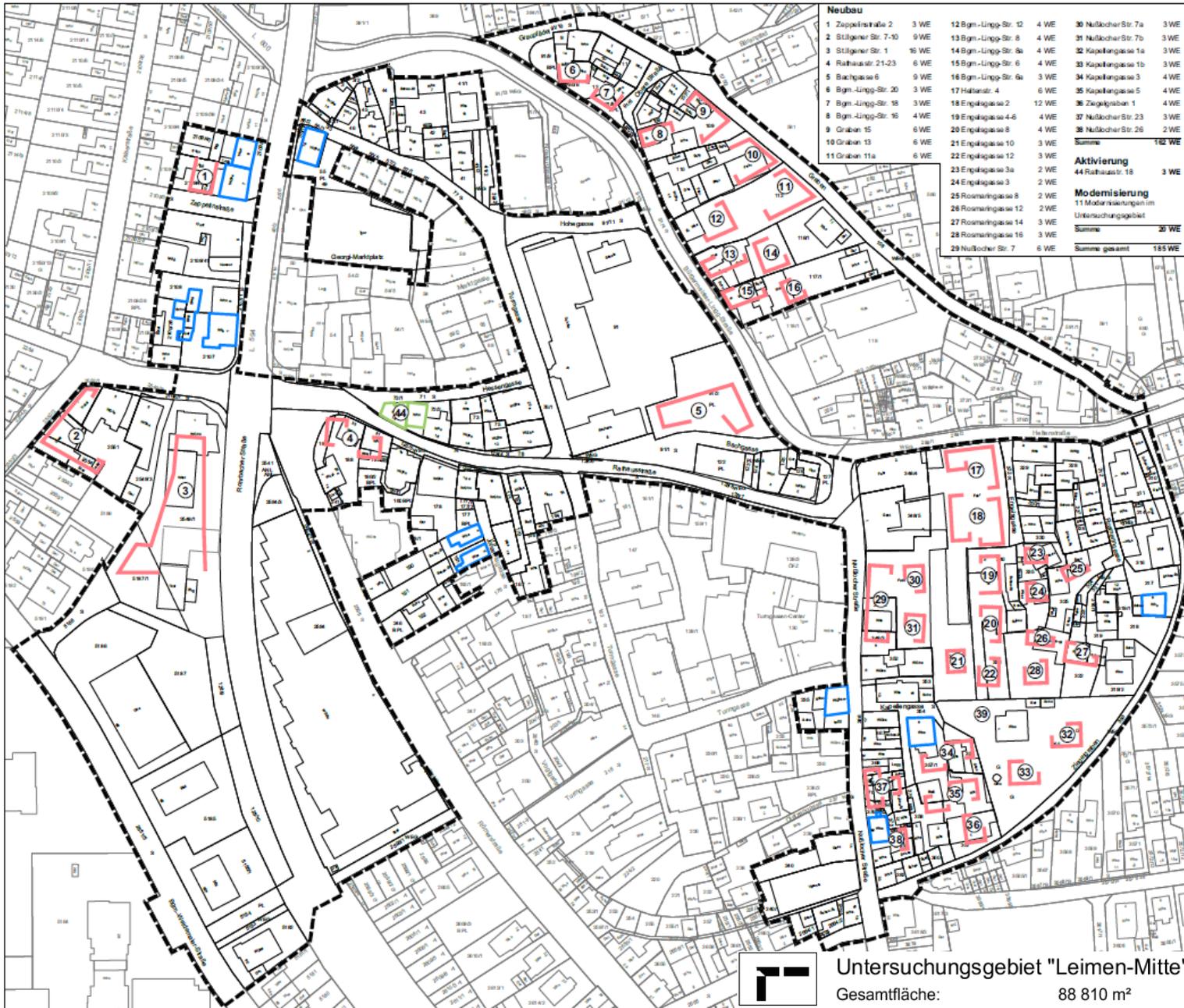
## Neuordnungskonzept

## Ziele der Neuordnung

- Stärkung der Zentrumsfunktion
- Stärkung und Schaffung von öffentlichen und privaten Einrichtungen der Daseinsvorsorge
- Aktivierung vorhandener innerörtlicher Wohnbaupotenziale für alle Generationen
- Schaffung von barrierefreiem und altengerechtem Wohnraum
- Erhöhung der Wohnumfeldqualität
- Sicherung und Schaffung gewerblicher Strukturen, Verbesserung der Nahversorgung
- Gestalterische und energetische Aufwertung des Gebäudebestands
- Denkmal- und ortsbildgerechte Modernisierung und Neuordnung
- Aufwertung des öffentlichen Raums durch Neu-/ Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen
- Gestaltung qualitätsvoller Grün- und Freiraumstrukturen
- Stärkung nachhaltiger Mobilität



# Wohnraumpotenziale



Neubau:  
162 WE

Aktivierung von Leerstand:  
3 WE

Modernisierung:  
20 WE

**Summe**  
**Wohnraumpotenziale:**  
**185 WE**

seit Programmaufnahme	geplant im Programmjahr	künftig geplant	
			Neubau
			Umnutzung
			Aktivierung
			Modernisierung

Untersuchungsgebiet "Leimen-Mitte"  
Gesamtfläche: 88 810 m<sup>2</sup>

# 05

## Kosten- und Finanzierungsübersicht

# Maßnahmenkonzept



## Gebäude

-  Neuordnungspotenziale
-  Abbruch  
(Anzahl: 36 Gebäude)
-  Modernisierungsbedarf  
(Anzahl: 80 Gebäude)
-  Erhöhter Modernisierungsbedarf  
(Anzahl: 17 Gebäude)

## Verkehrs- und Freiflächen

 Gestaltung von öffentlichen Verkehrs- und Freiflächen  
13.732 m<sup>2</sup>

"Großer Magnet": 3.460 m<sup>2</sup>

Bärenortplatz: 1.726 m<sup>2</sup>

Georgi-Marktplatz: 1.699 m<sup>2</sup>

Rathausplatz mit Bgm.-Lingg-Str.:  
1.818 m<sup>2</sup>

Graben: 2.263 m<sup>2</sup>

Nußlocher Str.: 1.393 m<sup>2</sup>

Feinerschließung Rosmarin-/  
Engelsgasse: 1.373 m<sup>2</sup>

 Untersuchungsgebiet "Leimen-Mitte"  
Gesamtfläche: 88 810 m<sup>2</sup>

# Kosten- und Finanzierungsübersicht

A U S G A B E N						
1	2	3	4	5	6	7
	Geschätzte zuwendungs- fähige Gesamt- kosten	Kosten im Programm- jahr 2022	Weitere Kosten im Folgepro- grammjahr 2023	Weitere Kosten im Folgepro- grammjahr 2024	Weitere Kosten bis zum Ende der Maßnahme	Bemerkungen
	T€	T€	T€	T€	T€	
I. Vorbereitende Untersuchungen	30	30				
II. Weitere Vorbereitung der Erneuerung	185	70	55	55	5	
III. Grunderwerb	3.500	2.500	250	250	500	
IV. Sonstige Ordnungsmaßnahmen	6.583	0	1.568	3.132	1.883	
V. Baumaßnahmen	1.450	0	400	400	650	
VI. Sonstige Maßnahmen						
VII. Vergütung	400	100	100	100	100	
<b>Summe Ausgaben (I. - VII.)</b>	<b>12.148</b>	<b>2.700</b>	<b>2.373</b>	<b>3.937</b>	<b>3.138</b>	

E I N N A H M E N						
1	2	3	4	5	6	7
	Geschätzte Gesamt- einnahmen	Einnahmen im Programm- jahr 2022	Weitere Einnahmen im Folge- programm- jahr 2023	Weitere Einnahmen im Folge- programm- jahr 2024	Weitere Einnahmen bis zum Ende der Maßnahme	Bemerkungen
	T€	T€	T€	T€	T€	
I. Grundstückserlöse	864	0	0	0	864	
II. Darlehensrückflüsse						
III. Sonstige Einnahmen						
<b>Summe Einnahmen (I. - III.)</b>	<b>864</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>864</b>	
<b>Saldo Ausgaben-Einnahmen</b>	<b>11.284</b>	<b>2.700</b>	<b>2.373</b>	<b>3.937</b>	<b>2.274</b>	

## Ermittlung des Finanzhilfebedarfs:

(Aufgrund der prozentualen Berechnung der Finanzhilfe können sich im weiteren Verlauf unwesentliche Rundungsfehler ergeben)

bei einem Fördersatz von						
60%						
ergibt das Ergebnis des Saldos aus Ausgaben abzüglich Einnahmen einen Finanzhilfebedarf von	6.770	1.620	1.424	2.362	1.364	

**Zuwendungsfähige Gesamtkosten (Förderrahmen):**  
11.284.000,00 €

**Finanzhilfe (60% des Förderrahmens):**  
6.770.000,00 €

**Eigenmittel der Stadt (40% des Förderrahmens):**  
4.514.000,00 €

**Verfahrenszeitraum 8-10 Jahre**

Jan Currle, Dipl.-Ing. (FH), Architekt

Manuel Steuer, LL.B. Wirtschaftsrecht

LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH

Fritz-Elsas-Straße 31

70174 Stuttgart



**terranets bw**

# Süddeutsche Erdgasleitung (SEL)

## Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

Stadt Leimen, 28.10.2021



**terranets bw**

Unser Auftrag:  
Energienetze für die Zukunft

---

## terrane**ts** bw

# Unsere Idee und unser Auftrag: Ein starkes Transportnetz für Gas

terrane**ts** bw ist ein **unabhängiger Transportnetzbetreiber** nach § 10 EnWG. Daraus erwächst unser gesetzlicher Versorgungsauftrag.

terrane**ts** bw trägt **Verantwortung** für den Umbau unserer Energieinfrastruktur. Wir werden in der kommenden Dekade circa 1 Mrd. Euro in das deutsche Ferngasnetz investieren.

Unser Ziel: Eine **starke Nord-Süd-Achse im Transportnetz für Gas** zu schaffen – von Niedersachsen bis in den Süden Deutschlands.



terrane**ts** bw

Unsere Standorte:  
In Baden-Württemberg zu Hause

terrane**ts** bw ist ein **erfahrenes Unternehmen**,  
das **in Baden-Württemberg** zu Hause ist – mit über acht  
Standorten im Land und dem Hauptsitz in Stuttgart.

Unsere Mitarbeitenden sind **mit der Region  
verbunden** – und sie kennen die Menschen vor Ort.

terrane**ts** bw versteht den Bau der SEL als ein  
**partnerschaftliches Projekt**. Wir möchten Ihr Wissen  
vor Ort aufnehmen und in die Planungen einbeziehen.



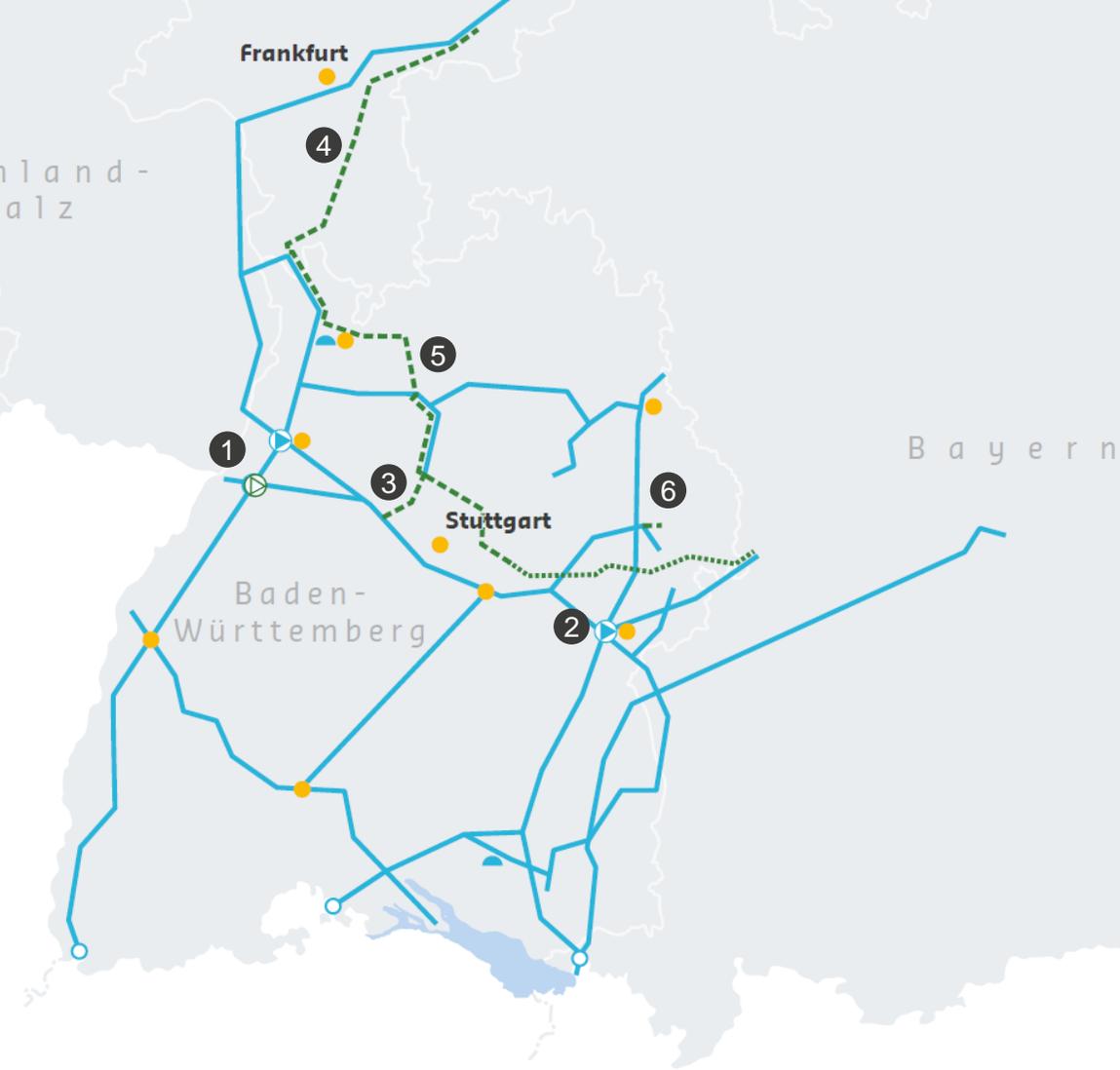
# Gas für Baden-Württemberg

## Wir investieren in den Netzausbau

terrane**ts** bw erweitert die Transportinfrastruktur für Gas in der Region um mehr als **275 Kilometer**.

### Maßnahmen der terrane**ts** bw

- 1 Neubau Gasverdichterstation an der Nordschwarzwaldleitung
- 2 Ausbau der Gasverdichterstation Scharenstetten
- 3 Neubau Gasleitung „Neckarentalleitung“ – NET
- 4 Neubau Gasleitung „Spessart-Odenwald-Leitung“ – SPO
- 5 **Neubau Gasleitung „Süddeutsche Erdgasleitung“ – SEL**
- 6 Neubau Gasleitung Aalen - Essingen



## Erdgas als Brücke in eine neue Zeit

### Unsere Kunden melden einen steigenden Bedarf

Der Netzentwicklungsplan Gas geht von einem Transportbedarf aus, der bis 2032 um circa **ein Viertel über dem heutigen Bedarf** liegen wird.

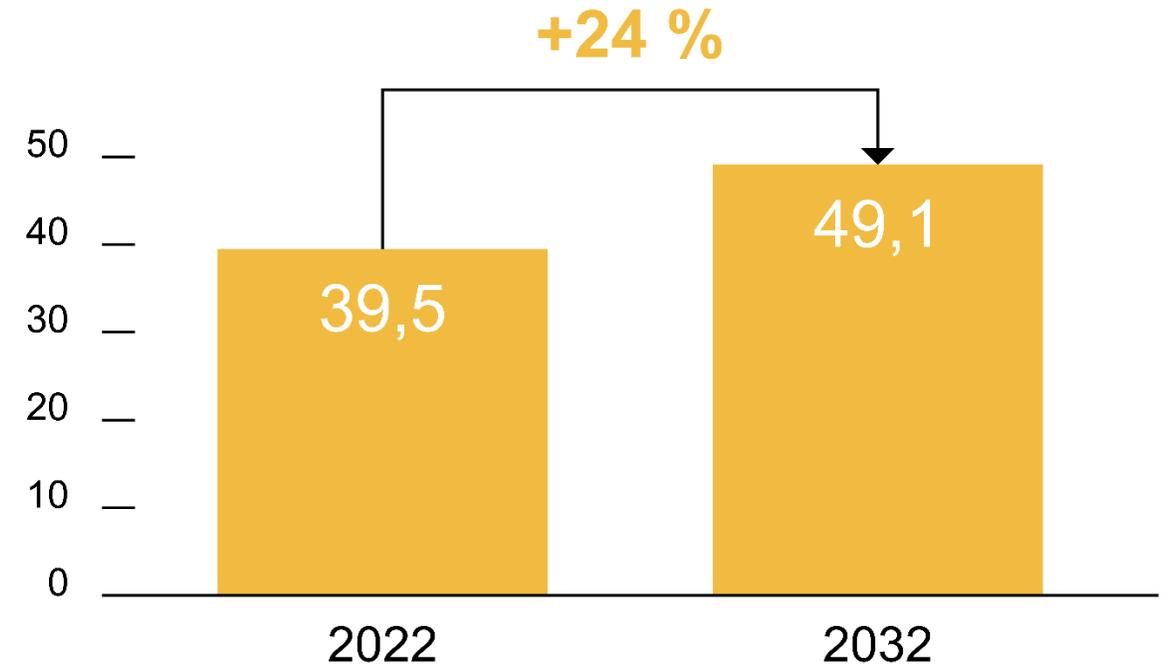
Auch unsere Kunden melden uns: Die Region braucht **Erdgas als Brücke in eine neue Zeit** der klimaneutralen Energieversorgung – damit der Ausstieg aus Kohle und Atomstrom abgesichert werden kann.

Zusätzliche **Bedarfe** melden:

- > Verteilnetzbetreiber
- > Stadtwerke
- > moderne Kraftwerkstandorte
- > Industrieunternehmen

Gesamtnachfrage an Transportleistung in Gigawatt (GW)

Stand: 20.09.2021



# Wasserstoff: H<sub>2</sub>-ready

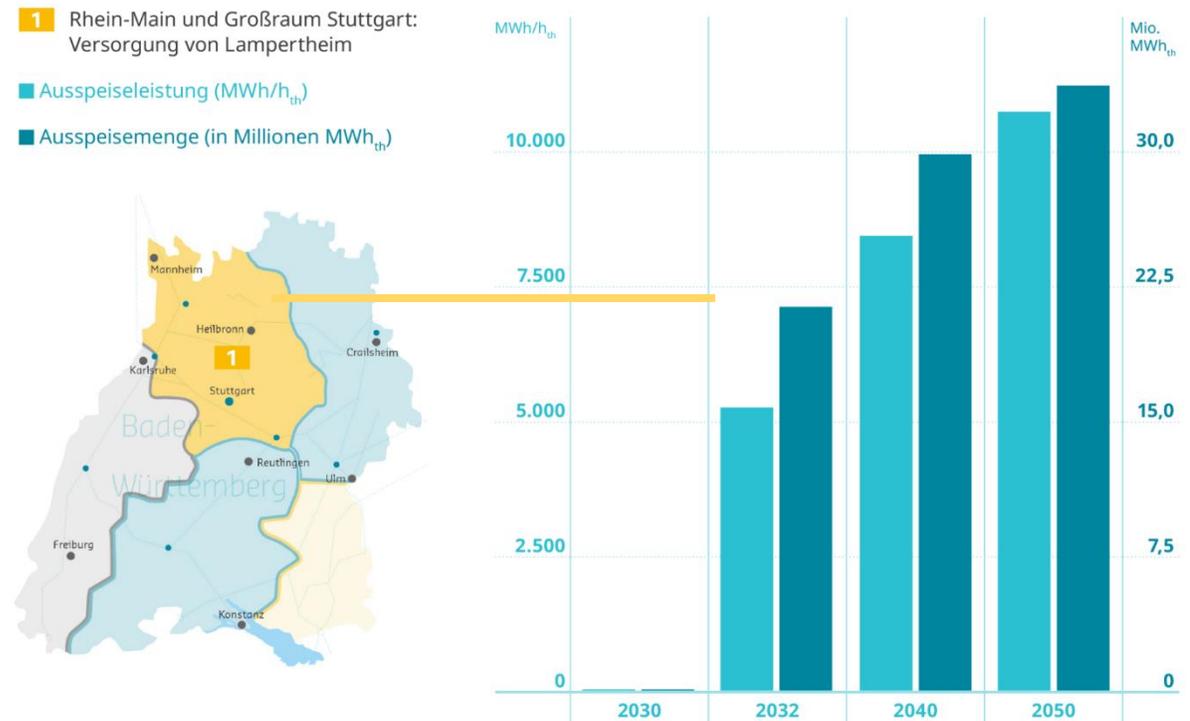
terrane**ts** bw macht das Ferngasnetz fit für die Zukunft

terrane**ts** bw stellt die **Weichen in die Zukunft**: Schon heute bereiten wir unsere Netze auf den Transport von grünen Gasen vor. Im Mittelpunkt: **Wasserstoff**.

Unsere **Marktabfrage** im Rahmen unserer Initiative H<sub>2</sub> für BW zeigt: Unsere Kunden in Baden-Württemberg rechnen mit einem deutlichen **Anstieg des Wasserstoffbedarfs ab 2030** – insbesondere in Rhein-Main und im Großraum Stuttgart.



**Wasserstoff für Baden-Württemberg**  
Eine Initiative der terrane**ts** bw



Stand: 21.06.2021



**terranets bw**

**SEL**

---

# Eine Leitung für die Zukunft

## Die SEL: ein Multitalent

Die SEL sichert die **Erdgasversorgung** für die nächste Zeit.

Die SEL wird **H<sub>2</sub>-ready** sein, um den in Zukunft dringend benötigten Wasserstoff zu transportieren.

Die SEL wird in Zukunft ein Teil eines Gastransportnetzes sein, das **Energie** in molekularer Form **flexibel speichern** kann.

Und: Die SEL unterstützt den Ausbau des High-Speed-Internets – in Form von **parallel verlegten Glasfaserkabeln**.



# Süddeutsche Erdgasleitung

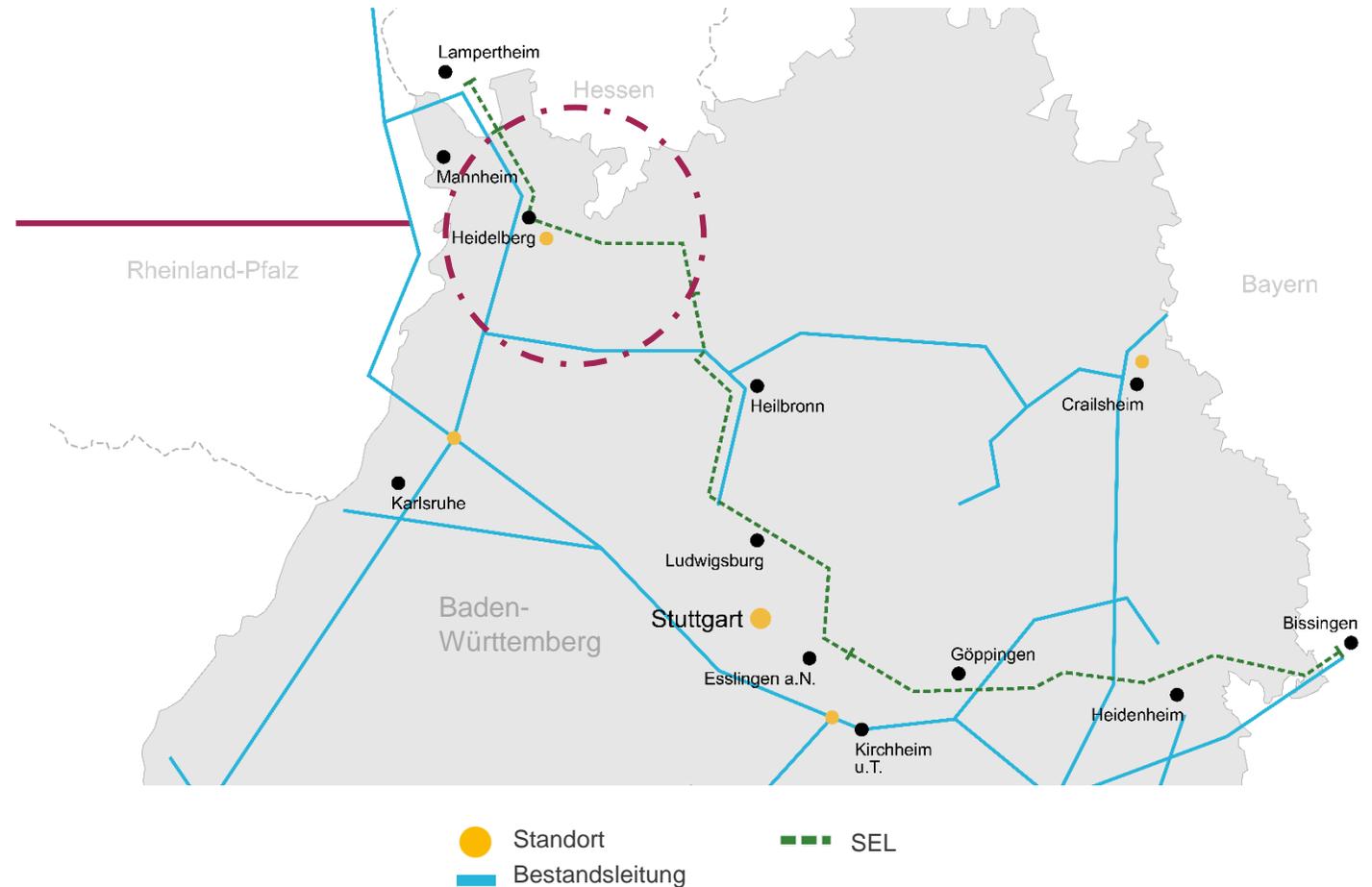
## Bedarfsgerechte Realisierung in Abschnitten

Lampertheim (Hessen) –  
Viernheim (bis 2023/26)

**Mannheim – Hüffenhardt (bis 2026/27)**

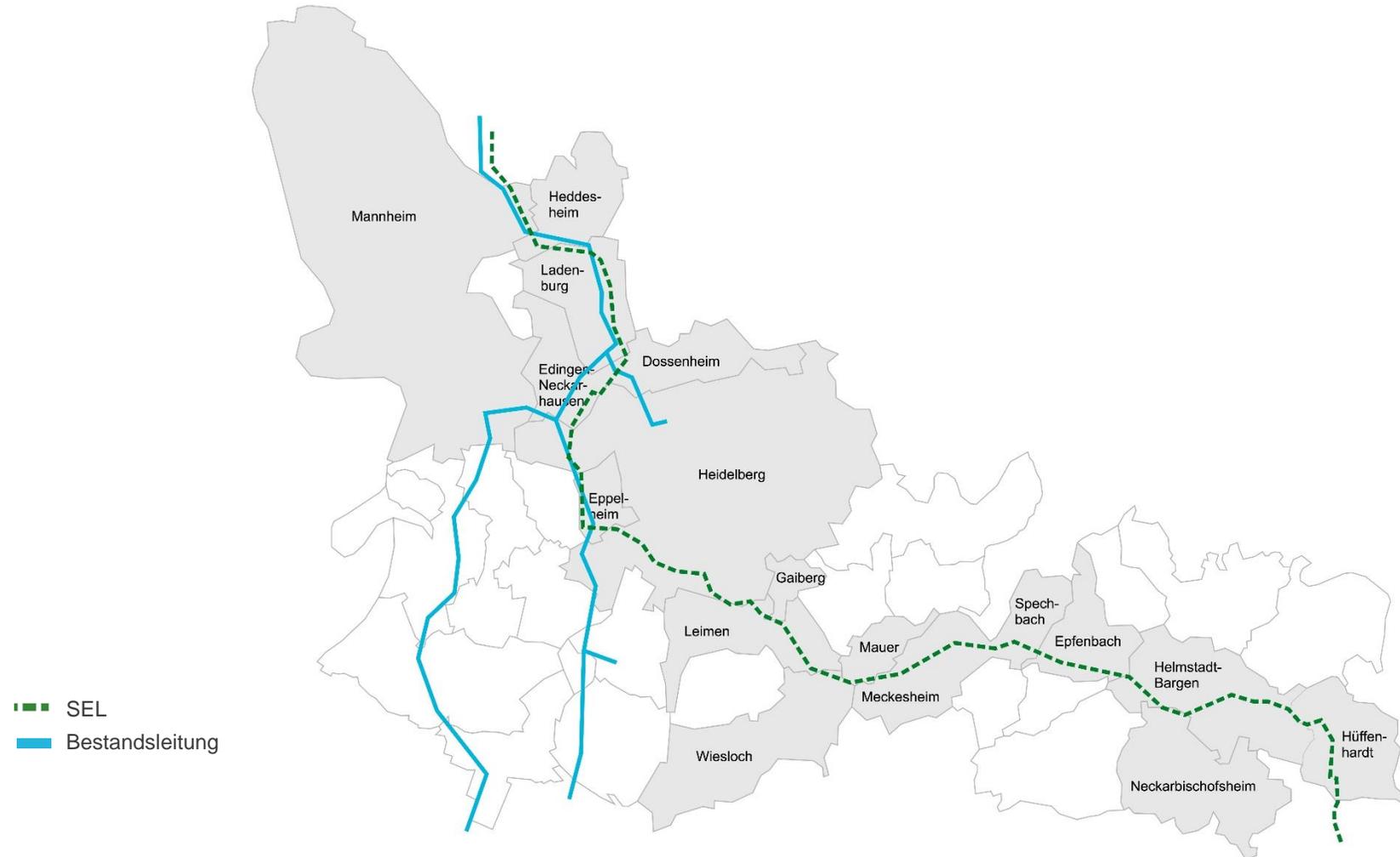
Siegelsbach –  
Esslingen a.N. (bis 2024/26)

Esslingen a.N. –  
Bissingen (Bayern) (bis 2032)



# Süddeutsche Erdgasleitung

## Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt



# SEL – Abschnitt Mannheim - Hüffenhardt

## Daten und Fakten

- > Länge der Leitung: ca. 250 km
- > Durchmesser der Leitung: 1200 mm
- > Schutzstreifen: 10 m (je 5 m links und rechts der Leitung)
- > Überdeckung der Leitung: in der Regel 1,20 m bei Sonderkulturen bis 1,50 m
- > Arbeitsstreifen (Bauphase): 34 m – in besonders schützenswerten Bereichen wird minimiert
- > Werkstoff: Stahlrohre „H<sub>2</sub>-ready“ (Wasserstofftaugliche Ausführung)
- > Markierung der Leitung: Markierungspfähle
  
- > Landwirtschaftliche Nutzung: Weiterhin möglich, auch Sonderkulturen wie z.B. Weinanbau
- > Bepflanzung Schutzstreifen: Ja, bei Tiefwurzlern nur in Rücksprache mit terranets bw
- > Bebauung Schutzstreifen: Bauliche Anlagen nach Landesbauordnung sind verboten – Radwege z.B. sind erlaubt
  
- > Glasfasernetz: Verlegung von Glasfaserkabeln parallel zur Gasleitung

## Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt Raumordnung



Den Trassenkorridor hat das Regierungspräsidium Karlsruhe 2019 im Rahmen einer **raumordnerischen Beurteilung** bestätigt.

Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens wurden verschiedene Alternativen geprüft. Die **Vorzugsvariante** hat sich nach intensiver fachlicher Abwägung durchgesetzt.

# Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

## Planfeststellung

terrane**ts** bw beginnt jetzt mit der **Detailplanung des Vorhabens**. Wesentliche Aufgabe ist es, die metergenaue Trassenführung der SEL zu finden und zu bestimmen.

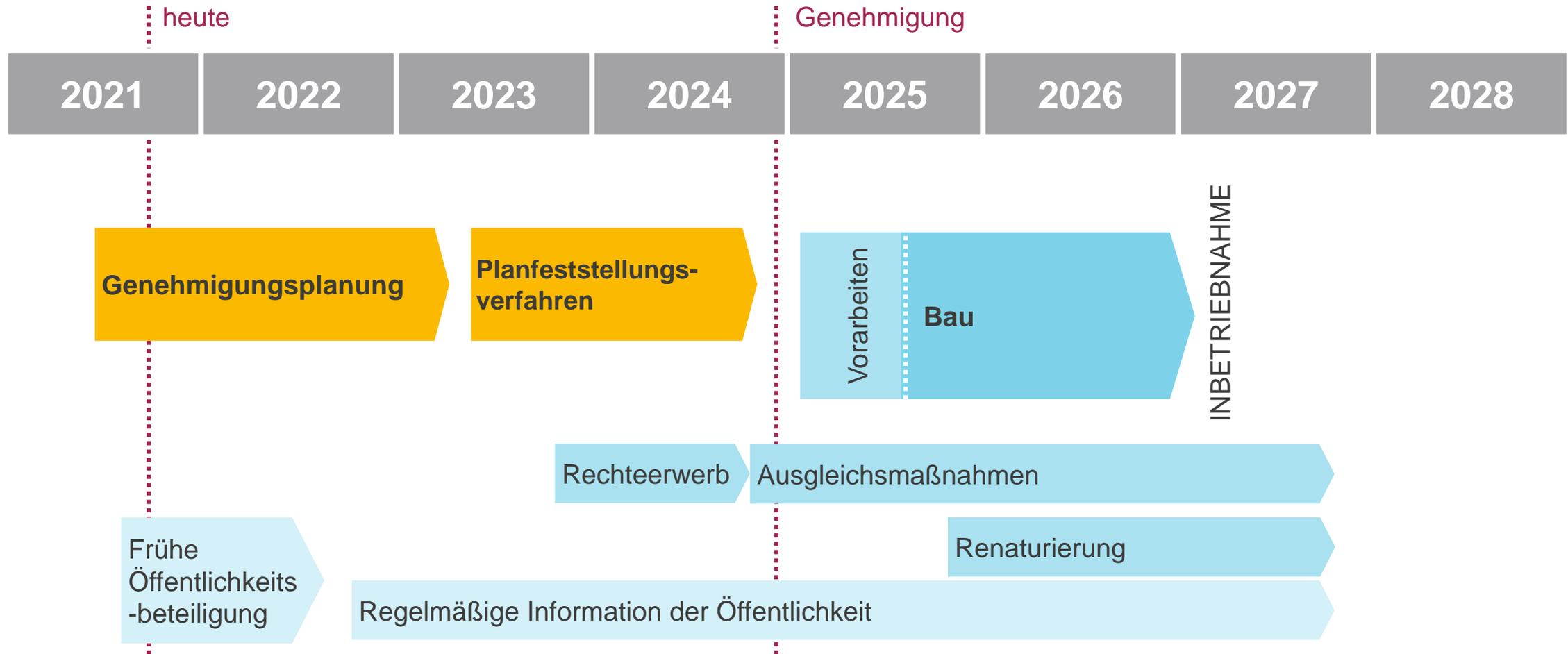
Herzstück der Untersuchungen ist eine **Umweltverträglichkeitsstudie (UVS)**. Sie untersucht die Auswirkungen der Planung auf Natur und Mensch – im Detail.

Unser **Ziel**: Wir möchten einen **Antrag** auf Planfeststellung **in der ersten Jahreshälfte 2023** beim RP Karlsruhe einreichen.



# Von der Planung bis zur Rekultivierung

## Das Vorhaben SEL im Zeitverlauf



# Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

## Wie wir planen



---

terrane**ts** bw plant die SEL mit größter **Sorgfalt** und mit Respekt für die Belange der Region.

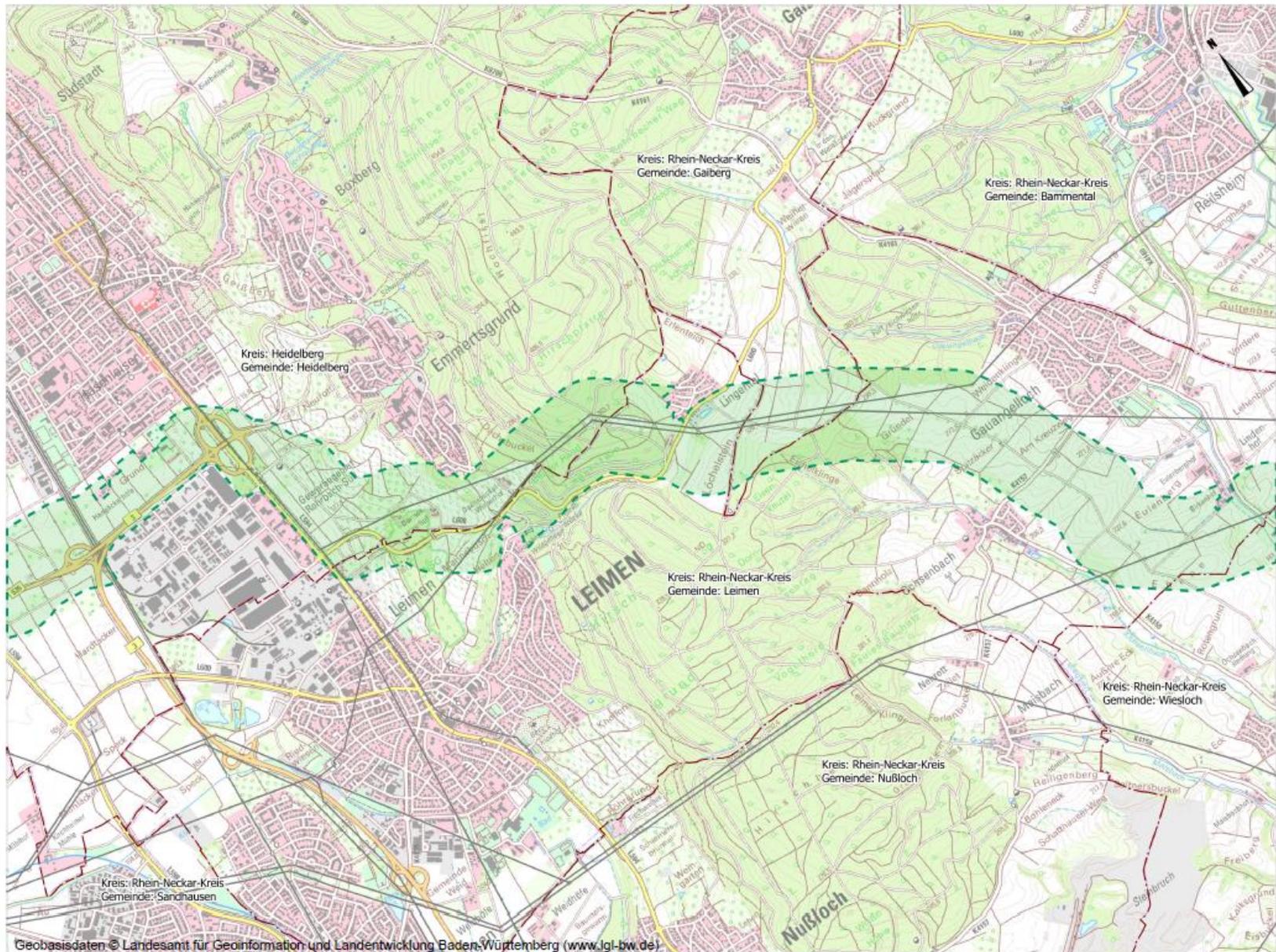
- > **Minimierung von Eingriffen** in Natur und Landschaft
- > Begleitendes **Bodenschutzkonzept** und sensible Bauüberwachung
- > **Dialog vor Ort:** frühzeitiges Einbeziehen des Wissens der Kommunen und Bürger:innen

# Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

## Unsere Trassierungsprinzipien



- Technisch baubare Trasse
- Möglichst gestreckter und geradliniger Verlauf
- Umgehung von Flächen mit sehr hohem Raumwiderstand
- Umgehung oder schonende Durchquerung von Flächen mit hohem Raumwiderstand
- Wenn möglich:  
Trassenbündelung mit bestehenden Infrastrukturen
- Berücksichtigung der Agrarstruktur



- Anlagen (Gas)**
- Leitung
  - Hauptarmatur
  - Abzweigarmatur
  - fernbedienbare Armatur
  - Bezugsstation
  - Verdichteranlage
  - Regelanlage
  - Übergabestation

- geplanter Trassenverlauf SEL
  - geplanter Trassenverlauf NET
  - Kilometrierung
  - geplante Armaturengruppe
  - Planungskorridor
- Regierungsbezirksgrenze
  - Landkreisgrenze
  - Gemeindegrenze



terrannets bw GmbH  
 Am Wallgraben 135 • 70565 Stuttgart  
 Tel. 0711 7812-0 • Fax 0711 7812-1298

Projekt: SEL 2600

**Süddeutsche Erdgasleitung**  
 Lampertheim - Bissingen  
 Stahl DN 1200

Plantitel:  
 Übersichtskarte  
 Streckenverlauf SEL

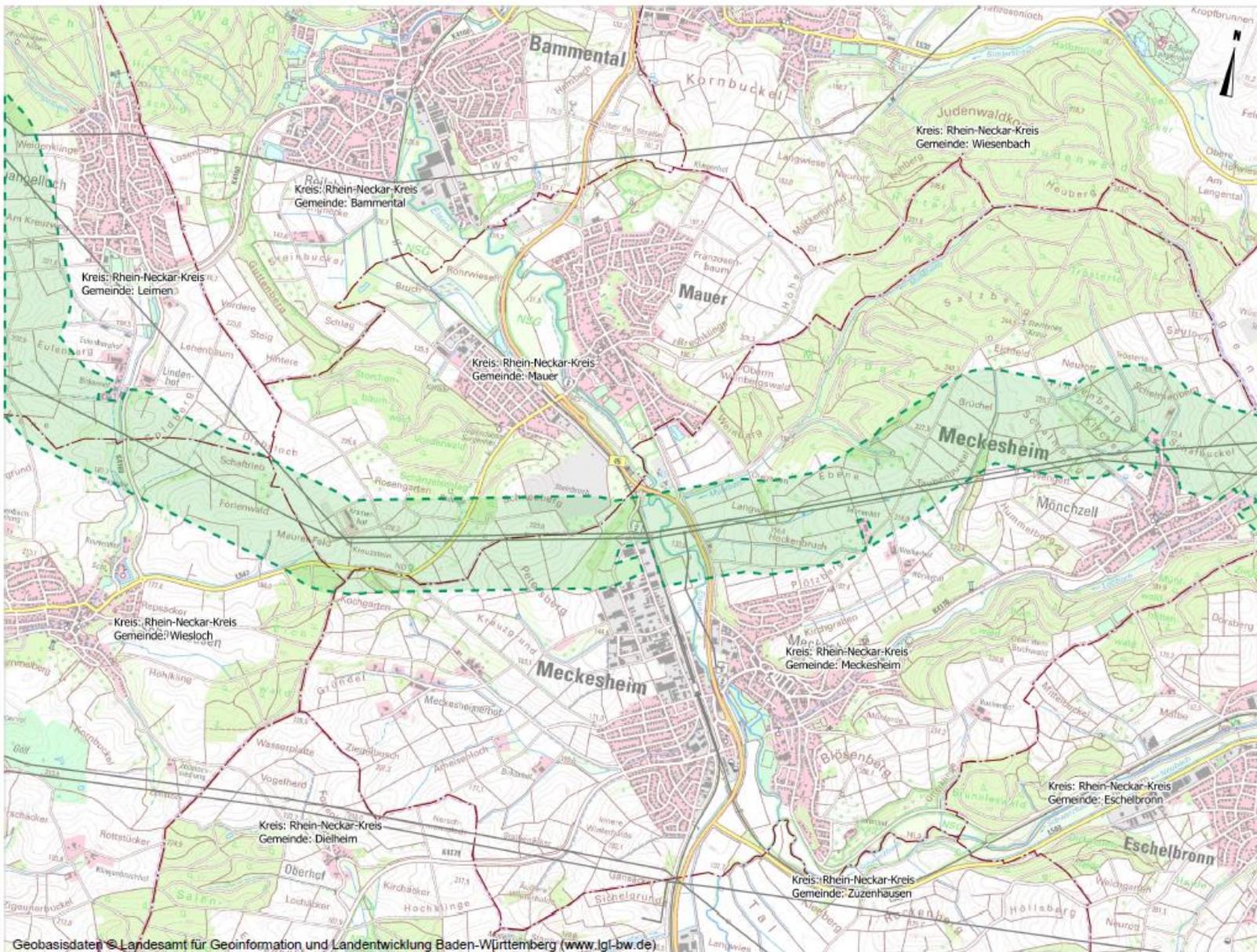
Blatt: SEL\_5

erstellt von: m. ruess  
 Maßstab 1:25.000 erstellt am: 29.09.2021

© FG Dokumentation, Vermessung u. KKS

Geobasisdaten © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (www.lgl-bw.de)

Die Karte darf nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden. Eine Weitergabe an Dritte -auch auszugsweise- ist nicht erlaubt.



- Anlagen (Gas)**
- Leitung
  - Hauptarmatur
  - Abzweigarmatur
  - fernbedienbare Armatur
  - Bezugsstation
  - Verdichteranlage
  - Regelanlage
  - Übergabestation

- geplanter Trassenverlauf SEL
  - geplanter Trassenverlauf NET
  - Kilometrierung
  - geplante Armaturengruppe
  - Planungskorridor
- Regierungsbezirksgrenze
  - Landkreisgrenze
  - Gemeindegrenze



terraneis bw GmbH  
 Am Wallgraben 135 • 70565 Stuttgart  
 Tel. 0711 7812-0 • Fax 0711 7812-1296

Projekt: SEL 2600

**Süddeutsche Erdgasleitung**  
 Lampertheim - Bissingen  
 Stahl DN 1200

Plantitel:  
 Übersichtskarte  
 Streckenverlauf SEL

Blatt: SEL\_6

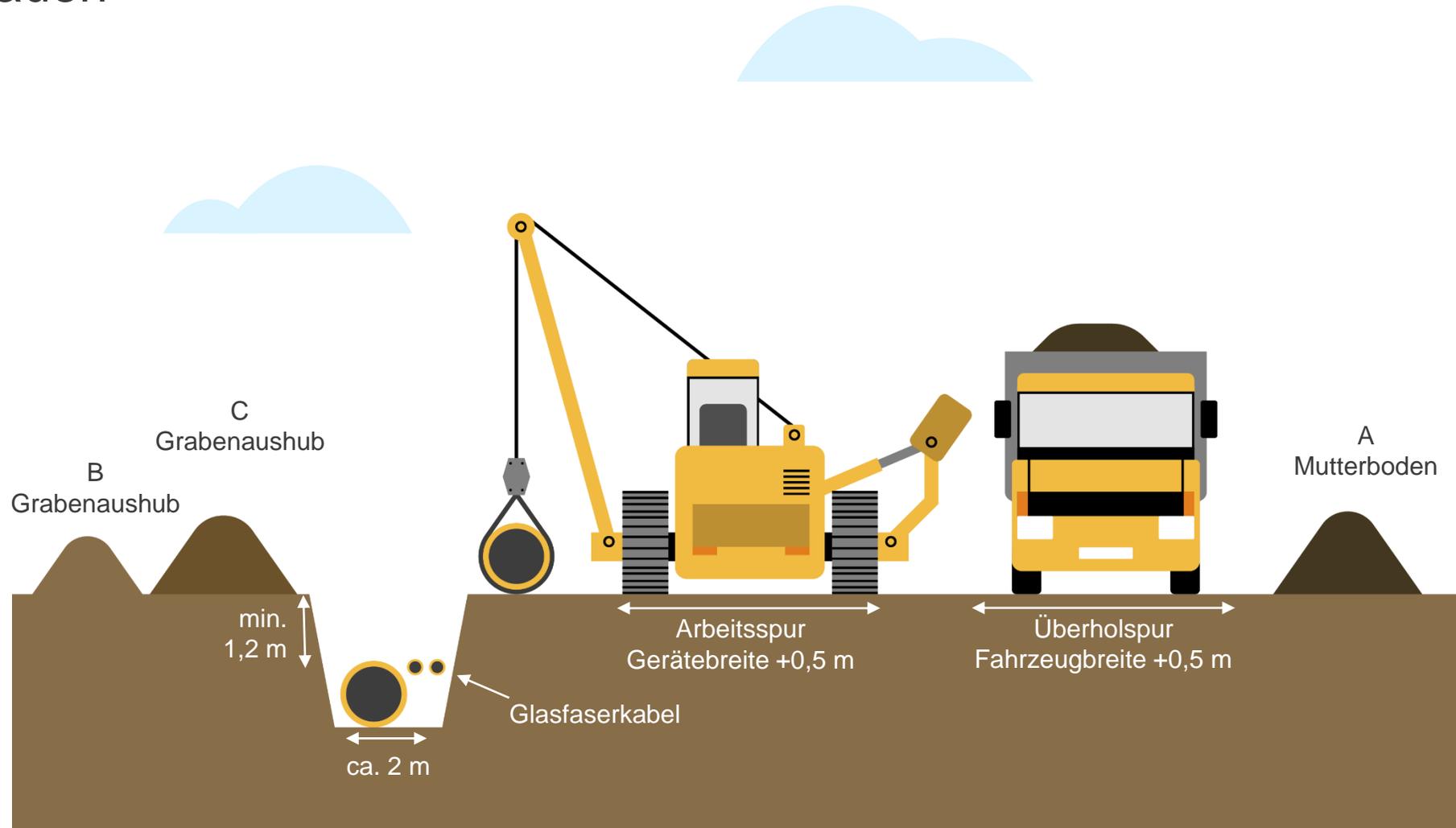
erstellt von: m.ruess  
 Maßstab 1:25.000 erstellt am: 29.09.2021  
 © FG Dokumentation, Vermessung u. KKS

Geobasisdaten © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg ([www.lgl-bw.de](http://www.lgl-bw.de))

Die Karte darf nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden. Eine Weitergabe an Dritte -auch auszugsweise- ist nicht erlaubt.

# Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

## Wie wir bauen



## Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

Wenn die Arbeiten abgeschlossen sind



## Dialog vor Ort

Wir möchten Ihre Hinweise aufnehmen



### Dialog vor Ort

Montag, 08.11.2021, 19-21 Uhr

Bürgerhaus am alten Stadttor

Nußlocher Straße 14, 69181 Leimen

Im Herbst möchten wir den **Dialog vor Ort** entlang des geplanten Trassenkorridors suchen.

Gerne stellen wir das Vorhaben im **Gemeinderat** vor und bieten **Dialogveranstaltungen** für die Bürger:innen an. Parallel findet eine **Online-Beteiligung** auf der Projekt-Website statt.

Unser Ziel: **Wissen** über markante Punkte und Orte im Planungsraum transparent **aufzunehmen**.

# Website

## Informationen auf einen Blick

# SEL



terrane**ts** bw trägt die Verantwortung für eine sichere Strom- und Wärmeversorgung in Baden-Württemberg. Wir stehen für Verlässlichkeit in Zeiten eines fundamentalen Umbaus unserer Energieinfrastruktur. Das machen wir nicht aus eigenem Interesse, sondern mit gesetzlichem Auftrag. Die Süddeutsche Erdgasleitung (SEL) ist zentraler Bestandteil einer sicheren Strom- und Wärmeversorgung. Sie ist eine kluge Investition in die Zukunft, denn sie ist Teil des Umbaus unserer Energieinfrastruktur.



### Von Mannheim bis Hüffenhardt

Regierungsbezirk Karlsruhe



#### Fragen und Antworten

##### Was ist die Süddeutsche Erdgasleitung (SEL)?

Die Süddeutsche Erdgasleitung, kurz SEL, ist eine Leitung für den Transport von Gas von Hessen über Baden-Württemberg bis nach Bayern. Nach ihrer Fertigstellung im Jahr 2032 wird die SEL Gas auf einer Strecke von bis zu 250 Kilometern transportieren können. Der Bau der SEL erfolgt bedarfsgerecht in vier Abschnitten. Die SEL soll Erd- und Biogas sicher transportieren - und wird in Zukunft gleichzeitig bereit sein, den Transport von Wasserstoff zu ermöglichen.

##### Wer plant und baut die SEL?

##### Warum ist die SEL wichtig für die Region?

##### Warum brauchen wir Erdgas? Wir wollen doch so schnell wie möglich klimaneutral werden?

##### Ist die SEL bereit, in Zukunft Wasserstoff zu transportieren?

##### Warum steht der Planungskorridor für die SEL schon fest? Wurden Alternativen geprüft?

##### Wie wird die Öffentlichkeit über einzelne Bauvorhaben und ihre Fortschritte informiert?

# SEL im Abschnitt Mannheim bis Hüffenhardt

## Ihre Ansprechpartnerinnen



**Maren Raubenheimer**  
Projektleiterin SEL  
Regierungsbezirk Karlsruhe

T +49 711 7812 2031  
m.raubenheimer@terrannets-bw.de



**Rebecca Penno**  
Leiterin  
Unternehmenskommunikation

T +49 711 7812 1266  
r.penno@terrannets-bw.de



**terrane**ts** bw**

**Maren Raubenheimer**

Projektleiterin SEL

Abschnitt Mannheim - Hüffenhardt

T +49 711 7812 2031

m.raubenheimer@terrane**ts**-bw.de

**Rebecca Penno**

Leiterin

Unternehmenskommunikation

T +49 711 7812 1266

r.penno@terrane**ts**-bw.de

**terrane**ts** bw GmbH** Am Wallgraben 135, 70565 Stuttgart :: [www.terrane\*\*ts\*\*-bw.de](http://www.terrane<b>ts</b>-bw.de)



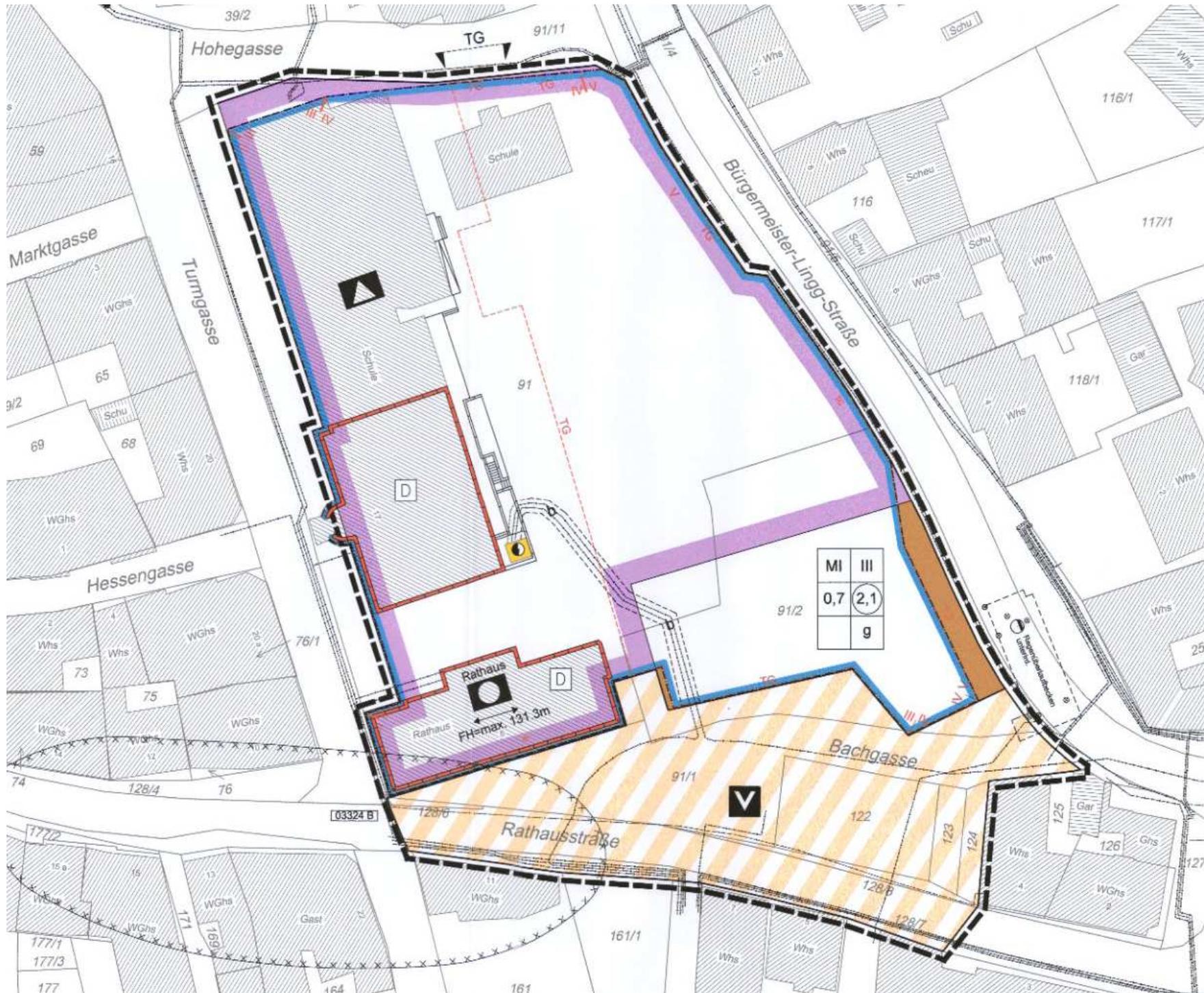
Leimen  
Stadtkernsanierung Teilbereich 2  
Tiefgarage

**Mitten in Leimen**



Grundlage:  
**Machbarkeitsstudie 2018**

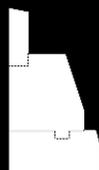
**> Bebauungsplan**

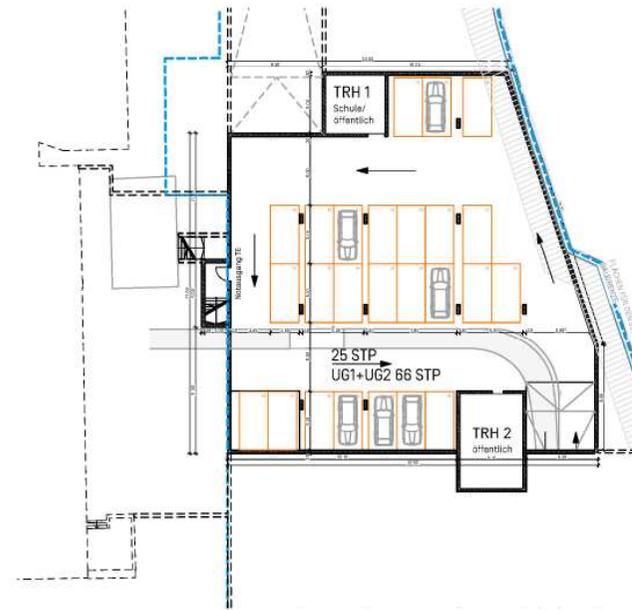
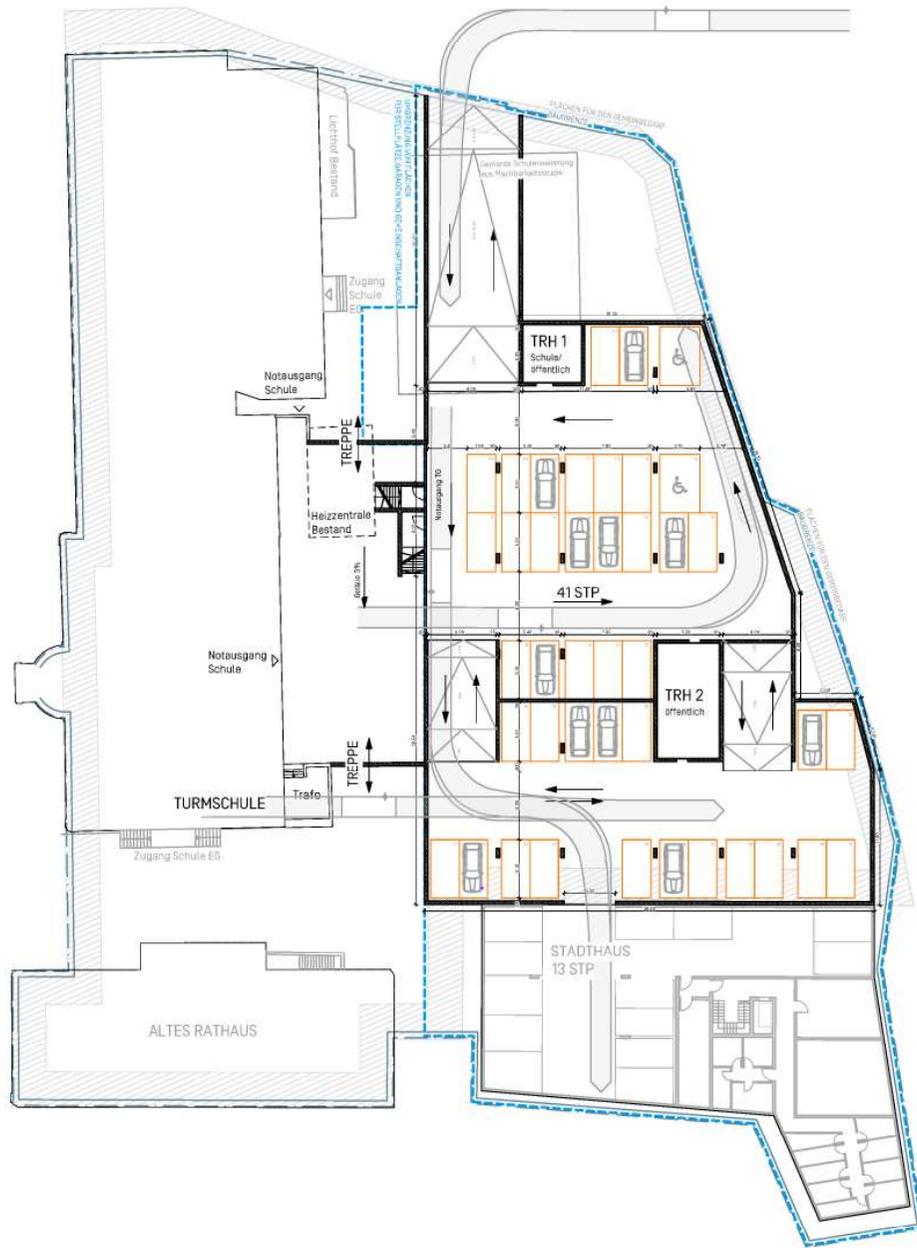


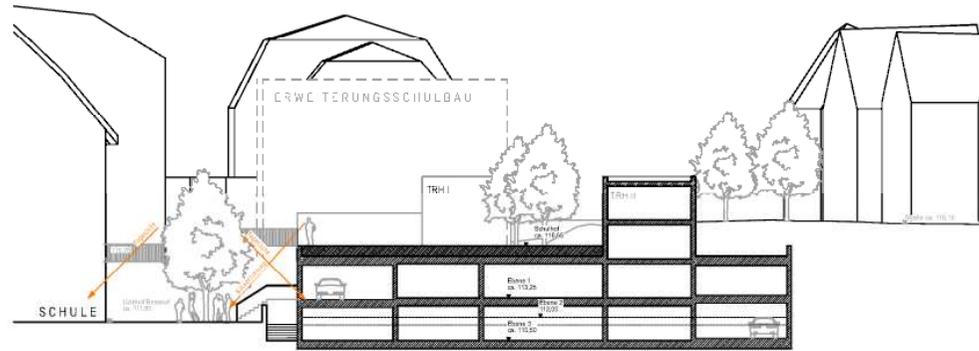
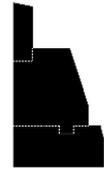
ap88



Variante 1



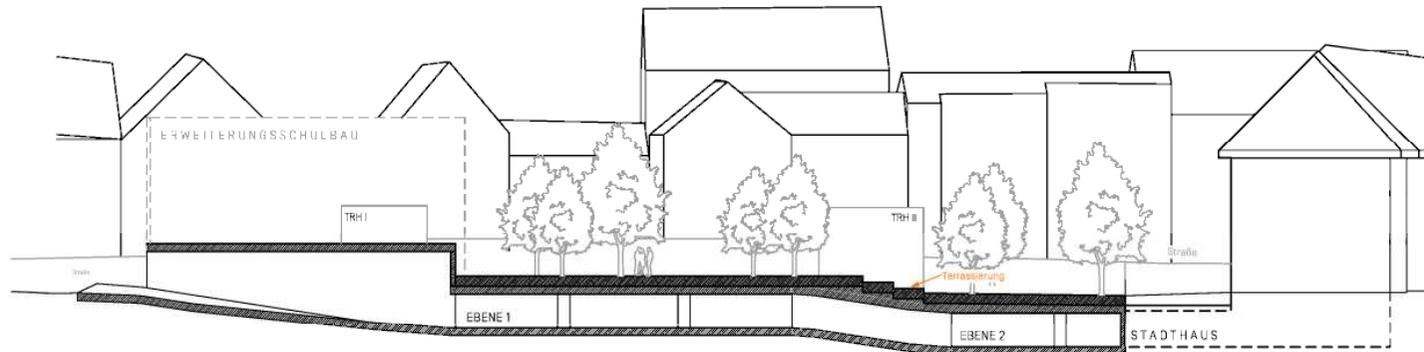
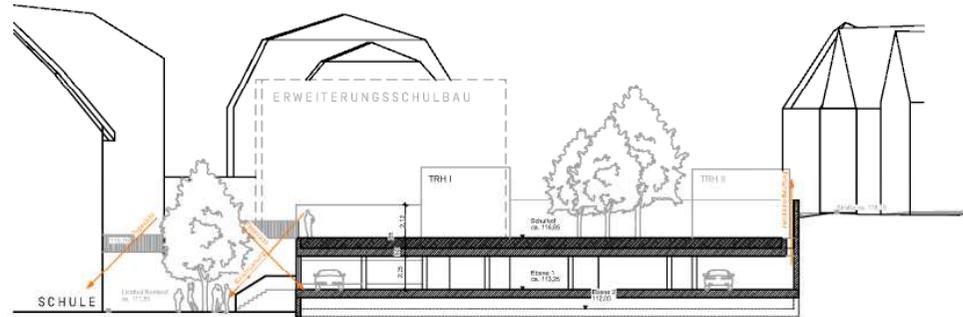




Variante 2



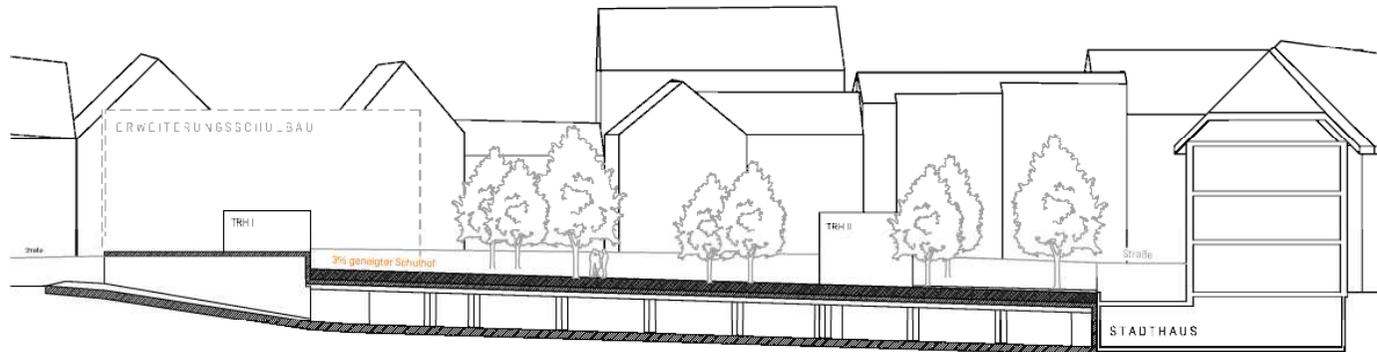
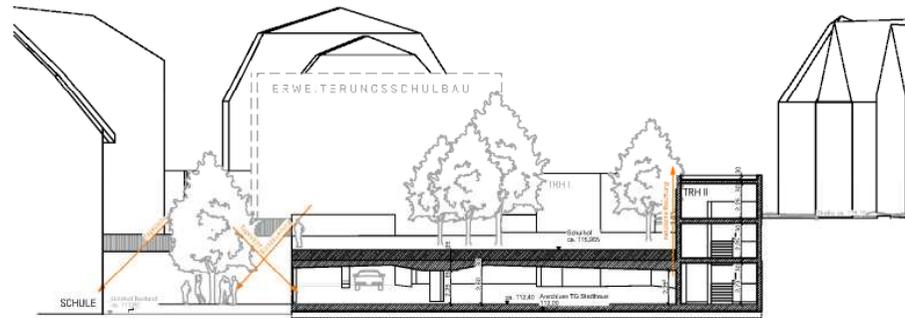




Variante 3

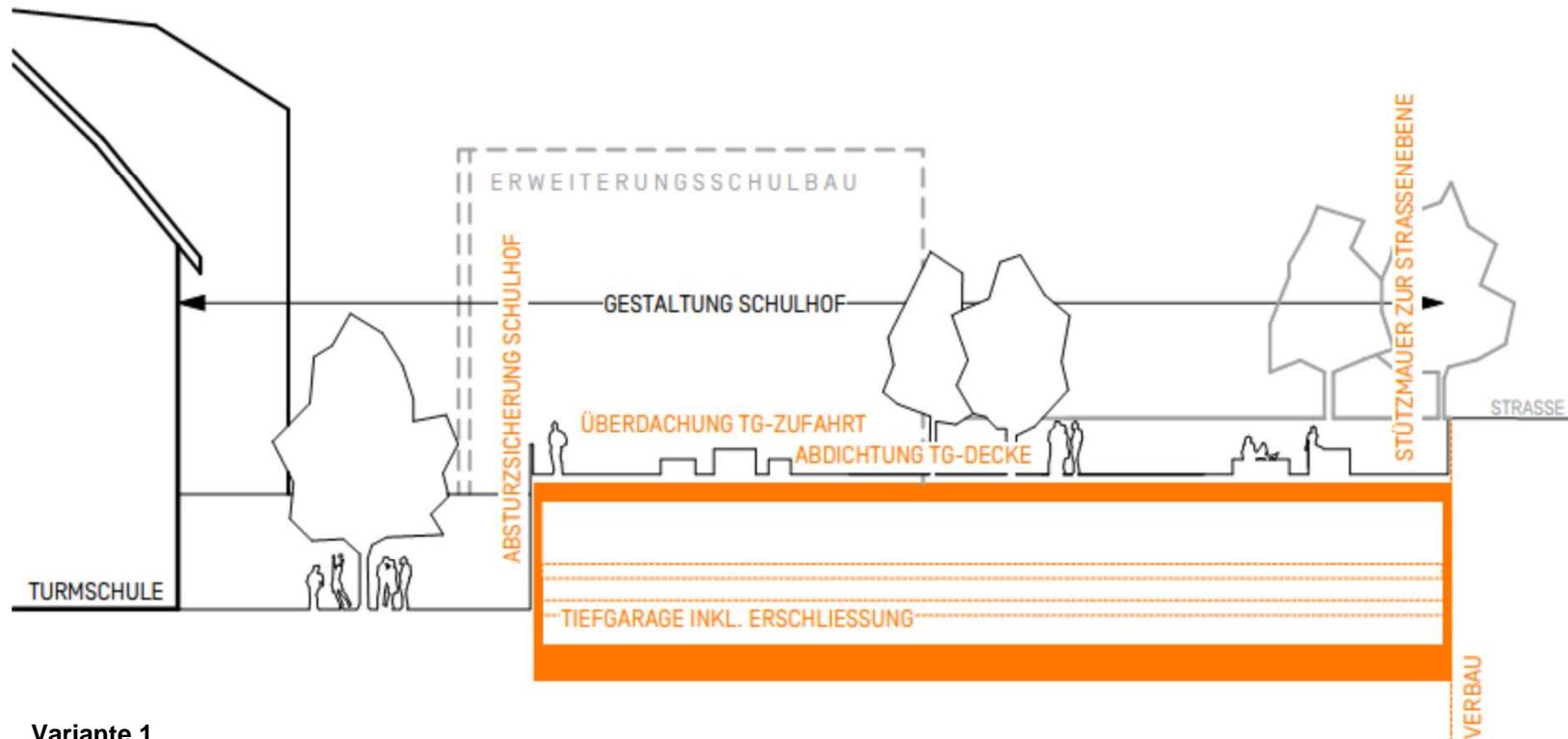






**Zusammenfassung**

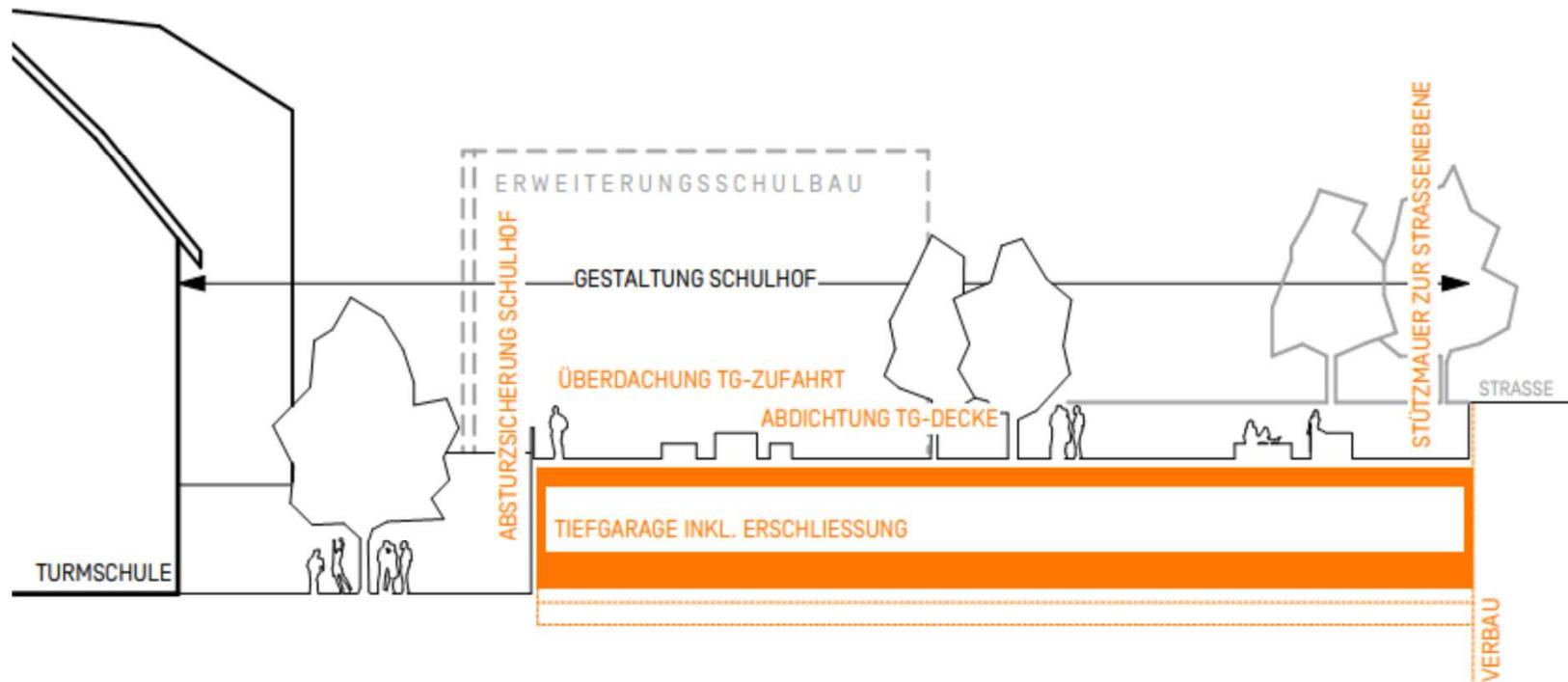




**Variante 1**

BGF: ca. 2.800 m<sup>2</sup>  
 BRI: ca. 10.300 m<sup>3</sup>  
 Verbau: ca. 650 m<sup>2</sup>  
 Stellplatzanzahl: 66

Stellplatzfläche : Verkehrsfläche  
 1 : 2,10



### Variante 2

BGF: ca. 2.050 m<sup>2</sup>

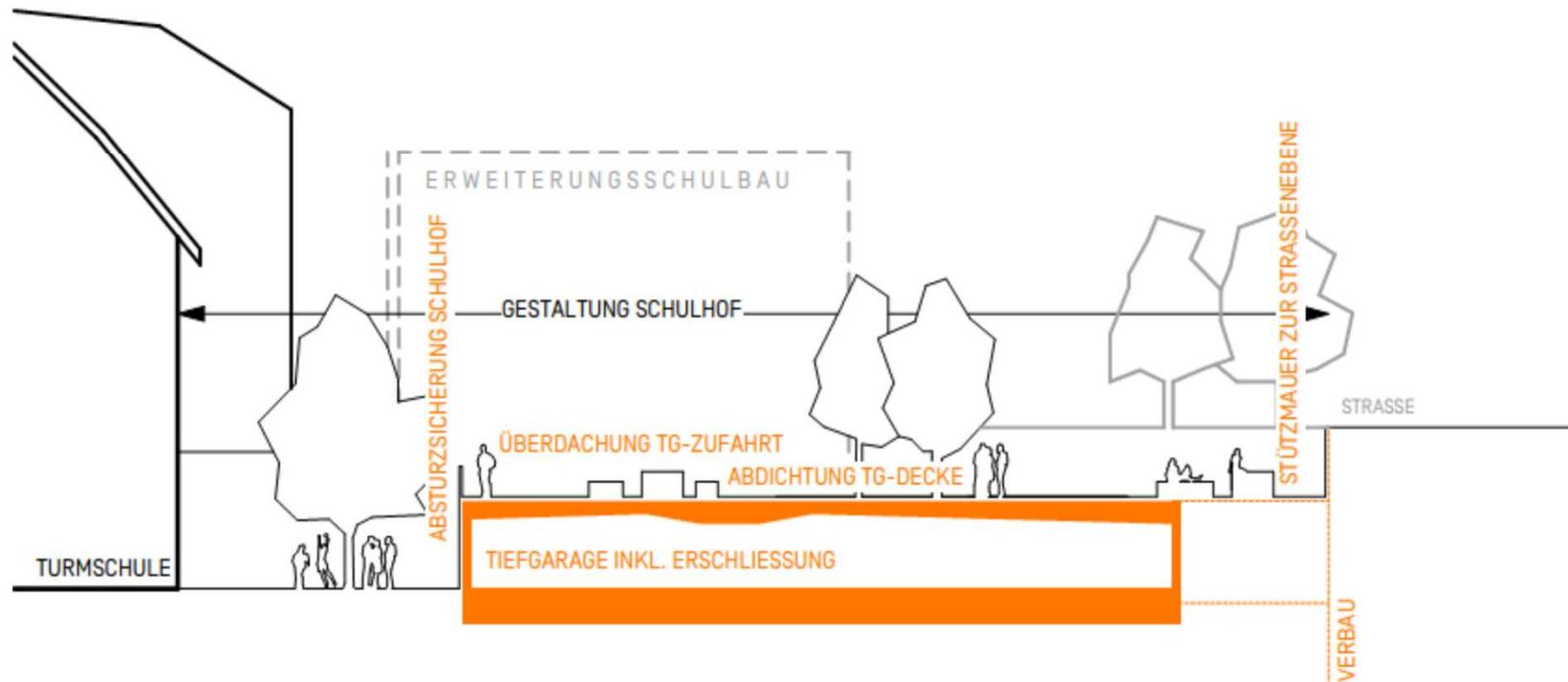
BRI: ca. 8.500 m<sup>3</sup>

Verbau: ca. 630 m<sup>2</sup>

Stellplatzanzahl: 46

Stellplatzfläche : Verkehrsfläche

1 : 2,25



### Variante 3

BGF: ca. 1.650 m<sup>2</sup>  
 BRI: ca. 7.100 m<sup>3</sup>  
 Verbau: ca. 620 m<sup>2</sup>  
 Stellplatzanzahl: 44

+ Deutlich reduziertes Bauvolumen  
 + Mehr Erdanschluss für Großbäume

Stellplatzfläche : Verkehrsfläche  
 1 : 1,76

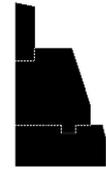
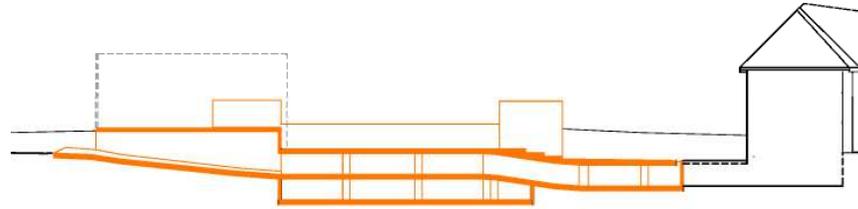
Vergleich



### Variante 1

BGF: ca. 2.800 m<sup>2</sup>  
BRI: ca. 10.300 m<sup>3</sup>  
Verbau: ca. 650 m<sup>2</sup>  
Stellplatzanzahl: 66

Stellplatzfläche : Verkehrsfläche  
1 : 2,10



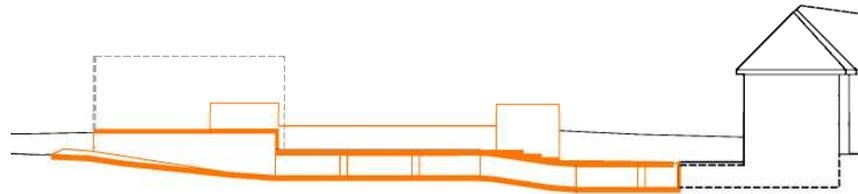
#### Kostenprognose für Kostengruppen 300/400/700 vor Abschluss LPH 2 (brutto)

Tiefgarage: ca. 2,9-3,3 mio €  
Verbau: ca. 0,390 mio €

### Variante 2

BGF: ca. 2.050 m<sup>2</sup>  
BRI: ca. 8.500 m<sup>3</sup>  
Verbau: ca. 630 m<sup>2</sup>  
Stellplatzanzahl: 46

Stellplatzfläche : Verkehrsfläche  
1 : 2,25



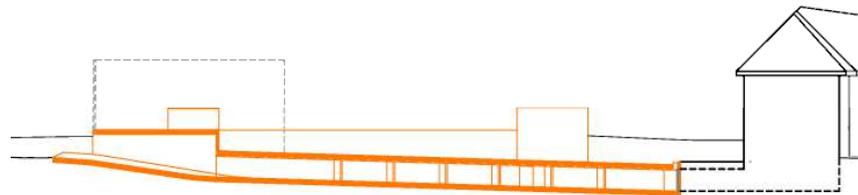
#### Kostenprognose für Kostengruppen 300/400/700 vor Abschluss LPH 2 (brutto)

Tiefgarage: ca. 2,4-2,7 mio €  
Verbau: ca. 0,375 mio €

### Variante 3

BGF: ca. 1.650 m<sup>2</sup>  
BRI: ca. 7.100 m<sup>3</sup>  
Verbau: ca. 620 m<sup>2</sup>  
Stellplatzanzahl: 44

Stellplatzfläche : Verkehrsfläche  
1 : 1,76



#### Kostenprognose für Kostengruppen 300/400/700 vor Abschluss LPH 2 (brutto)

Tiefgarage: ca. 2,0-2,3 mio €  
Verbau: ca. 0,370 mio €

# Kostenprognose



# Kostenprognose für Kostengruppen 300/400/700 vor Abschluss LPH 2 (**brutto**):

## Variante 1:

Tiefgarage: ca. 2,9-3,3 mio €

Verbau: ca. 0,390 mio €



ca. 3,3 -3,7 mio €

## Variante 2:

Tiefgarage: ca. 2,4-2,7 mio €

Verbau: ca. 0,375 mio €



ca. 2,8-3,1 mio €

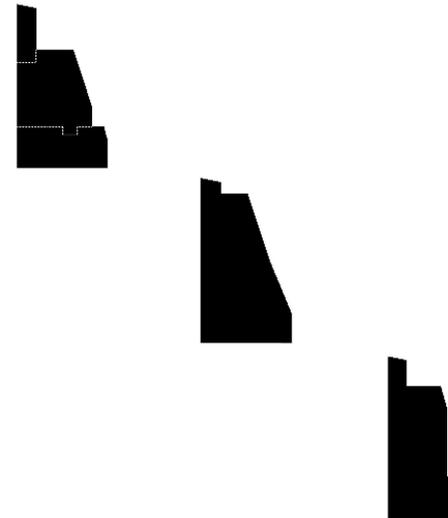
## Variante 3:

Tiefgarage: ca. 2,0-2,3 mio €

Verbau: ca. 0,370 mio €



ca. 2,4-2,7 mio €



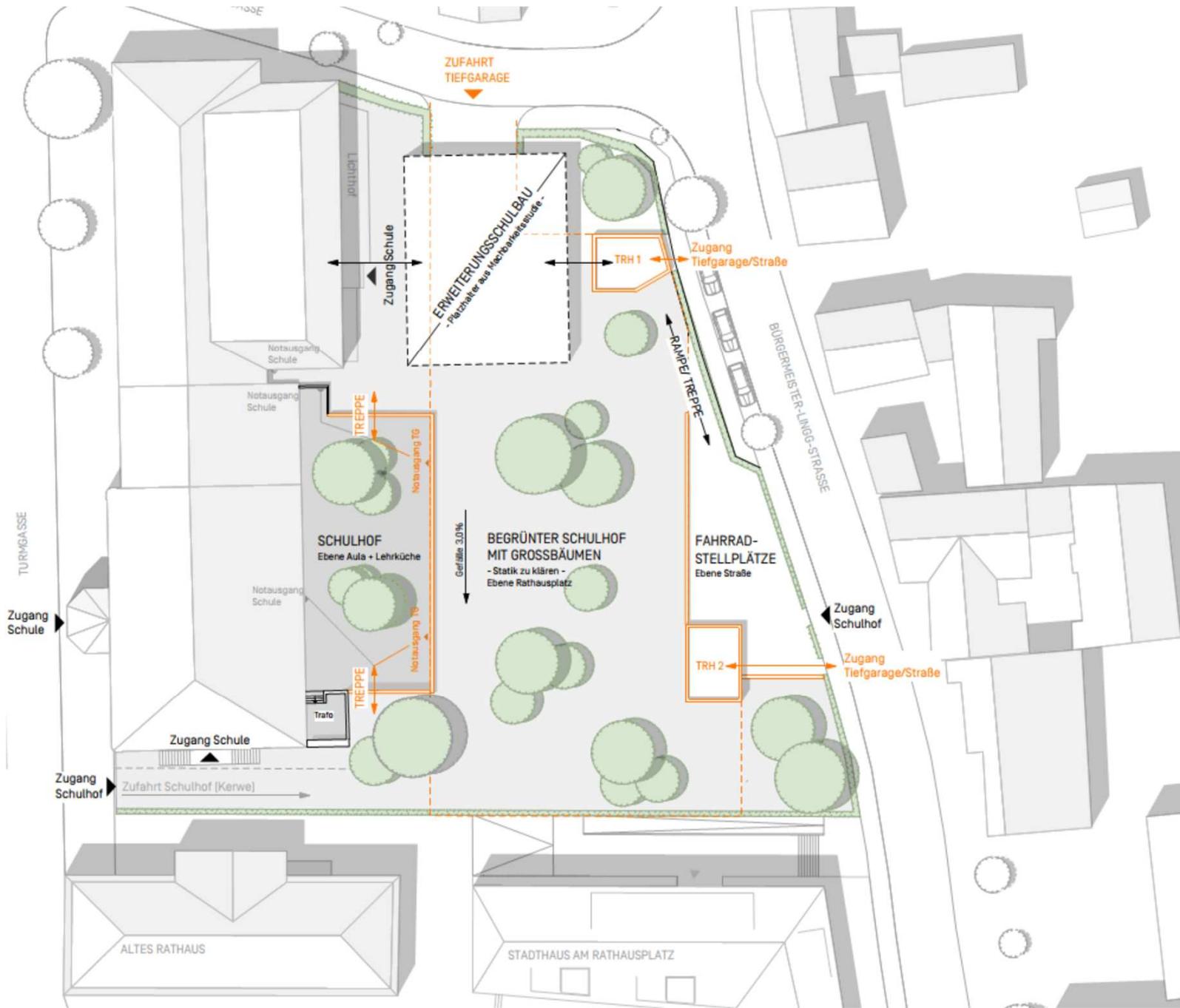
+ nicht enthaltene Zusatzkosten

# Kostenprognose für nicht enthaltene Zusatzkosten (**brutto**)

<b>Zusatzkosten Tiefgarage</b>	Archäologische Voruntersuchung	ca. 300 T €
	Abbruch Schulhof und Fundamente Vorgängerbauten	ca. 140 T €
	Abbruch Musikschulpavillon	ca. 110 T €
	Überdachung TG-Abfahrt / Teil der Neubebauung Erweiterungsbau	ca. 100 T €
	Schrankenanlage/Kassenautomation/Kennzeichenerkennung	ca. 120 T €
	Verkehrssicherung	ca. 50 T €
	Interimsmaßnahmen Schulhof	ca. 80 T €
	Stützmauern zur Bürgermeister-Lingg-Straße	ca. 150 T €
		<b>ca. 1,05 mio €</b>
<b>Zusatzkosten Umgebung</b>	Schulhofgestaltung und öffentliche Bereiche (ohne Aufbauten)	ca. 700 T €
	Schülererweiterungsbau	> Vorstudie zur Ermittlung der Gründungslasten
	Verlegung der Heizzentrale	> Vorgezogene Maßnahme (Schulsanierung)
	Verlegung / Erweiterung Trafostation (je nach benötigter Kapazität)	ca. 140 T €
	Ver- und Entsorgungsleitungen auf dem Areal	> zu prüfen
		<b>ca. 0,84 mio € + X</b>
<b>Zusatzkosten optional</b>	20% STP mit Ladestationen (9 Ladepunkte, exkl. Anpassung Trafostation)	ca. 81 T €
	Videoüberwachung	ca. 18 T €
	LTE/4G Verstärkung	ca. 9 T €
		<b>ca. 0,11 mio €</b>

Außenraumgestaltung  
auf Grundlage der Variante 3





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

# Summen und Einnahmen

Kostenprognose Variante 3 (bisher abschätzbare Kosten)

gemäß Vorlage inkl. Verbau:	2.700.000 €
Zusatzkosten gemäß Aufstellung:	<u>2.000.000 €</u>
	<b>4.700.000 €</b>

Mögliche Förderungen:

1. Städtebauförderung Stellplätze (9.000 €/ Stellplatz):	396.000 €
2. Förderung Abbruch Pavillon (60%):	66.000 €
3. ggf. Förderung Schulhofumbau	

Einnahmen Verkauf Grundstück Stadthaus:	<u>344.000 €</u>
	<b>806.000 €</b>

## **Stellungnahme zur gemeinsamen Resolution des Leimener Gemeinderats**

Werfen wir einen Blick zurück auf Mai des Jahres 2021 zurück, als die Idee zur Resolution entstand. Die Zustände im mittleren Mittelmeer (von Libyen und Tunesien nach Malta und Italien) waren so, dass sie Schlagzeilen machten. Flüchtlinge wurden von Schleppern in seeuntüchtige Schlauchboote gelockt, auf See allein gelassen, erlitten Schiffbruch und ertranken jämmerlich. Rettungsschiffe wurden in ihrer Arbeit behindert, ihre Besatzungen sogar kriminalisiert, festgenommen und angeklagt. Schiffe der EU-Grenzschutzagentur waren in illegale Push-back-Aktionen verwickelt. Um das Ausmaß dieser Katastrophe zu verdeutlichen: Seit 2014 sind mehr als 22.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken, seit Januar 2021 bis jetzt über 1.500. Dabei ist die Seenotrettung nicht nur in der maritimen Tradition verankert, sondern sogar völkervertraglich festgeschrieben: Das Seerechtsübereinkommen der UN von 1982 verpflichtet alle auf See befindlichen Schiffe grundsätzlich zur Rettung von in Seenot geratenen Personen. Diese UN-Konvention wurde von 167 Staaten ratifiziert.

Dann haben sich durch die Flüchtlingsströme aus Syrien auch die Probleme im östlichen Mittelmeer verschärft, wobei diese Flüchtlinge auch als Spielball des türkischen Präsidenten und Druckmittel gegen die EU benutzt wurden und werden. Schlagzeilen machte das Lager auf der griechischen Insel Lesbos. Dort wurden die Zustände nach einem Brand verheerend, die schon zuvor menschenunwürdig waren. Ganz aktuell schaffen es jetzt auch die Geschehnisse an der polnischen und lettischen Grenze in die Nachrichten. Dort setzt der belarussische Machthaber die Flüchtlinge als Druckmittel gegen die EU ein. Aber sind Stacheldrahtzäune das richtige Mittel oder sogar das Zurückdrängen der Flüchtlinge mit Schlagstockeinsatz und roher Gewalt? Auch hier kritische Zustände an einer EU - Außengrenze. Aber wir können den schwarzen Peter nicht diesen Ländern zuschieben, unsere Augen verschließen und Länder mit Außengrenzen allein lassen. Dies war und ist zwar bequem, aber sicher nicht dem Geist der europäischen Verträge und schon gar nicht der oft gepriesenen gemeinsamen Wertebasis des christlichen Abendlandes angemessen.

Wieso aber eine Resolution des Gemeinderats? Könnten nicht wir uns auch bequem zurücklegen und darauf verweisen, dass unsere Stadt schon bisher über den allgemeinen sog. Königsteiner Schlüssel hinaus Flüchtlinge aufgenommen hat und eine besondere Willkommenskultur (Engagement der Stadtverwaltung, des Vereins „Leimen ist bunt“, der Kirchengemeinden) gelebt hat? Ist das nicht ein Problem der großen Politik, zu dem wir uns gar nicht äußern sollten?

Sicher, das Problem muss in Berlin und Brüssel gelöst werden, aber wir sollten auch an der Basis Druck machen. Um erstens durch verstärkte Entwicklungshilfe die Situation in den ärmsten Ländern Afrikas so zu verbessern, dass die Notwendigkeit der Flucht ins gelobte Europa entfällt. Und man kann für Afrika auch Mittel- und Südamerika setzen und für Europa die USA. Entwicklungsminister Gerd Müller sprach von 40 Milliarden Euro pro Jahr die die Industrieländer für den Kampf gegen den Hunger aufbringen müssten, sonst sterben weiterhin täglich 15.000 Kinder an Unterernährung und Hunger. Und um zweitens müssen durch verstärktes außenpolitisches Engagement solche Konflikte eingedämmt bzw. beseitigt werden, die in Ländern wie Syrien oder Afghanistan zu großen Flüchtlingsströmen führen.

In unserer Haltung sehen wir uns gestärkt durch beide christlichen Kirchen in unserm Land, die vor kurzem eine gemeinsame Erklärung zur Flüchtlingspolitik veröffentlicht haben und für eine von Humanität und Solidarität geprägte Flüchtlingspolitik werben. „Dass die Würde und die Rechte von Geflüchteten an so vielen Orten weltweit missachtet und verletzt werden, so auch an den Außengrenzen der EU, ist skandalös und zutiefst beschämend. Deshalb setzen wir uns nachdrücklich für eine europäische Flüchtlingspolitik ein, die sich an den Menschenrechten orientiert.“ (EKG Ratsvorsitzende Bedford-Strohm)

Aus dieser Verantwortung heraus wurde in der Resolution folgende Selbstverpflichtung des Gemeinderats formuliert:

Die Mitglieder des Gemeinderats wollen sich bei den Mandatsträgern ihrer jeweiligen Parteien auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene nachdrücklich dafür einsetzen, dass den Missständen bei der Seenotrettung im Mittelmeer, in den Flüchtlingslagern und an den EU-Außengrenzen abgeholfen wird. Gleichzeitig sollte durch die Bundesrepublik und die EU die weltweite Bekämpfung der Fluchtursachen intensiviert werden.

Die Stadt Leimen soll die bisherige Praxis einer Willkommenskultur fortsetzen und alles dafür tun, um die Akzeptanz der Flüchtlinge zu fördern, ihnen Bleibeperspektiven zu eröffnen und ihre volle Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Hierfür sichert der Gemeinderat der Stadtverwaltung und allen lokalen Organisationen, die sich der Betreuung und Integration von Flüchtlingen widmen, weiterhin volle Unterstützung zu.